Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Leuchtenfeldstraße 14.

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 13 Pf. f. d. mm Höhe u. Spalte; 70 Pf. im Textteil. Fernrufe: (Red.) 21045. (Verl.) 21047. (Prod.-Gen.) 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonten: Commerz- u. Privat-Bank Halle; Friedmann & Co., Halle; Kreisbank d. Saalkreises, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 106848 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Dienstag, 19. März 1929 | 9. Jahrgang • Nr. 66

Demonstrationsverbot zum 1. Mai?

Schändlicher Plan der Polizeisozialisten

(Eig. Drahtm.) Berlin, 19. März.

Aus Kreisen oppositioneller Sozialdemokraten und Reichsbanner-Arbeitern erfährt die „Rote Fahne" folgende Einzelheiten über die gemeinsamen Pläne des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel, der Berliner SPD.-Führer, der reformistischen Gewerkschaftsbureaukratie und der Gauführung des Reichsbanners.

Zörgiebel hat sich im Einvernehmen mit den übrigen genannten sozialdemokratischen Instanzen auf Grund des gewaltigen Sieges der KPD. bei den Betriebsratswahlen unter den Verkehrsarbeitern, der als bedrohliches Symptom für den allgemeinen beschleunigten Vormarsch der revolutionären Bewegung gewertet wird,

endgültig entschlossen, der Arbeiterschaft auch am 1. Mai das Demonstrationsrecht endgültig zu verweigern.

Die Sozialdemokraten und die Reformisten der einzelnen Verbände haben sich bekanntlich schon seit längerer Zeit Säle für geschlossene Veranstaltungen am 1. Mai gesichert und planen tatsächlich, auch ihrerseits jede gemeinsame Aktion der gesamten Arbeiterschaft am 1. Mai nach Möglichkeit zu verhindern.

Der Plan wird gekrönt durch die Tatsache, daß, während am 1. Mai das Demonstrationsverbot aufrechterhalten bleiben soll, für den 11. August, dem Tag der schwarzrotgoldenen Verfassung, die Aufhebung des Demonstrationsverbotes für das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold bereits heute beschlossen ist.

In Reichsbannerkreisen wird als feststehende Tatsache davon gesprochen, daß am 11. August sogar die Bannmeile für den Aufmarsch des Reichsbanners freigegeben wird.

Und zwar soll der eigentliche Sammelpunkt für das Reichsbanner der Lustgarten sein, von dem aus ein Demonstrationszug Unter den Linden entlang bis zum Brandenburger Tor, dann vom Pariser Platz wieder zurück zum Lustgarten veranstaltet wird. Nur am Platz der Republik vor dem Reichstag dürfen die Reichsbanner-Leute nicht aufmarschieren. Dort werden zwei Bataillone der Reichswehr Aufstellung nehmen.

Die Straße, die Herr Zörgiebel und mit ihm die reformistische Gewerkschaftsbureaukratie dem Berliner Proletariat am 1. Mai vorenthalten will, wird von der Berliner Arbeiterschaft, den Hunderttausenden des Berliner Proletariats, auch in diesem Jahre ertrotzt und erzwungen werden.

Wissells „Sozial-Etat"

Von Siegfried Rädel

„Die Sozialpolitik der Nachkriegszeit ist eins der wichtigsten Probleme unserer inneren Politik."

Dieser zweifellos richtige Satz in der Regierungserklärung, die der Reichskanzler Müller am 3. Juli 1928 im Reichstag abgab, würde die Anerkennung sozialpolitischer Verpflichtungen bedeuten, wenn er nicht vom Oberhaupt einer Regierung des kapitalistisch-republikanischen Deutschland ausgesprochen worden wäre. Die bisherige Tätigkeit der Koalitionsregierung Müller hat schon zur Genüge bewiesen, daß der Sinn obenstehenden Satzes in der Regierungserklärung nicht etwa der ist, daß die Regierung alles tun wird, um die wichtigen Probleme der Sozialpolitik im Sinne der Forderungen der Arbeiterschaft zu lösen, sondern die Sozialpolitik der Aera Müller bewegt sich auf der höchst unproblematischen klaren Linie der sozialen Reaktion. Ein Problem, und zwar kein leicht zu lösendes, bleibt für die sozialdemokratischen Koalitionspolitiker nur die Frage, wie der Arbeiterschaft auf die Dauer die Einengung und der Abbau der Sozialpolitik als sozialer Fortschritt vorgetäuscht werden kann.

Als Fachmann für die Durchführung eines sozialpolitischen Kurses, der den Herren Borsig, Silverberg und Co. genehm ist und andererseits die sozialdemokratischen Wählerversprechungen nicht allzu klotzig liquidiert, hat man Herrn Wissell berufen.

Wissell, der durch seine frühere Schlichtungspraxis seine Qualifikation als Koalitions-„Sozial-Minister" genügend bewiesen hatte, hat sich mit solch einer Energie bei der Durchführung seiner „Aufgaben" ins Zeug gelegt, daß der frühere Bürgerblock-Arbeitsminister Brauns neidisch werden könnte.

Als beim Wiederzusammentritt des Reichstages im November 1928 die Arbeitslosigkeit bereits den Charakter der Massenarbeitslosigkeit angenommen hatte und die Zahl der ausgesteuerten Erwerbslosen schon nahezu eine halbe Million betrug, hatte es Wissell furchtbar eilig, nicht etwa gemäß dem Reichstagsbeschluß vom 10. Juli 1928, die Krisenunterstützung auf alle Berufe auszudehnen, sondern aus Sorge um die Kassen der Reichsanstalt und des Reiches die Zahl der Unterstützungsempfänger weiter einzuschränken. Zu diesem Zweck legte er dem Reichstag das berüchtigte Gesetz über eine Sonderfürsorge für Saisonarbeiter vor, das denn auch ohne Aenderungen vom Reichstag verabschiedet wurde. Der Erfolg dieses Gesetzes und der anderen auf Grund der Arbeitslosenversicherung durchgeführten Maßnahmen ist: daß es während der harten Wintermonate gegen 800 000 nicht unterstützte Erwerbslose gibt.

Als am 8. Februar 1929 der Reichstags erneut beschloß, die Krisenunterstützung auf alle Berufe auszudehnen, interpretierte Wissell diesen Beschluß zur Zufriedenheit der Mehrheit des Reichstages und mit Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion dahingehend, daß dieser Beschluß nur eine „grundsätzliche" Bedeutung habe, eine wörtliche Durchführung komme nicht in Frage.

Auch der Sozialetat Wissells vermittelt uns das Gesamtbild der sozialpolitischen Linie, die Wissell als Beauftragter seiner Koalitionsfreunde aus der Schwerindustrie einzuhalten hat.

Gewiß erkennt man im Etat des Reichsarbeitsministeriums das Bemühen, für die kritischen Augen der Arbeiterschaft einige Dekorationsstücke anzubringen, aber das dicke Ende kommt nach. In der Schlußabrechnung, denn diese zeigt gegenüber dem Vorjahr ein Minus von über 43 Millionen Mark.

Der Gesamtzuschuß betrug beim ordentlichen und außerordentlichen Haushalt:

im Jahre 1928:	717 632 705 Mark
vorgesehen für 1929:	673 934 968 Mark
mithin weniger:	43 697 737 Mark

Wissell setzt also den vom Zentrumsminister Brauns eingeleiteten Abbau der sozialen Ausgaben konsequent fort.

Wie hieß es doch im Wahlaufruf der Sozialdemokratischen Partei?

„Herrschaft der Reaktion bedeutet Gefährdung der Sozialpolitik... Am 20. Mai entscheidet Ihr Wähler und Wählerinnen über Fortführung oder Stillstand der Sozialpolitik..."

Kein Zweifel, die Sozialpolitik wird von dem infolge der 9 Millionen Wählerstimmen Minister gewordenen Herrn Wissell fortgeführt, aber es ist die reaktionäre Sozialpolitik des Bürgerblocks, es gibt also in der Tat keinen Stillstand, sondern die Fortsetzung der sozialreaktionären Politik. Wissell hat sich als ein würdiger Erbe Brauns gezeigt und demonstriert damit den 9 Millionen Wählern, die der Sozialdemokratie ihre Stimme gaben, ausgezeichnet, daß sie sich für die Herrschaft der Reaktion entschieden haben.

Die Einsparungen beim Sozialetat sind die Konsequenz der von der Koalitionsregierung betriebenen imperialistischen Politik. Diese Politik beansprucht die Steuergelder für den Auf- und Ausbau des Machtapparates. Die Panzerkreuzer und andere Rüstungsmaßnahmen kosten Riesensummen. Der Heeresetat, der mit den vorgesehenen 703 Millionen Mark schon über 30 Millionen höher ist wie der gesamte Sozialetat, wird noch ergänzt durch eine Reihe Posten in anderen Etats, die der imperialistischen Aufrüstungspolitik dienen.

Im Etat des Reichsarbeitsministeriums sind u. a. auch die als Reichsausschuß zu den Invalidenrenten benötigten Summen aufgeführt. Es sind hierfür angesetzt 211 800 000 Mark. Von dieser

Mit der Entente gegen die USSR.

Alarmierende Nachrichten aus Paris — Schacht zu allem bereit — Große Zahlen, verdächtige Pläne

(Eig. Drahtm.) Berlin, 19. März.

Die französische Presse veröffentlicht aufsehenerregende Nachrichten aus dem Inhalt der letzten geheimen Beratungen der Reparationssachverständigen, besonders auch über die Haltung der deutschen Delegierten.

Das „Echo de Paris" meldet, daß Schacht von seiner letzten Informationsreise nach Berlin mit der Ermächtigung zurückgekehrt ist, weitgehende Konzessionen zu machen. Entsprechend dieser Instruktionen habe er prinzipiell nicht nur der von England und Frankreich gewünschten Verknüpfung der Reparationen mit den Schulden der Alliierten an Amerika zugestimmt, sondern auch den bisherigen deutschen Standpunkt, Deutschland habe auf Grund der Verträge höchstens 37 Jahre lang Zahlung zu leisten, aufgegeben und sich mit der Ausdehnung eines Teiles der Zahlungen auf 58 Jahre einverstanden erklärt.

Von französischer und englischer Seite sei als „Gegenleistung" für die gemachten Konzessionen den deutschen Delegierten das „Versprechen" gegeben worden, daß die deutschen Zahlungen herabgesetzt und abgekürzt werden sollen. Wenn, was zu hoffen sei, innerhalb von 37 Jahren Amerika sich zu einer Revision der interalliierten Schulden bereit findet.

Dieses „Versprechen" bedeutet nichts anderes, als daß Deutschland mit der Entente eine Schuldnerfront gegen Amerika bildet und von England und Frankreich als Sturmbock gegen den großen Gläubiger jenseits des Ozeans verwandt werden wird.

Folgendes Schema ist aufgestellt worden: Deutschland soll zunächst die Gesamtschulden Englands, Italiens, Frankreichs und Belgiens an Amerika bezahlen. Diese betragen augenblicklich jährlich 900 bis 1000 Millionen Mark und steigen 1950 auf 1600 Millionen Mark pro Jahr an. Außerdem verlangt Frankreich Ersatz der Wiederaufbaukosten, wofür als Jahresrate etwa eine Milliarde gefordert wird. Wenn diese Rechnung dem Reparationsplan zugrunde gelegt werden sollte, würde dies bedeuten, daß die deutschen Reparationszahlungen sich für die ersten Jahre auf etwa zwei Milliarden Mark belaufen würden.

Was den Plan der Weltbank anbelangt, so würde es Aufgabe dieses Institutes sein, den Eingang der Milliardenzahlungen zu kontrollieren und für die Anlage dieser Riesenbeträge zu sorgen. Es wird besonders daran gedacht, daß dieses Institut deutsche Industriepapiere kauft und sie für Rechnung des internationalen Kapitals in seinen Tresors aufbewahrt.

Im übrigen erklären unterrichtete Kreise, daß Deutschland einen Zahlungsplan werde unterschreiben müssen, dessen Raten 60 Jahre lang laufen, also eine Schuldknechtschaft bis zum Ende des Jahrhunderts vorsehen.

Aus den Mitteilungen des „Matin", der behauptet, daß die deutschen und französischen Forderungen nur noch um 400 Millionen Mark differieren, scheint hervorzugehen, daß Schacht sein Angebot bereits von 900 Millionen Mark auf 2 Milliarden Mark erhöht hat.

Der deutsche Imperialismus ist unter dem doppelten Druck der Entente und Amerika entschlossen, jede Bedingung zu schlucken, um den Anschluß an den englisch-französischen Antisowjetblock zu vollziehen.

Stahlhelmpleite in Württemberg

(Eig. Meldg.) Stuttgart, 18. März.

Seit vielen Wochen haben die Stahlhelmer in Württemberg mit großen Mitteln eine Kundgebung angekündigt und vorbereitet. Die am 17. März stattgefundene Stahlhelmtagung in Stuttgart war eine völlige Pleite, trotzdem Seldte persönlich nach Stuttgart gekommen war und außerdem zahlreiche General und einige Prinzen die Bedeutung der Tagung erhöhen sollten. Zur Unterstreichung des faschistischen Charakters des Stahlhelms hatte Seldte um die Entsendung eines Vertreters des italienischen Generalkonsulats ersucht, der auch erschienen war. An der öffentlichen Kundgebung mit Fackelzug beteiligten sich höchstens 300 Mitglieder.

Nach bürgerlichen Pressemeldungen hat Seldte kurz nach seiner Konferenz mit Hindenburg die Republik einen „Sauhaufen" und eine „scheußliche Mißgeburt" genannt und auch zu erkennen gegeben, daß nach Meinung des Stahlhelms der Reichspräsident nicht energisch genug vorgehe. Der Reichspräsident könne nur Platzhalter für den kommenden Kaiser sein.

Wenn auch die Beteiligung an dem Stahlhelmrummel in Württemberg sehr schwach war, dürfen diese faschistischen Tendenzen von der Arbeiterschaft keineswegs unterschätzt werden. Nach dem Antifaschistenkongreß in Berlin ist die entschiedene Bekämpfung aller faschistischen Bestrebungen, die auf eine Diktatur gerichtet sind, eine wichtige Aufgabe der Arbeiterschaft.

Sozialdemokratische Tempelwächter des Katholizismus

In der letzten Woche tagte der rheinische Provinziallandtag. Im Verlauf der Debatte über den Haushaltplan und den darin eingesetzten Etatposten für Kunst und Wissenschaft wurde bekannt, daß die SPD. durch ihre Provinziallandtagsfraktion innerhalb der drei letzten Jahre nicht weniger als etwa 500 000 Mark (eine halbe Million) für katholische Kirchenbauten bewilligt hat.

Sämtliche Pfaffenforderungen wurden von der SPD. restlos bewilligt! Die Kommunisten forderten dem entgegen die Streichung dieser arbeiterfeindlichen Etatmittel und verlangten, daß diese Gelder den 350 000 rheinischen Erwerbslosen zur Verfügung gestellt werden.

Die gesamte SPD.-Presse verschwieg diesen ungeheuren Skandal und meldete einfach: „Der Haushaltplan über die Förderung von Kunst und Wissenschaft wurde gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen!"

Streik der Berliner Mühlenarbeiter

(Eig. Meldg.) Berlin, 18. März.

Seit Januar bestehen in der Berliner Mühlenindustrie Lohndifferenzen, die bisher auf friedlichem Wege nicht beigelegt werden konnten. Die Mühlenarbeiter sind am Montag in Streik getreten.

Der Schlichtungsausschuß hatte einen Schiedsspruch gefällt, der sowohl von den Gewerkschaftsvertretern wie von den Vertretern des Unternehmertums angenommen wurde, den aber nachträglich die Unternehmer ablehnten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290319-10/fragment/page=0001

Losgesagt von der SPD.

hat sich jetzt endgültig der 30 Jahre lang in dieser Partei organisierte Arbeiter Otto Bilke, Freyburg. Vor mehr als vier Wochen wurde er „wegen politischer Quertreibereien" ausgeschlossen. Diese „politischen Quertreibereien" bestanden darin, daß er, getreu seiner Ueberzeugung, ständig für die Interessen der arbeitenden Schichten eingetreten ist und in solchen Fragen stets mit der kommunistischen Fraktion des Querfurter Kreistages stimmte. Jetzt, nach mehr als vier Wochen, hat der seit dem 1. Januar 1900 in der SPD. organisierte Otto Bilke den endgültigen Bruch mit den zu Klassenfeinden gewordenen SPD.-Führern vollzogen. Er ist vor einigen Tagen

zur KPD. übergetreten,

was für viele, noch zaudernde SPD.-Arbeiter ein Beispiel für die letzte politische Konsequenz sein sollte.

Die Kommunistische Partei und ihre Presse findet immer neuen Zustrom klassenbewußter Arbeiter. So werden uns folgende neuen

Werbeerfolge aus Döllnitz

gemeldet:

18 neue „Klassenkampf"-Leser,

6 neue Parteigenossen.

Dieser gute Erfolg in Döllnitz, diesem kleinen Ort bei Ammendorf, muß die Parteigenossen in allen anderen Orten zur Aktivität anregen.

Verstärkt die Werbearbeit im Werbemonat März.

Summe entfallen auf jeden der 2 570 000 Invaliden, Witwen- oder Witwerrenten jährlich 72 Mark, für jede Waisenrente die horrende Summe von 36 Mark pro Jahr; ferner werden von dieser Summe 120 000 Mark als Reichszuschüsse an saarländische Versicherte außerhalb des Saargebiets benötigt.

Zu bemerken ist, daß bei diesem Etattitel bezeichnenderweise gegenüber dem Vorjahre eine, wenn auch nicht erhebliche Einsparung vorhanden ist.

Die Summe für gleiche Zwecke beträgt:	1928	212 364 000 Mark
Sie beträgt:	1929	211 800 000 Mark
	Minus:	564 000 Mark

Der Gesamtzuschuß für die Invalidenversicherung ist also genau auf der Basis der bisherigen Zuschüsse zur Einzelrente errechnet, dabei kann nicht abgestritten werden, daß eine Erhöhung der Invalidenrenten, die dieselben einigermaßen den Lebensnotwendigkeiten anpaßt, nur durch die Erhöhung des Reichszuschusses durchgeführt werden kann, wenn der Arbeiterschaft eine weitere Belastung des Lohnes durch soziale Abzüge erspart werden soll.

Die stärkere Beanspruchung von Reichsmitteln für Zwecke der Invalidenversicherung lehnen die Sozialdemokraten unter Führung des Abgeordneten Kersten, Vorsitzender des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden, in Gemeinschaft mit den bürgerlichen Parteien rundweg ab, sie fordern die Erhöhung der Beiträge als Voraussetzung für jedwede Verbesserung der Leistungen und stehen damit vollkommen auf dem Boden des auf weitere Abwälzung der sozialen Lasten hinzielenden Programms der Trustbourgeoisie.

Den durch die Massenarbeitslosigkeit entstandenen Notständen will der Etat mit 120 Millionen Aufwand für die Krisenfürsorge und 55 Millionen Mark für die sogenannte wertschaffende Arbeitslosenfürsorge gerecht werden.

Nach den neuesten Ausweisen gab es im Januar dieses Jahres 2 029 387 Unterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung; hinzu 138 449 Krisenunterstützungsempfänger, dies sind insgesamt 2 167 836 unterstützte Erwerbslose. Wie groß das Heer der nichtunterstützten Erwerbslosen ist, dafür liegen Zahlen nicht vor, aber nach ernsthafter Schätzung sind es gegen 800 000 Erwerbslose, die weder aus der Arbeitslosenversicherung, noch aus der Krisenfürsorge unterstützt werden.

Im Januar 1928 gab es insgesamt 1 547 944 unterstützte Erwerbslose, dazu etwa 500 000 Nichtunterstützte, also rund zwei Millionen Erwerbslose. Im damaligen Etat wurden für Zwecke der Arbeitslosenunterstützung und Arbeitsbeschaffung 125 Millionen Mark eingesetzt.

Die Erhöhung der Mittel im vorliegenden Etat von 125 Millionen auf 175 Millionen Mark ist also nicht einmal im Verhältnis zur Steigerung der Arbeitslosenziffer erfolgt. Obwohl die Massenarbeitslosigkeit im überwiegenden Maße keine Saison-, sondern eine Dauererscheinung ist.

Der so gestaltete Etat zeigt, daß die Regierung, statt den in bitterster Not befindlichen ausgesteuerten Erwerbslosen Hilfe zu bringen, weitere Massen Erwerbsloser aus der an und für sich schon kläglichen Unterstützung hinauswerfen will. Zur verstärkten Durchführung dieses Kurses hat man, wie bereits oben bemerkt, noch die sogenannte Sonderfürsorge für Saisonarbeiter geschaffen.

Die völlig ungenügende Erhöhung der Summen für Krisenunterstützung und wertschaffende Arbeitslosenfürsorge ist obendrein noch auf Kosten anderer Schichten von Hilfsbedürftigen vorgenommen worden. Als besonders betroffen kommen hierbei die Kleinrentner in Frage.

Die den Kleinrentnern auf Verbesserung ihrer Lage gemachten Versprechungen werden von Wissell in der Weise durchgeführt, daß die bisher 50 Millionen betragenden Mittel, die das Reich zur Unterstützung der Kleinrentner jährlich beisteuerte, auf 35 Millionen herabgesetzt, also um 15 Millionen Mark gekürzt werden.

Es gibt kein besseres Spiegelbild der uneingeschränkten Fortsetzung des rektionären Bürgerblockkurses, als den Wissellschen „Sozial"-Etat.

*

Trotz dieser Tatsachen besitzt Herr Dr. Hertz die Frechheit, gestern im „Volksblatt" zu schreiben: „Die Sozialdemokratie hat keinen Zweifel daran gelassen, daß sie Abstriche am Etat unter keinen Umständen mitmachen werde."

Reichstarifvertrag für Baugewerbe

Jetzt haben die Bauarbeiter das Wort!

Die zentralen Verhandlungen zur Schaffung eines neuen Reichstarifvertrages für das Baugewerbe, die vom 11. bis 16. März in Berlin geführt wurden, sind zum Abschluß gebracht worden. Danach soll die Vertragsdauer zwei Jahre betragen, wenn die beteiligten Verbände für die Annahme des Reichstarifvertrages sich entscheiden. Wird der Vertrag angenommen, soll die Unterzeichnung am 30. März erfolgen, ebenso sollen die bezirklichen Verhandlungen zur Regelung der Löhne sofort aufgenommen werden und in der Zeit vom 2. bis 6. April abgeschlossen sein. Die Erklärungsfrist für die bezirkliche Regelung der Löhne ist bis zum 9. April vorgesehen. Auf alle Fälle aber gelten die neuen Löhne ab 11. April 1929, auch dann, wenn andere Instanzen darüber entscheiden müssen.

Sobald uns der Vertrag vorliegt, werden wir auf ihn näher eingehen. Das eine sei aber heute schon gesagt, ein Reichstarifvertrag, der die gerechten Forderungen der Bauarbeiterschaft nicht erfüllt, wird auf den Widerstand der gesamten Bauarbeiterschaft stoßen.

Der geheime Konkordatsschacher geht weiter

Zu Beginn der Landtagssitzung am Montag, dem 18. März, beantragte Genosse Ausländer, den von der kommunistischen Fraktion erneut eingebrachten Antrag betr. Abschluß eines Konkordats auf die Tagesordnung zu setzen und zu beschließen: alle Verhandlungen mit dem Vatikan über den Abschluß eines Konkordats sofort und endgültig abzubrechen, keine irgendwie geartete Verträge mit der Papstkirche oder einer anderen Religionsgesellschaft abzuschließen und bei der Reichsregierung die sofortige Einleitung einer gesetzgeberischen Aktion zur restlosen Trennung von Kirche und Staat zu fordern.

Dieser Antrag löste bei der SPD. ein höhnisches Gelächter aus. Das Zentrum widersprach der Behandlung des Antrages, der deshalb nicht auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Der Konkordatschacher kann also weitergehen, wenn nicht durch Massendruck der preußischen Koalitionsregierung zum Bewußtsein gebracht wird, daß die Arbeiterschaft den Abschluß eines Konkordats nicht dulden wird.

Die Vorgänge in Wöhrden vor dem Landtag

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Genosse Grube, daß die von der kommunistischen Fraktion zu den Wöhrdener Vorgängen gestellten Anträge auf die Tagesordnung gesetzt würden. Genosse Grube führte aus:

Dem Landtage sind aus der Presse die Vorgänge in Wöhrden in Schleswig-Holstein bekannt. Seit längerer Zeit provozieren die Nationalsozialisten in brutalster Weise die werktätige Bevölkerung in Schleswig-Holstein. Planmäßig organisieren diese Faschisten Ueberfälle auf die dortige werktätige Bevölkerung; mit Totschlägern, Eisenstangen, Dolchen usw. fallen sie, sobald sie in der Ueberzahl sind, über die Landarbeiter her. So auch am Donnerstag, dem 7. März. Mit zahllosen Last- und Kleinautos waren sie aus der näheren und weiteren Umgebung gekommen, um die in diesem kleinen Dorfe wohnenden Arbeiter zu überfallen.

Bei dem von den Faschisten herbeigeführten Zusammenstoß wurde der Arbeiter Johannes Stürzebecher aus Wöhrden von den Faschisten ermordet. Anstatt nun gegen die Faschisten vorzugehen, verhängt der sozialdemokratische Oberpräsident Kürbis den Ausnahmezustand, er maßt sich sogar an, bei geschlossenen Mitgliederversammlungen der KPD. eine polizeiliche Kontrolle der Mitgliedsbücher der Versammlungsteilnehmer vorzunehmen. Diese Willkürmaßnahmen übertreffen sogar die Verfolgungen der Arbeiterschaft im ehemaligen kaiserlichen Deutschland unter dem Sozialistengesetz.

Der Behandlung des kommunistischen Antrages wurde vom Zentrum widersprochen.

Die pfäffische Reaktion dankt Zörgiebel

Zu Beginn der Landtagssitzung am Montag, dem 18. März, forderte die kommunistische Fraktion von der preußischen Regierung, die Aufhebung des Verbots der öffentlichen Aufführung von Lampels Schauspiel „Giftgas über Berlin" sofort anzuordnen. Der Zentrumsabgeordnete Kloft erhob dagegen Einspruch, so daß der Antrag geschäftsordnungsmäßig nicht behandelt werden konnte.

Freidenkeropposition im Vormarsch

(Eig. Meldung.) **Hamburg**, 18. März.

Die gestern am 17. März durchgeführten Urwahlen des Hamburger Ortsgruppenvorstandes im Freidenkerverband brachten eine schwere Niederlage für die Reformisten. Das Resultat ist folgendes:

665 Stimmen für die Opposition,

463 Stimmen für die Reformisten.

Trotz aller Bemühungen der Reformisten, die etwa 300 Neuaufnahmen aus den Kreisen der SPD. und des Reichsbanners gemacht hatten, konnten sie die Opposition nicht schlagen.

Siege roter Betriebsräte

Roter Betriebsrätesieg im Elektrizitätswerk Dresden

Die Betriebsrätewahlen in den Betrieben des städtischen Elektrizitätswerkes Dresden haben zu einem überwältigenden Sieg der Opposition geführt. Die Betriebsratsliste setzt sich diesmal aus sieben Oppositionellen gegenüber zwei Reformisten zusammen. Das Ergebnis ist um so bedeutungsvoller, als es sich hier um ein Vorgefecht für die noch bevorstehenden Wahlen in den übrigen städtischen Betrieben, insbesondere bei der städtischen Straßenbahn handelt.

*

In den Zinnwerken Hamburg-Wilhelmsburg unternahm die Opposition bei der Betriebsrätewahl in der vergangenen Woche einen entschiedenen Vorstoß gegen die Reformisten. Die Belegschaftsversammlung wählte sehr zum Leidwesen der Verbandsbureaukraten diesmal auch sämtliche 7 Betriebsratsmitglieder und die Ersatzleute aus den Reihen der Opposition. Damit sind die Reformisten im Betriebe vollkommen ausgeschaltet.

In Chemnitz beschloß die Belegschaftsversammlung des Textilbetriebes Löwenthal, die oppositionelle Liste einstimmig als freigewerkschaftliche Vorschlagsliste zur Betriebsrätewahl einzureichen. Auf der Liste kandidieren auch einige nichtgewerkschaftliche Kollegen. — Bei der Firma Hamel wurden die freigewerkschaftlichen Kandidaten durch Urwahl gewählt. Die Opposition erhielt 269, die Reformisten nur 64 Stimmen. Die Opposition besetzt 8 und die Sozialdemokraten 1 Sitz im Betriebsrat. — In den Zschopauer Motorenwerken beschloß die Belegschaftsversammlung gegen nur wenige Stimmen, nur oppositionelle Kandidaten zur Betriebsratswahl aufzustellen.

In Jena fand am Dienstag bei der Firma Meßstab-Fabrik Schieitzumpf & Co. (über 300 Mann Belegschaft) eine Betriebsversammlung anläßlich der Betriebsratswahl statt. Seit Jahren haben die Reformisten den Betriebsrat in der Hand, nachdem man den früheren kommunistischen Betriebsratsvorsitzenden rigoros seines Postens enthoben hatte und er dazu noch aus der Gewerkschaft ausgeschlossen wurde. Die Belegschaftsversammlung beschloß Aufstellung der Betriebsratsliste. Die reformistischen Betriebsräte weigerten sich und verlasen allein den Saal, da ihre Aufforderung an die Kollegen, dasselbe zu tun, niemand Folge leistete. Daraufhin wurde eine oppositionelle Betriebsratsliste aufgestellt, die der im Saale verbliebene DMV.-Geschäftsführer Richter sofort mit dem Ausschluß bedrohte.

Im Ruhrgebiet sprach sich neuerdings die Belegschaft der Schachtanlage Lohberg I bis II für das Rellinghauser Kampfprogramm und die Wahl roter Betriebsräte einstimmig aus.

Hamburger Bäcker wählen oppositionell

Am Donnerstag fanden im Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter in Hamburg in der Sektion Bäcker die Wahlen zum Sektionsvorstand statt. Anstelle des bisherigen reformistischen Vorstandes wurden nur Kollegen der Opposition mit großer Majorität gewählt.

Schacher um die Eisenbahnerlöhne

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 19. März.

Der „Vorwärts" meldet:

Zwischen der Hauptverwaltung der deutschen Reichsbahngesellschaft und den Gewerkschaften fanden gestern Verhandlungen über die Erhöhungen des Lohnes statt. Zu einem positiven Ergebnis ist es jedoch nicht gekommen. Nach einer längeren Begründung der Ablehnung einer Erhöhung des Lohnes machten die Vertreter der Reichsbahn den Vorschlag, die bisherigen Lohnsätze unkündbar bis zum 31. März 1930 neu zu verlängern. Dieser Vorschlag wurde von den Vertretern der Gewerkschaft als völlig undiskutabel bezeichnet.

Da die Vertreter der Reichsbahn über weitere Vollmachten nicht verfügten, verlangten die Gewerkschaftsvertreter eine weitere Verhandlung mit den Generaldirektoren. Die Vertreter der Reichsbahn haben zugesagt, diese Forderung der Generaldirektion zu unterbreiten.

Die Lage im Eisenbahnbetrieb muß nach den Verhandlungen als sehr zugespitzt angesehen werden.

Am Sonntag tagte eine Konferenz des Allgemeinen Eisenbahner-Verbandes, der dem Gewerkschaftsring angeschlossen ist, in der einmütig eine Entschließung angenommen wurde, daß die Eisenbahner gezwungen seien, eine allgemeine und einheitliche Erhöhung ihrer Grundlöhne zu fordern.

Keine Verhandlungen über die Staatsarbeiter-Löhne

Auf Grund einer Eingabe des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes und der übrigen am Tarifvertrag beteiligten freien Gewerkschaften forderte in der Landtagssitzung am 18. d. M. der Genosse Kasper den bereits am 28. Februar von den Kommunisten eingebrachten Urantrag, der die sofortige Wiederaufnahme der Verhandlungen durch die preußische Regierung mit den Gewerkschaften und die Anerkennung der von den Gewerkschaften aufgestellten Forderungen verlangt, auf die Tagesordnung zu setzen. Ausgerechnet der christliche Gewerkschaftler, der Zentrumsabgeordnete Kloft, erhob Widerspruch gegen die sofortige Behandlung. Die preußischen Staatsarbeiter können sich dabei bei Sozialdemokraten und Zentrum bedanken, daß ihre Lohnverhandlungen keinen Schritt vorwärts kommen.

Das betrügerische Spiel mit den Beamten

wird im Reichstag von den Kommunisten entlarvt

Als wichtigster Punkt stand die zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtragsetats zum Reichshaushaltplan für das Rechnungsjahr 1928 auf der Tagesordnung des Reichstages. Zuvor entwickelte sich noch eine Debatte über den Wohnungsbau. Der Wirtschaftsparteiler Lude fordert nämlich, daß bei der Bereitstellung des Kredites zur Förderung des Kleinwohnungsbaues zum mindesten 50 Prozent der Kredite an das private Baukapital abgegeben werden.

Dazu spricht für die kommunistische Fraktion der Genosse Höllein, der den Standpunkt vertritt, daß der Wohnungsbau eine öffentliche Angelegenheit ist und daher die Kommunen den Bau zu übernehmen haben. Genosse Höllein wendet sich in diesem Zusammenhang auch gegen die zu hohen Wohnungsmieten und kündigt Anträge der kommunistischen Fraktion an, die eine bedeutende Ermäßigung der Wohnungsmieten ermöglichen.

Darauf erhält das Wort der Abgeordnete Steinkopf (Soz.), als Berichterstatter zum Nachtragsetat. Frau Teusch (Z.) begründet ein vom Zentrum eingebrachtes Initiativgesetz. Abgeordnete Frau Bohm-Schuch (Soz.) muß gestehen, daß infolge der schlechten Finanzlage kaum das Notwendigste getan werden kann. Abgeordneter Schmidt-Stettin (Dntl.) stellt fest, daß der Führer des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, Herr Falkenberg, ein zahmes Lämmchen geworden ist, seitdem seine Parteifreunde in der Regierung sind.

Für die kommunistische Fraktion spricht Genosse Torgler: Man könnte seine Freude an dem Konkurrenzkampf zwischen den Deutschnationalen und den Sozialdemokraten haben, insbesondere, wenn man feststellen würde, wer vor den Wahlen den Beamten am meisten versprochen und nach den Wahlen am wenigsten gehalten hat. Die Leidtragenden bei diesem Konkurrenzkampf sind die Beamten. Als die Deutschnationalen an der Regierung waren, haben sie nichts für die Beamten getan. Aber auch die Sozialdemokraten sind schweigsam geworden. Aber jetzt ist ja vieles anders geworden. Herr Falkenberg vom Allgemeinen Deutschen Beamtenbund sitzt darum so bescheiden in der Ecke, weil seine Freunde nunmehr in der Regierung sind. Ich muß sogar feststellen, daß Herr Falkenberg sich gegen Anträge gestellt hat, die wörtlich Anträge und Forderungen seiner Organisation sind. (Hört, hört! bei den Kommunisten.)

Es ist eine Schande für die sozialdemokratische Koalitionsregierung, daß sie nicht das Geringste für die Reichs- und Staatsarbeiter tut. Auch hier sehen wir das Bestreben, die deutsche Wirtschaft und den deutschen Reichsetat auf Kosten der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu sanieren. Dagegen müssen sich die Arbeiter, Angestellten und Beamten geschlossen zur Wehr setzen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Kommunisten.)

Nach dieser eindrucksvollen Rede des Genossen Torgler, die im ganzen Hause in Anwesenheit zahlreicher Regierungsbeamten mit Spannung angehört wurde, folgt die Abstimmung des nationalsozialistischen Mißtrauensantrages gegen Severing. Zur Abstimmung erklärt Genosse Stoecker, daß sich die Kommunisten der Stimme enthalten, weil die Nationalsozialisten in der Begründung ihres Antrages ein noch schärferes Eingreifen Severings gegen die Kommunisten fordern. Genosse Stoecker stellt dabei ausdrücklich fest, daß Severing im Laufe der vergangenen Zeit immer mehr den Wünschen der Rechtsorganisationen im Kampfe gegen die Kommunisten und den Roten Frontkämpfer-Bund nachgekommen sei.

Nach einer kürzeren Rede des Abgeordneten Bernhard (Dem.) wurde die Sitzung abgebrochen, nachdem die Ablehnung des nationalsozialistischen Mißtrauensantrages bekanntgegeben war.

General Heye, der Militärsachverständige des neudeutschen Imperialismus, treibt sich zurzeit auf Regimentsunfosten in Chile umher, wo er den dortigen Manövern beiwohnt.

Das Lohnabkommen in der Metallindustrie des Wuppertales ist zum 31. März gekündigt worden. Falls es den Metallarbeitern gelingt, trotz des reformistischen Kuhhandels den Kampf auszulösen, werden etwa 75 000 Metallarbeiter in den Streik treten.

Der Kuhhandel in der Kölner Metallindustrie und in der chemischen Industrie ist wieder einmal ohne Ergebnis abgebrochen worden.

Sechs Holsteiner Bauern, die kürzlich dem Gerichtsvollzieher beim Pfändungsversuch tätlichen Widerstand entgegensetzten, wurden vom Husumer Schöffengericht zu Geldstrafen verurteilt.

„Izwestija" und „Pravda" sprechen in Artikeln über die Verhaftung der russischen Emigranten im Zusammenhang mit der Orlow-Affäre die Befürchtung aus, daß die enge Verbindung Zörgiebels mit den weißgardistischen Kreisen zur Vertuschung der ganzen Angelegenheit führen könnte.

Der schwedische Reichstag hat in seiner letzten Sitzung den Kellogg-Pakt ratifiziert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290319-10/fragment/page=0002

Vom Bürgerkrieg in Mexiko

Nogales (Sonora), 18. März.

Das Hauptquartier der Aufständischen teilt mit, daß ihre Truppen am 16. März den Bundestruppen bei San Pedro Coahuila eine schwere Niederlage beigebracht hätten. Dreihundert Mann Bundestruppen wurden gefangen genommen, zweihundert Mann der Bundestruppen sollen gefallen sein.

London, 18. März.

Aus Mexiko wird gemeldet: Die Rebellen erklärten, sie hätten bei Aguascalientes den Regierungstruppen eine schwere Niederlage zugefügt und verschiedene hundert Mann gefangen genommen. Sie hätten auch die Stadt Aguascalientes besetzt, die genau halbwegs zwischen Torreon und Mexiko liegt, und damit den Truppen des Generals Calles die Verbindung abgeschnitten. Sie hätten ferner Leon, einige neunzig Kilometer südlich Aguascalientes erobert.

*

Allem Anschein nach ist den Regierungstruppen ein gefährlicher Flankenelnbruch von Westen her beigefügt worden. Im übrigen sind diese Meldungen mit Vorbehalt aufzunehmen.

Wachsende Erregung in Spanien

(Eig. Meldg.) **Madrid, 18. März.**

Auf die letzten Studentenunruhen hat die Regierung mit der Schließung der Universität in Madrid bis Oktober 1930 geantwortet. An die Stelle der Professoren, die von ihrem Amte suspendiert wurden, treten königliche Kommissare. Weniger scharf werden die Universitäten in der Provinz betroffen, die nur für einen Monat geschlossen werden. Die bei den Unruhen verhafteten Studenten sind zu Gefängnisstrafen bis zu einem Monat verurteilt worden und in ihre Heimatorte zur Verbüßung der Strafe befördert worden. In einer Denkschrift an die Regierung haben die Universitätsprofessoren die Haltung der Studenten verteidigt.

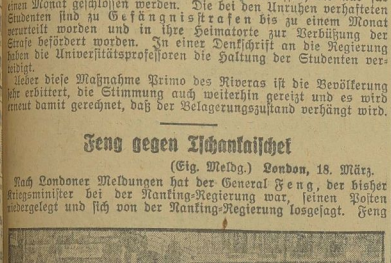
Ueber diese Maßnahme Primo des Riveras ist die Bevölkerung sehr erbittert, die Stimmung auch weiterhin gereizt und es wird erneut damit gerechnet, daß der Belagerungszustand verhängt wird.

Feng gegen Tschankaischek

(Eig. Meldg.) **London, 18. März.**

Nach Londoner Meldungen hat der General Feng, der bisher Kriegsminister bei der Nanking-Regierung war, seinen Posten niedergelegt und sich von der Nanking-Regierung losgesagt. Feng beherrscht die Provinzen Kansu, Schensi, Honan und Schantung, deren Kuomintang-Organisationen sich entschieden gegen den Kuomintang-Kongreß in Nanking wenden und sich weigern, die Beschlüsse anzuerkennen. Mit dem General Feng hat sich der Innenminister der Nanking-Regierung, General Jensischau solidarisch erklärt und demissioniert.

In der Erklärung der beiden Generale wenden sie sich mit größter Entschiedenheit gegen Tschankaischek und fordern dessen sofortigen Rücktritt. Durch diese Beschlüsse ist die Lage in China wesentlich verschärft worden, der Ausbruch des Bürgerkrieges ist unvermeidlich.



Die durch den Studentenstreik in Spanien geschaffene Lage wird nach den neuesten Meldungen für Primo de Rivera immer kritischer. Die rigorosen Maßnahmen der Regierung gegen die Studentenschaft, unter denen die Verhaftung von zahlreichen Professoren und die Schließung der Madrider Universität auf anderthalb Jahre ganz besonders hervortreten, haben eine allgemeine Gärung bewirkt. Primo de Rivera will ihr mit dem Belagerungszustand begegnen. Unser Bild zeigt eine Szene aus den letzten Studentenunruhen in Madrid: Die Führer der Demonstranten werden verhaftet und abgeführt.

Das Nahrungsmittelbudget in Sowjet-Rußland

verbessert sich immer mehr zugunsten der Arbeiter

(Inprekorr.) **Moskau, 17. März.**

Die Verteilung der Broteinkaufsbüchlein an die werktätige Bevölkerung ist beendet worden. Aus diesem Anlaß veröffentlicht die „Prawda" beachtenswerte Angaben über den Brotverkauf in Moskau und in Berlin. In Moskau werden bei 2 100 000 Einwohnern täglich über 1638 Tonnen Brot verbraucht, während Berlin bei 5 000 000 Einwohnern täglich 1310 Tonnen konsumiert.

Der Fleischkonsum Moskaus mit täglich 217 Kalorien pro Kopf war schon im Jahre 1926 ebenfalls größer als zum Beispiel in Hamburg mit 205 Kalorien. Dabei hat sich das Nahrungsmittelbudget der Arbeiter der Sowjetunion in den letzten Jahren wesentlich verbessert, indem die hochwertigen Nahrungsmittel tierischen Ursprungs die minder wertvollen pflanzlichen Nährstoffe immer mehr verdrängen.

Die Ministergehälter

der Sozialdemokraten Wissell, Müller, Hilferding und Severing sowie die Gehälter für die Tausende sozialdemokratischer Staatsbeamte sind zwar eine Ausgabe für die Bourgeoisie, aber diese Ausgabe lohnt sich hundertfach für die Kapitalisten, weil das Heer der SPD.-Führer alles einsetzt, um zu verhindern, daß sich die Arbeiter geschlossen die notwendigen Lohnerhöhungen erkämpfen.

Nach Wissells Anweisungen fällen die Schlichter noch tollere Schiedssprüche als je zuvor. Die Steuerverhöhungen Hilferdings werden die Reallöhne noch tiefer senken, der Reichskanzler Müller will die Erwerbslosenunterstützung abbauen. Arbeiter wehrt Euch! Schart Euch um die revolutionäre Opposition! Wählt rote Betriebsräte! Schafft Kampfleitungen und kämpft gegen Unternehmer und Koalitionsregierung. Geht über die SPD.-Führer hinweg, denn für ihren Verrat

müssen die Arbeiter bezahlen.

Kasseler Arbeiterschützen durchkreuzen Flegels Spaltungsmanöver

(Eig. Meldung.) **Kassel, 18. März.**

Am Sonntag fand die Gautagung des Arbeiter-Schützenbundes statt. Vom Vorstand war Flegel selbst anwesend. Die Opposition reichte einen von der Mehrheit der Konferenz gebilligten Antrag zur Tagesordnung ein, wonach Flegel über die Lage im Bund sprechen sollte. Flegel lehnte dies ab und forderte, daß an seiner Stelle ein Vertreter des Arbeiter-Sportkartells Kassel ein Wald- und Wiesenreferat über den Arbeitersport halten sollte. Der Vertreter des Arbeiter-Sportkartells, der als Referent ausersehen war, war der berüchtigte sozialdemokratische Gewerkschaftsangestellte Rebber, der vor 14 Tagen die Freidenkerbewegung in Kassel spalten wollte. Ueber den Antrag der Opposition ließ man nicht abstimmen, sondern Flegel bestimmte diktatorisch, daß die Tagesordnung so wie von den Reformisten vorgeschlagen, durchgeführt werde. Man wagte darüber nicht abzustimmen, weil die Opposition die Mehrheit auf der Konferenz hatte. Ein Vertreter der Opposition, ein ordnungsgemäß gewählter Delegierter, sollte im Verlauf der Diskussion aus dem Saal gehen. Er tat es aber nicht, worauf Flegel Schupo anforderte. Trotzdem ging der Sportgenosse nicht aus dem Saal. Flegel schloß daraufhin kurzerhand die Tagung nach anderthalbstündiger Debatte über die Tagesordnung. Nunmehr berief die Opposition einen neuen Gautag in einem Nachbarlokale ein. Von 18 Ortsgruppen waren hierbei 15 vertreten. Es wurde beschlossen, den Arbeiter-Schützenverein „Vorwärts", Kassel, wieder aufzunehmen. Gleichzeitig wurde der Genosse Gabel wieder als Gauleiter eingesetzt.

850 neue Abonnenten

Gute Erfolge bezüglich seiner Pressepropaganda kann unser Kölner Parteibezirk melden. Im Aachener Unterbezirk ist es ihm allein in der letzten Woche gelungen, 150 neue Abonnenten für unser Bruderorgan, die „Sozialistische Republik", zu werben. Im Unterbezirk Koblenz gelang es, innerhalb der letzten drei Monate 700 neue Abonnenten für unser Parteiorgan zu gewinnen. Die Werbearbeit wird fortgesetzt.

Kurze politische Meldungen aus aller Welt

In Basel beschloß vor einigen Tagen eine stark besuchte Versammlung der Funktionäre der KP. der Schweiz, der Roten Hilfe, der Arbeiterschutzwehr und der Antifaschistischen Allianz einstimmig, das Rote Treffen trotz des Verbots durchzuführen. Die Leitung und Durchführung aller Maßnahmen wurde einem politischen Aktionskomitee übertragen.

Der polnische Sejm hat die kommunistischen Abgeordneten Warski und Bitner und den Vertreter der linken ukrainischen Bauernvereinigung „Selrob", Walnitzki, der Staatsanwaltschaft ausgeliefert.

Zwischen Estbland und der Sowjetunion ist mit der Unterzeichnung der Ratifikationsurkunde das Litwinow-Friedensprotokoll in Kraft getreten.

Der Renegat Urbahns wollte in der vorigen Woche als Gast des trotzkistischen Studentenbundes auftreten. Die Prager Arbeiterschaft bereitete ihm aber einen üblen Empfang, pfiff ihn aus und verhinderte ihn daran, seinen Vortrag zu halten.

Zu den italienischen Kammerwahlen darf nur eine Mussolini genehme Werbetätigkeit entfaltet werden. Alle Agitation ist für die Wahl der Liste der 400 Regierungskandidaten getroffen. Da kann dem Duce nichts passieren!

Der Skandal in der französischen Besatzungsarmee wurde vom Kabinettsrat damit abgetan, daß gegen die schuldigen Militärs lediglich Verweise ausgesprochen wurden, was diese für die Zukunft nicht davon abhalten wird, die Rekruten und Soldaten weiter zu schinden und zu schikanieren.

Eine neue Betrugsangelegenheit hat in Paris zur Verhaftung eines Bankiers geführt.

Die spanische Regierung hat die Schließung fast sämtlicher Universitäten verfügt. Alle Madrider Studenten, die sich an Kundgebungen beteiligten, sollen verhaftet werden.

In Tokio kam es nach einer Gedächtniskundgebung für den ermordeten Arbeiterabgeordneten Genossen Yamamoto zu blutigen Kämpfen zwischen den Arbeitern und der Polizei, in deren Verlauf die Polizei neun Arbeiter tötete und ungefähr 30 verletzte.

Wegen Unterschlagung in der Höhe von 2000 Mk. verurteilte das Schöffengericht Berlin-Mitte hohe Verwaltungsbeamte zu 6 und 3 Monaten Gefängnis.

Frank Heine

Senator Borah

Frank Heine, der in Belgien verhaftet wurde, weil er den französisch-belgischen Geheimpakt, über den wir kürzlich berichteten, gefälscht haben soll. — Senator Borah wurde angedichtet, er habe von der Sowjetregierung Bestechungsgelder erhalten, was sich jetzt als elender Schwindel herausgestellt hat.

Der Polizeihund

Von Otto Glöja

Der Polizeihund „Satan" läuft bei dem Kriminaloberwachtmeister Kakuschke. Dieser eifrige Diener der Justiz ist durch ihn berühmt geworden. In Kollegenkreisen heißt es nicht anders als „Kakuschke . . . der mit Satan arbeitet . . ." Und kommt der Kriminaloberwachtmeister in seine Stammkneipe, so ist Satan das Thema des Stammtisches. Die Erzählungen von kriminalistischen Debatten nehmen kein Ende, zumal sie ein helles Licht auf die vorwurfsvoll staatserhaltende Tätigkeit Kakuschkes werfen.

Trotzdem besteht kein ungetrübtes Verhältnis zwischen den beiden Dienern des Staates. Sie sind auf verschiedene Weise zu ihrem Beruf gekommen. Kakuschke ist freiwillig bei der „Schmiere", es entspricht seiner geistigen Konstitution, er ist seelisch sozusagen eine Naturnatur, mag den Stärkeren nur gehorchen, wenn er die Schwächeren beißen darf. Er empfindet Genugtuung, Menschen hinter Schloß der Justiz zu treiben, zappeln zu sehen, „lassen" zu können, befehlen zu dürfen: „Stehen bleiben! Mitgehen!"

Dagegen ist Satan unfreiwillig Staatsdiener geworden; die Zugehörigkeit zu seiner Rasse hat ihm dieses Schicksal ganz einfach aufgebrummt. Und manchmal, außer Dienst, wenn er in seiner Ecke in seiner kärglichen Wohnung liegt, weint Satan ein wenig über die Unzulänglichkeit der Welt. Kakuschke z. B., der dem Staate eine weit lichtere Nase zur Verfügung stellt, hat ein viel besseres Leben. Er darf seine Vorgesetzten nur im Dienst, und auch da nur ab und zu sehen.

Aber Satan ist immer unter Aufsicht, darf nie allein ausgehen, hat keine Kollegen, keinen Stammtisch und auch vom anderen Geschlechte bekommt er soviel wie nichts zu sehen. So fühlt sich Satan benachteiligt, und heimlich bildet sich ein Groll in der Seele dieses Verkannten.

In der ersten Zeit seiner Dressur hat Satan sich Illusionen hingegeben und geglaubt, tatsächlich immer seiner Nase nachgehen zu dürfen. Aber bald hat er unter Prügel kapieren müssen, daß das Ziel und Ob der Dressur der Gehorsam ist. Man hat ihm die feinsten Regungen seines Willens nach staatserhaltenden Grundsätzen zugebogen, bis allmählich sogar sein Instinkt gehorchen lernte. Und bald wußte Satan zu reagieren auf ganz zarte Winke seines Herrn, die ein danebenstehender Zivilist nie hätte wahrnehmen können, auch wenn er in anderen Dingen noch so gescheit war. Aus dem leichten Handdruck in der Leine mußte Satan erkennen, in welcher Richtung er jagen sollte, und aus einem Blick Kakuschkes konnte er ablesen werden, ob dieses oder jenes menschliche Subjekt zu beschnuppern sei.

Mit der Zeit war aus der Praxis eine Theorie entstanden; Satan hatte gewissermaßen eine General-Erkenntnis gewonnen: Alle Verbrecher sind immer schlecht angezogen, sehen ungeniedend aus, laufen herum auf Straßen herum und hausen in armseligen Mietkasernen. Dagegen sind Leute, die in Villen wohnen, im Auto fahren, ein gutes Parfüm haben und von Kakuschke rücksichtsvoll behandelt werden, nie Verbrecher. Wo die rücksichtsvolle Behandlung eines Menschen bei Kakuschke anfängt, dort hat Satans Instinkt aufzuhören zu funktionieren, das weiß er.

Aber obwohl er das begriffen hat, vergißt eines Tages Satan diese soziologische Weisheit und gerät in die Versuchung, der Gerechtigkeit dienen zu wollen.

In einem chemischen Werke sind wertvolle Rezepte abhanden gekommen. Der Verdacht richtet sich gegen schlechtbezahlte Angestellte. Sie sind im Garderobezimmer unter Aufsicht eines Kriminalwachtmeisters, indessen im Privatkontor des Direktors sich dieses kleine Drama abspielt.

Satan wird zu dem Schrank geführt, dem die Dokumente entnommen worden sind, beschnuppert die Aktenmappen und — verbellt kurzentschlossen den Direktor. Kakuschke ruft den Hund willend zur Ordnung. Will Satan ihn ausgerechnet hier blamieren? Wo ein anständiges Trinkgeld in Aussicht steht? — Aber Satan fühlt sich diesmal seiner Nase so sicher, daß ihn kein Ordnungsruf irre machen kann. Der Direktor stößt mit dem Fuß nach ihm. „Blödes Viest! Du hast wohl Dreck in der Nase!" Satan verbellt ihn weiter; er ist nicht gewöhnt, daß nach ihm getreten wird und rückt dem Direktor auf den Leib. Der gibt ihm ärgerlich einen Tritt auf die Schnauze, des Hundes empfindlichste Stelle. Das bringt ihn in den Zustand der Verwirrung. Er weiß nicht mehr, was er tut. Im Nu hat er seine ganze Dressur vergessen. Wilde Instinkte erwachen jäh. Er versenkt seine Zähne in die Waden des Direktors, noch ehe Kakuschke dazwischenspringen kann. Der Gebissene reißt sich los, springt zum Schreibtisch, greift zum Revolver, schreit: „Wenn Sie das Viest nicht sofort bändigen, schieße ich es glatt über den Haufen. Was sind Sie denn für ein Kriminalist, daß Sie mit einem so unzuverlässigen Vieh reisen?"

Kakuschke ist außer sich; sein guter Ruf ist in Gefahr. Er will den Hund fassen, aber Satan bäumt sich auf, zu Tode beleidigt und eher zu sterben bereit, als diese Demütigung ungerächt hinzunehmen. Als sogar Kakuschke nach ihm schlägt, schnappt er im Zustande völliger Verwirrung hilfig nach Kakuschkes Handen. Der hat blutunterlaufene Augen, schreit: „Bist Den denn plötzlich verrückt geworden?" Der Direktor schmort in seiner Angst. „Kommen Sie her, Wachtmeister, das Viest ist ja toll — ich schieße." Kakuschke will das verhindern, aber schon fällt der Schuß. Satan springt heulend auf und bricht zusammen. Krepiert mit einem wehmütigen Blick auf Kakuschke. Des Hundes Augen verdrehen sich. Er ist gefallen im Dienst, wenn auch nicht in Ehren.

Kakuschke setzt sich und betrachtet mitleidig den sterbenden Satan. Der Direktor sagt taktvoll ein paar entschuldigende und tröstende Worte. Dann eingt man sich auf ein Protokoll, das nur von einem tollwütähnlichen Anfall und der notwendigen Tötung spricht. Dann vernimmt Kakuschke die Angestellten, ohne die geringsten Anhaltspunkte zu finden. Der Fall bleibt ungeklärt.

Einige Male stößt diese Geschichte noch in Kakuschkes Gedächtnis auf und dann sagt er sich: Entweder ist der Direktor nicht ganz unschuldig und er hat selber die Aktien-Gesellschaft hintergangen, und dann ist Satan das Opfer eines gemeinen Mordes, den ich nicht hinnehmen kann, weil ich mich hüten werde, mir einen solchen Mann zum Feind zu machen —; oder — Satan ist tatsächlich krank gewesen, und dann ist es gut, wenn möglichst wenig davon gesprochen wird; denn daß Satan schlechthin versagt haben sollte, nachdem ich zwei Jahre mit ihm gearbeitet habe, das werde ich als Kriminaloberwachtmeister nicht annehmen. Aber wie dem auch sei, mit dem ganzen Fall ist kein Staat zu machen, darum — Schwamm drüber.

Die Angeklagte

Von Otto Glöja

Sie saß in der Anklagebank mit gefalteten Händen. Ueber ihre Stirne fielen zwei Büschel dunkelblonden Haares. Diese häßlichen Strähnen ärgerten den Staatsanwalt, halfen ihn davon überzeugen, daß sie eine Mörderin sei.

Mit spitzigem Eifer schob er verfängliche Fragen in die Vernehmung ein. Die Angeklagte erhob ihre Blicke nicht, wenn sie antworten mußte. Die Strähnen hingen ihr vor den Augen. Der Staatsanwalt hätte sie anschreien mögen: „Angeklagte, streichen Sie gefälligst das Haar hinaus, so schamlos unordentlich steht man nicht vor seinen Richtern!"

Anna Fehse ahnte nicht, daß einem Richter ihr Haar noch interessierte, wenn er schon um ihren ganzen Kopf kämpfte. Wie konnte sie auch wissen, daß sie ungewollt den Staatsanwalt an seine Frau erinnerte, der auch an jedem Morgen Haarsträhnen über die Stirn herabhingen.

Mit seiner Frau war der Staatsanwalt elf Jahre verheiratet; in seinem Falle Grund genug, sie zu hassen. An ihrem herabhängenden Haar hatte seine Abneigung jeden Morgen ein. Immerhin verstand sie bei der Morgentoilette, wenn auch mit kostspieligen Mitteln, ihr Haar zu bändigen und es bis zum Abend in Ordnung zu halten. Diesem Frauenzimmer hier hingen sie den ganzen Tag ins Gesicht.

Mit verhaltener Wollust schrieb er während der Vernehmung zuspitzende Bemerkungen zwischen die Zeilen der Anklageschrift.

Schon geriet die Vernehmung in ein Stadium, in der sie ihm zu lax und zu wenig eindringlich erschien. Er erhob sich und sagte mit vorgetäuschter Milde im Ton: „Die Angeklagte behauptet, ihr damaliger Mann sei in der fraglichen Nacht erst nach 2 Uhr, streitsüchtig und betrunken, nach Hause gekommen. Angeblich ist er bei einem Mädchen gewesen, mit dem er unsittliche Beziehungen unterhält. Er habe dann mit seiner gesetzlichen Frau Händel gesucht, sie schließlich geschlagen; sei aber dann rührselig geworden, habe von der ewigen Arbeits- und Geldlosigkeit gesprochen, sogar geweint und ihr vorgeschlagen, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden . . .

Ich muß sagen, dieses Weinen bei einem Manne aus dem Arbeiterstande erscheint mir als ziemlich unwahrscheinlich . . . Die Angeklagte behauptet, sie habe ihm diesen Plan ausgeredet und sich niedergelegt, um auch ihren Mann zur Ruhe zu bringen. Er habe sich ausgezogen, das Licht abgedreht und sich im Dunkeln noch in der Wohnung zu schaffen gemacht. Ob er auch am Gaskocher gewesen ist, will Frau Fehse nicht gesehen haben, weil sie angeblich mit dem Gesicht nach der anderen Seite gelegen hat . . . Ich bitte den Herrn Vorsitzenden, die Angeklagte zu fragen, ob bei der angeblich geäußerten Selbstmordabsicht des Mannes auch schon die Todesart in Erörterung genommen worden ist."

Anna bejahte ehrlich. Der Staatsanwalt holte aus zu einer neuen kriminalistischen Finesse. „Ich bitte den Herrn Vorsitzenden, diese Erörterung mit den Worten des Mannes von der Angeklagten wiederholen zu lassen, weil nur so die Glaubwürdigkeit dieser Behauptung unter Beweis gestellt werden kann." (Schluß folgt)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290319-10/fragment/page=0003

Arbeiter-Sport

Spiele der Märkischen Spielvereinigung am Sonntag

Der Anfang der Serie gestaltet sich herrlichen Fußballwetter. Während in Lichtenberg sämtliche Spiele ausfallen mußten, weil der Magistrat die Plätze wegen Spielunfähigkeit gesperrt hatte, waren die anderen Plätze in guter Verfassung.

Neukölln versuchte in scharfem Tempo sich gegen Adlershof zu wehren, mußte aber zum Schluß den Adlershofern infolge ihrer Schnelligkeit den Sieg mit 5:1 überlassen.

Oberspree-Tasdorf trennten sich nach überlegenem Spiele von O. mit 5:1. O. war auch technisch jederzeit überlegen.

Stralau-Weißensee teilten sich mit 0:0 die Punkte. W. hatte etwas mehr von dem Spiele, doch verstand es St., jeden Torerfolg zunichte zu machen. Das Resultat wird beiden gerecht.

Die angeblich etwas geschwächten TBC. zeigten, daß sie zur Serie wieder ihren Mann stehen, mit 6:0 mußte JBC. daran glauben.

Merkur und Askania spielten unentschieden mit 3:3. Bei Halbzeit stand das Spiel ebenfalls schon 2:2 unentschieden. In diesem Spiele mußten einige Genossen den Platz verlassen.

Kaulsdorf fertigte Sadowa mit 2:0 ab.

Frisch trat leistete sich einen Rekord gegen die neuerstandenen VB. Köpenick. Mit 21:0 legten sie diese hinein.

Macker Lankwitz spielte gegen die durchschlagskräftige Mannschaft von Rot-Schwarz 4:1. Hervorzuheben ist der Torwächter.

Die reggewohnten Rüstig-Vorwärtler verloren die ersten Punkte, und zwar gegen Teltow mit 2:1. RR. konnte ein Tor vorlegen, doch holte T. nach einer Viertelstunde auf und konnte in der zweiten Halbzeit sogar den Siegestreffer erzielen.

VSV. Tempelhof fertigte den eifrigen Fußballring mit 2:1 ab. Tempelhof war jederzeit technisch überlegen und hatten in der alten Verteidigung ein kleines Plus.

Neukölln spielte gegen Charlottenburg 2:0.

Im Gesellschaftsspiele trafen sich Mitglieder und Adler 08. Die Kombinationsmaloche von A. siegte auch hier mit 7:2.

Hertha 222 stellte einige Neuerwerbungen gegen Lichtenberg 1. auf und verlor mit 4:1.

Fichte 22 gewann gegen Vorwärts 29 mit 6:1. Halbzeit stand das Spiel noch 1:0 für Vorwärts, dann kleppte V. zusammen und sechs Tore konnte Fichte 22 erzielen.

Königswusterhausen verlor in einem guten Spiele gegen Waltersdorf mit 5:1.

Jugendleiter-Konferenz der Fußballsparte Bezirk Weißenfels

Die Tagung am 10. März in Hohenmölsen war erfreulicherweise von fast allen Vereinen besucht. Aus dem interessanten Vortrag des Jugendleiterobmanns Gen. Voigt über den jetzigen Stand unserer Jugendbewegung sowie den Richtlinien, die in Zukunft angewendet werden sollen, konnten die Versammlungsteilnehmer ersehen, daß es auch in unserem Bezirk vorwärtsgeht. Gegenüber 14 Jugendmannschaften, die im Vorjahre an den Serienspielen teilgenommen haben, ist die Zahl auf 19 gestiegen. Sehr treffend wies Genosse Voigt auf die immer noch bei vielen Vereinen geübte Kleinzelltokrämerei gegenüber ihren Jugendmannschaften im Punkte finanzieller Unterstützung hin. In denjenigen Vereinen, wo Gelder so gut wie keine da sind, muß durch Sammlungen, Jugendveranstaltungen, Ausnutzung der öffentlichen Mittel (Jugendfahrtausweise usw.) unserer Jugend geholfen werden. Aufklärende Vorträge auf sportlichem sowie kulturellem Gebiet sind unbedingt in den Lehrplan der Jugendleiter aufzunehmen. Auch ist Genosse Voigt jederzeit gern bereit, bei Anforderung Vorträge zu halten. Mit einem Hinweis an die Jugendleiter, ihr ganzes Augenmerk jetzt auf die zur Entlassung kommende Schuljugend zu richten und diese unseren Reihen nutzbar zu machen, schloß der erste Teil der Tagung.

Der zweite Teil der Tagung behandelte die Serienspiele der Jugendlichen, den Spiel- und Wandering und zum Schluß das Bundesfest in Nürnberg.

Gegenüber den bisherigen Gepflogenheiten hat die Begleitleitung dieses Jahr die Austragung der Serienspiele für Jugendmannschaften auf 13.30 Uhr festgesetzt, um den Jugendlichen Gelegenheit zu geben, die darauffolgenden Spiele der 1. Mannschaften zu sehen. Bei großer Hitze sollen die Jugendspiele auf eine spätere Tageszeit verlegt werden. Wesentlich ist auch für alle Vereine der einstimmig gefaßte Beschluß, Jugendmannschaften, die ohne Jugendleiter oder einen Stellvertreter erscheinen, vom Spiel auszuschließen. Nichtbeachtung hat bei Serienspielen Punktverlust zur Folge.

Der diesjährige Spiele und Wandering findet an Himmelfahrtstag in Stößen statt. Alle Jugendlichen müssen sich wieder restlos daran beteiligen. Nähere Bekanntmachungen hierüber folgen noch.

Nachdem der Beisitzsportleiter nochmals eingehend auf unser Bundesfest hingewiesen hatte, fand die interessant verlaufene Tagung ihr Ende. Die nächste Jugendleitertagung findet am 10. November in Merseburg statt.

Fußball

Bezirk Weißenfels. Achtung, Vereine bzw. Abteilungsleiter! Wir erinnern nochmals an die am 24. März, vormittags 8 Uhr, in Zeutzers, Angermanns Restaurant, stattfindende Berichterstatter- und Vereinsleiter-Konferenz. Um eine geregelte Berichterstattung sowie eine reibungslose Durchführung der bevorstehenden Serienspiele zu ermöglichen, ist es unbedingt notwendig, daß alle Bezirksvereine ihre Referenten (Abteilungsleiter und Berichterstatter) nach dort entsenden. Auf Grund der Reichweite der Tagesspiele sowie unserer Kreisspiele zu gewinnen. Dieselben werden bestrebt sein, allen Delegierten die Richtlinien mit auf den Weg zu geben, welche für einen geordneten und gesunden Vereinsbetrieb erforderlich sind. Deshalb versäume keiner unserer Bezirksvereine, diese günstige Gelegenheit wahrzunehmen und entsendet restlos Delegierte. Richtvereinsfreie Vereine werden sinngemäß bestraft.

Die Bezirks-Spartenleitung. W. Brösel.

Handball

6. Bezirk. Spiele am 24. März:

11 Uhr	Adler 1. — Nannborf 5. M. 1.	Kaufmann, Cibella
15 Uhr	Wörmlitz 1. — Osmünde 1.	Kaiser, Fichte
15 Uhr	Cibella 1. — Fichte Ammendorf 1.	Brämer, Sportlust
15 Uhr	Reideburg 1. — Sennewitz 1.	Carena
14 Uhr	Cibella 2. — Fichte Ammendorf 2.	Adler
15 Uhr	Teutschenthal 1. — Benndorf 1.	Eisdorf
14 Uhr	Teutschenthal 2. — Benndorf 2.	Eisdorf
15 Uhr	Nannborf b. M. 1. — Schm. Ammendorf	Mäckerling
15 Uhr	Brachstedt 1. — Niemberg 1.	Zörbig
13 Uhr	Fichte 2. — Osmünde 2.	Frisch auf

Jugend

14 Uhr	Reideburg — Sennewitz	
14 Uhr	Sennewitz — Fichte Ammendorf	

Kegler

Ortsgruppe Halle. Allen Klubkassierern zur Kenntnis, daß die fällige Bahnmiete und der Beitrittsbeitrag bis Montag, den 25. März, in der Zeit von 7 bis 11 Uhr im „Volkspark" an Sportgenossen Paul Schlotte abzurechnen sind. Ferner dem Kegelklub „Lustige Außenseiter" zur Mitteilung, daß das von der Revisionskommission vereinbarte Wettspiel Lustige Außenseiter — Freie Reune am 2. Osterfeiertag, nachmittags 4 Uhr, im „Volkspark" stattfindet. Dies zur Kenntnis.

J. A.: Kurt Sennewald.

Schwerathletik

5. Kreis. Allen Kreisvereinen zur Kenntnis, daß die in Aussicht genommene Konkurrenz am Karfreitag nicht stattfinden kann. Die dazu in Frage kommenden Lokalitäten sind von anderen Organisationen belegt und die kleinen Lokale kommen für eine solch große Veranstaltung nicht in Frage. Demnach müssen wir einen anderen Zeitpunkt wählen, wo sich die gesamten Kreisvereine zu einer sportlichen Veranstaltung in Halle treffen.

Paul Kretschmann, Kreisleiter.

Schach

Arbeiter-Schach Weißenfels. Am Sonntag, dem 10. März, fand in Gera ein außerordentlicher Beisitzer-Tag statt, der sich mit der Zusammenlegung des 4. und 5. Bezirks im 8. Kreise beschäftigte und der auch stattgegeben wurde. Als neuer Bezirksvorort wurde Zeitz bestimmt, dem Schmölln als Unterbezirk A angegliedert wurde. Die beiden Bezirksleiter Keßler und Reinhan berichteten über den augenblicklichen Stand ihrer Bezirke. Die Hauptaussprache brachten die Kreis-Mannschafts-Wettkämpfe, die im Mai ihren Anfang nehmen und in zwei Klassen ausgetragen werden. Ferner wurde noch auf das Thüringer Schach-Turnier aufmerksam gemacht, welches im Herbst in Apolda stattfinden soll.

Vereinsmitteilungen

VSC. Halle. Heute, Dienstag, 19. März, abend 8 Uhr findet eine Sitzung aller Fußballer im Vereinslokal Café Fromm, Robert-Franz-Ring, statt. Grund: Berliner Fahrt.

J. A.: Max Müller. [309

Arbeiter-Radfahrer- und Kraftfahrer-Bund Solidarität, Halle. Am Freitag, dem 22. März, ist Mitgliederversammlung im „Volkspark". Sämtliche Motorradfahrer haben zu erscheinen, da eine wichtige Tagesordnung zu erledigen ist.

Interessengemeinschaft Halle (Saale)

Karfreitag, 29. März, findet unser Waldlauf bestimmt statt.

Anschließend Handball- und Fußballspiele.

Abends im „Lindenhof" großer Werbeabend.

Näheres folgt. Hübler. Schönfeld.

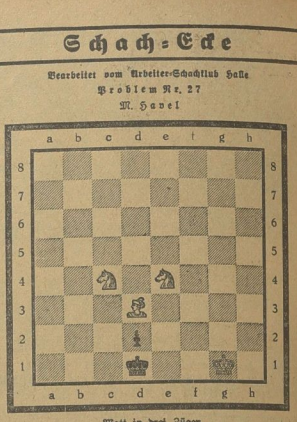
Für die am Waldlauf teilnehmenden Berliner Sportgenossen (ca. 100 Mann) werden unsere Vereine und sonstige Interessenten umgehend ersucht, Quartiere sofort dem Sportgenossen Fr. Franke, Albrechtstraße 24, zu melden. Schönfeld. Franke.

Schach-Ecke

Bearbeitet vom Arbeiter-Schachklub Halle

Problem Nr. 27

M. Havel



Matt in drei Zügen

Kontrollstellung:

Weiß: Kg1, Ld3, Sc4, Se4. Schwarz: Kd1, d2.

Lösung Problem 26

1. Df6 — g7! 1. Ka1 — a2
2. Dg2† 2. Ka3
3. Da8 ‡

1. . . . . 1. Ka1 — b1
2. Dg7 — b7† 2. Kc1
3. b1 ‡

1. . . . . 1. S ~
2. Kb3† oder c2† 2. Ka1 oder a2
3. Dg7 — g1 ev a7 ‡

Richtige Lösung sandte ein: Karl Paz, Teutschenthal.

Lösungen sind zu richten an Otto Lange, Halle a. d. S., Schweizerstr. 21 p.

Rätsel-Ecke

Auflösung des Silbenrätsels aus der Nr. 59

1. Raupe; 2. Annonce 3. Federvieh; 4. Faschismus; 5. Tochter 6. Echo; 7. Unwahrheit; 8. Rhone; 9. Element; 10. Karabiner 11. Rot Front; 12. Anzug; 13. Frunse; 14. Turban; 15. Zifferblatt 16. Ural; 17. Schanghai; 18. Anna; 19. Miene; 20. Margarine 21. Egoist; 22. Naturell.

„Raafft Eure Kraft zusammen
Und schwoert zur Fahne rot!"

Auflösung des magischen Quadrats aus der Nr. 59

1. Armer, 2. Raabe, 3. Magen, 4. Ebert, 5. Rente.

Stadt-Theater 852
Heute Dienstag 20—23 Uhr
Carmen
Oper von G. Bizet
Mittwoch 20—23 Uhr
Undine
Oper von Lortzing

Walhalla
Telephon 28385
Dir. O. Kleinhanns
Täglich 20 Uhr
Gr. internationale Ringkampf-Konkurrenz
mit 851
Otto Hubtamen
dem finnisch. Ringerwunder, sowie weit. Berufsringer von Weltruf
Vorher: Der erstklassige Varieteeteil
Gewöhnliche Preise ab 60 Pf.

Aus Ihrem **Stoff** fertige nach neuesten Modellen für **29,—** einschl. sämtlicher halb. futterzutaten modernen **Anzug** oder Mantel II. Verarbeitung 37,— [1134
Volle Gewähr für guten Sitz!
M. Peim
Halle a. d. S.
Gr. Steinstraße 6
Firma Huth & Co. gegenüber

Werbt für die „Rote Hilfe"

25% Rabatt auf einzelne
Sprechapparate
Tischapparate
statt 50,— 37,50
statt 60,— 40,—
statt 85,— 63,—
Standapparate
statt 100,— 75,—
statt 110,— 80,—
statt 150,— 110,—
statt 230,— 170,—
statt 285,— 205,—
Lederkoffer
statt 165,— 125,—
Nur Barverkauf
Piano-Lüders
Mühlstraße 9/10

Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg
eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14

Karfreitag, den 29. März 1929, vormittags 9 Uhr, im Saale der Produktiv-Genossenschaft Halle, Lerchenfeldstraße 14:

Ordentliche Generalversammlung

Tagesordnung:
1. Berichte: a) des Vorstandes; b) des Aufsichtsrates.
2. Beschlußfassung über die Gewinnverteilung.
3. Genehmigung der Jahresrechnung.
4. Statutenänderungen der §§ 2, 9, 11, 24, 25, 26, 27 und 28.
5. Anträge.
6. Neuwahl des Vorstandes und Aufsichtsrates.

Zutritt haben nur Mitglieder gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches. Die Jahresrechnung für 1928 liegt in der Geschäftsstelle, Lerchenfeldstraße 14, zur Einsicht aus.

Der Aufsichtsrat. J. A.: Karl Lüttich.

Die Generalversammlung wird mit einer Drucksachen- und Bücher-Ausstellung verbunden. Ebenso findet nach derselben eine Besichtigung des Gesamtbetriebes statt. Wir erwarten den Besuch aller Mitglieder.

Städtische Bücherei Hallmarkt
Salzgrafenstraße 2
Am Freitag, dem 22. März 1929 ist aus Anlaß des Tages des Buches die Ausleihe von 9-13 Uhr und von 16-21 Uhr geöffnet

Gewissenhafter **Zeitungsträger** für Stedten gesucht.
Zu melden beim Gen. Richard Geißler, Amsdorfer Straße 4

Zuverlässiger **Zeitungsträger** für Oberwiederstedt gesucht
Meldungen sind sofort an den Genossen Wilhelm Heidenreich zu richten

Gewissenhafter **Zeitungsträger** für Polleben gesucht
Meldungen beim Genossen Wilh. Schulze, Eisleben Str. 4

Jugendweihe-Glückwunschkarten
von 10 bis 40 Pf. in großer Auswahl
empfehlen
Bezirks-Zentralbuchhandlung, Halle, Lerchenfeldstraße 14
„Volksbuchhandlung" Halle, Harz 1. Filialen: Ammendorf, Hallesche Str. 9; Bitterfeld, Burgstr. 40; Eisleben, Rathausstr. 7; Merseburg, Schmale Str. 18; Weißenfels, Marienstr. 46; Wittenberg, Jüdenstr. 10; Zeitz, Wendische Straße 21; Torgau, Schützenstraße 14

Kur-Lichtspiele Bad Dürrenberg
Dienstag bis Donnerstag
Der beispiellose Großfilm aus den Tagen Rußlands
Der rote Sturm
(Wetterleuchten über dem Zarenreich)
Ein Film, wie er der aufhorchenden Welt noch nie gezeigt wurde und wie er in absehbarer Zeit nicht wieder geschaffen werden kann
Ein Film von größter Wucht und eindrucksvollster Darstellung

LUMPEN
Alteisen, Metalle, Knochen, Papier kauft laufend zu höchsten Preisen
Philipp Schwabach Lumpen-Sortieranst.
Raffineriestr. 44, Fernspr. 26237
Händler erhalt. auf Wunsch Preisliste

Wo speise ich gut und billig im **Volkspark?**
Burgstraße 27 Tel. 21107

Neuheit preiswert
Schlafzimmer-Schränke
Eiche, Birke, Nußb. imit.
130 cm m. Wäscheeinricht. . . . 81.—
130 cm m. 3teilig. Aufsatz . . 102.—
130 cm m. Bd. u. Spiegel . . 125.—
150 cm m. Bd. u. Spiegel . . 156.—
Flurgarderoben 29.— bis 75.—
Jungbluts Möbelhaus
Albrechtstr. 37

Damen-Taghemden
Dam.-Nachthemden
Hemdhosen
Prinzeßröcke
Herren-Taghemden
Herr.-Nachthemden
Einsatzhemden
Trikot-Unterhosen
Schürzen
Schlüpfer
Strümpfe
billigst und in guter Qualität
Richard Kläbe Nachf.
Richard Meinhardt
Weißenfels
Leipziger Straße 11

Kleine Anzeigen haben im Klassenkampf **Große Wirkung!**

DRUCKSACHEN JEDER ART
LIEFERT DIE
PRODUKTIV-GENOSSENSCHAFT
F.D.BEZIRK HALLE-MERSEBURG, eGmbH
HALLE A.S., LERCHENFELDSTRASSE 14
FERNSPRECHER: 210 45, 210 47, 22251
ABT. BUCH- UND KUNSTDRUCKEREI

Drei gute Dinge
sind's, die wir an „Blauband, frisch gekirnt" so schätzen, sagen erfahrene Hausfrauen:
Der frische, naturreine Geschmack, der gleiche Nährwert wie bei Butter und der halbe Preis.
Da lässt sich's wirtschaften. Das halbe Pfund kostet nur 50 Pf.
Feinkost-Margarine Blauband frisch gekirnt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290319-10/fragment/page=0004

Nr. 66 — 9. Jahrgang 1. Beilage

Halle, 19. März 1929

Der proletarische Reporter

Mit Feder und Kamera quer durch die Welt

Standrecht in Alabama

Die meisten der 2000 Ueberschwemmungsopfer in den Flüchtlingslagern bei Elba sind auf höher gelegenes Gebiet bei Troy gebracht worden. Der übrige Teil und die in Geneva Befindlichen werden verproviantiert. Das Wasser ist in der Zone von Geneva 4 Meter tief. Nach den bisherigen Feststellungen ist in Geneva nur eine Person ums Leben gekommen. Dringende Forderungen nach Typhusserum sind aus Garland eingetroffen und es wurde eine angemessene Menge abgesandt. 5000 Menschen sind obdachlos.

In Elba und Geneva wurde das Standrecht ausgerufen, um Plünderungen zu verhüten.

Das Eigentum steht eben in Amerika, mehr noch als in allen anderen kapitalistischen Ländern der Welt, höher als Menschenleben. Ob die Unglücklichen verhungern und verkommen, ist den herrschenden gleichgültig. Hauptsache bleibt Rettung des Besitzes.

13 Tote bei einem Flugzeugunglück

Bei Newark in den Vereinigten Staaten stürzte ein Flugzeug der Colonial Airways ab. Dreizehn Insassen wurden dabei getötet, eine Person schwer verletzt. Der Flugzeugführer kam ohne Verletzungen davon.

Dies ist der schwerste Unfall, der in den Vereinigten Staaten ein einzelnes Flugzeug betroffen hat. Die meisten der dreizehn Todesopfer waren Leute, die der Neugierde halber einen Flug zum erstenmal mitmachten. Der Flugzeugführer erklärte, die Ursache des Unfalls sei eine Motorpanne gewesen.

Betriebsmord in einem englischen Bergwerk

8 Todesopfer

Wie aus Halesowen (Worcestershire) gemeldet wird, ist in einem Kohlenbergwerk bei Coombswood ein Grubenbrand ausgebrochen. Acht Bergleute wurden an ihrer Arbeitsstelle von den Flammen abgeschnitten. Eine später in das Bergwerk eingedrungene Rettungsexpedition fand sie sämtlich tot auf.

Max Reinhardt und das Muckertum

Als Abschluß der Katholischen Schriftstellerwoche in Wien fand eine Festversammlung statt, in der Kardinalerzbischof Dr. Piffl auf die angekündigte Komödie Hasenclevers „Ehen werden im Himmel geschlossen" zu sprechen kam, gegen die er scharf protestierte. Der Kardinalerzbischof sagte die klassischen Worte: „Für alle Fälle verwahre ich mich öffentlich als Bischof im Namen von 100 000 Katholiken Wiens gegen diese zynische Herausforderung des gläubigen Volks durch ein Machwerk, das die Bühne als moralische Anstalt schändet und das Heiligste herabsetzt. Man kann," sagte Piffl, „nicht ungestraft die Gestalten in den Mysterienspielen am Salzburger Domplatz mit dem Strahlenkranze des Göttlichen und dem Nimbus der Läuterung umgeben und sie hier als Spottfiguren in den Sumpf der Lächerlichkeit zerren. Das wird sich an Reinhardt rächen."

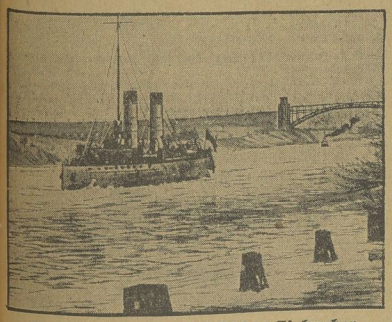
Max Reinhardt hat sich den kirchlichen Sermon so zu Herzen genommen, daß er, wie das „B. T." meldet, ein Telegramm nach Wien schickte, in dem er erklärt, daß es ihm nicht einfalle, dem katholischen Empfinden zu nahe zu treten, und daß er von der Aufführung des Stückes „Ehen werden im Himmel geschlossen" absehe. Max Reinhardt hat hier bewiesen, daß es ihm nicht darauf ankommt, ein Kunstwerk, das sich gegen das Bürgertum richtet, wirklich durchzusetzen. Ihm kommt es vielmehr darauf an, dem katholischen Klerus gefällig zu sein. Reinhardts Entwicklung ist genau so konsequent reaktionär wie die des gesamten deutschen Bürgertums.

Untergang eines englischen Feuerschiffes

Das Gull-Feuerschiff, das am Westende der Goodwin-Sandbänke verankert lag, wurde in dem dichten Nebel auf der Themse von dem englischen Passierdampfer „City of York" gerammt und ging unter. Fünf Mann der Besatzung wurden gerettet, während der Kapitän und ein Mann der Besatzung wahrscheinlich ertrunken sind.

Mit 104 Jahren gestorben

Am Sonnabend ist in Wien der älteste Wiener, Ignaz Dreßler, im 104. Lebensjahr gestorben.



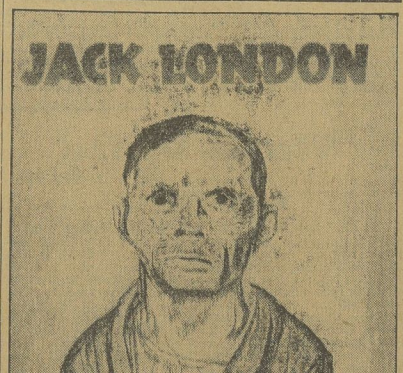
Die Heldentaten der russischen Eisbrecher

Die russischen Eisbrecher „Jermak" und „Trawor" haben festsitzenden deutschen Schiffen in ungezählten Fällen Hilfe in der größten Not gebracht. So wurde der Hamburger Dampfer „Götaelf" von Eismassen erdrückt und ging unter. Dem Eisbrecher „Jermak" gelang es jedoch, die gesamte Besatzung zu retten und wieder wohlbehalten ans Land zu setzen. Montag früh um 6.10 Uhr mit dem ersten Geleitzug, bestehend aus dem Kreuzer „Berlin", dem deutschen Dampfer „Sophie Rickmers" und dem schwedischen Dampfer „Karl" von Brunsbüttelkoog nach Holtenau abgegangen, wo sie im Laufe des Nachmittags erwartet werden.

Unser Bild zeigt den Eisbrecher mit der geretteten Mannschaft des „Götaelf" auf dem Wege zum Hafen Warnemünde.

Das tägliche Dawes-Bahn-Unglück

Am Sonntag entgleiste auf der Strecke der Lokalbahn Holenbrunn—Wunsiedel der Lokalbahnzug, der mittags 12 Uhr von Holenbrunn in Richtung Wunsiedel abgeht. Dabei stürzten die Lokomotive und zwei Wagen, nachdem sie etwa zwanzig Meter außerhalb des Gleises gefahren waren, um, wobei der Zugführer verletzt wurde. Da der erste der beiden umgestürzten Wagen ein Postwagen war, ist von den Reisenden niemand verletzt worden.



Dieser neu herausgekommene Roman des allen Arbeitern bekannten proletarischen Dichters Jack London

erscheint im „Klassenkampf" ab 2. April

Niemand versäume daher, bei seinen Arbeitskollegen im Betrieb und bei seinen Bekannten für den „Klassenkampf" zu werben

Der Prozeß gegen die Direktoren der Oelwerke Teutonia

Der Prozeß gegen die Direktoren der Oelwerke Teutonia wegen Konkursverbrechens und Betrugs wird am 9. April in Harburg seinen Anfang nehmen. Es sind etwa 70 Zeugen und Sachverständige geladen. Die Anklageschrift umfaßt 250 Seiten.

Eine bösartige Grippeepidemie in Skutari

hat bereits über 1000 Todesopfer gefordert.

Absturz eines britischen Militärflugzeuges in Afrika

Ein britisches Militärflugzeug, das zu einem aus vier Militärflugzeugen bestehenden Geschwader gehörte, ist auf dem Rückflug dieses Geschwaders von Kapstadt nach Kairo hinter Gwelo in Rhodesien gestern früh abgestürzt. Ein Insasse wurde getötet, ein zweiter schwer verletzt.

Absturz eines afghanischen Flugzeuges

Auf dem Flug von Kabul nach Hada ist eins von Bachai Sakoos Flugzeugen abgestürzt. Die beiden an Bord befindlichen Mullahs, die an der angekündigten Mullah-Konferenz in Hada teilnehmen wollten, fanden den Tod.

In Clairten (Vereinigte Staaten)

wurde durch eine heftige Explosion ein Gebäude zerstört und mehrere in Brand gesetzt. Die ersten Nachrichten sprachen von einer Dynamitexplosion, die Polizei glaubt, daß es sich um eine Gasexplosion handele. Es steht noch nicht fest, ob Verluste an Menschenleben zu beklagen sind.

Gemeinsam in den Tod

In Oschersleben brachte der Arbeiter Wiensowsky seiner Frau einen Schuß in die Schläfe bei und öffnete sich selbst die Pulsadern. Beide sind ihren Verletzungen erlegen. Schwere Krankheit scheint der Grund für die offenbar in gegenseitigem Einverständnis verübte Tat zu sein.

Brand in einer Grube bei Lünen

Im unterirdischen Grubenbetrieb der Schachtanlage „Minister Achenbach I/II" (Kreis Dortmund) ist am Sonntagvormittag ein Brand ausgebrochen, der zwar auf seinen Herd beschränkt, aber noch nicht gelöscht werden konnte. Von der Verwaltung wurde angeordnet, daß etwa 200 Mann der Belegschaft nicht einfahren sollen.

Wollseide

Seit einigen Jahren werden in der deutschen Zellstoffindustrie Versuche zur Erzeugung einer der Wolle und Baumwolle ähnlichen Kunstfaser gemacht. Man beabsichtigte, ein Produkt herzustellen, das zur Wolle und Baumwolle etwa das Verhältnis haben sollte, wie die Kunstseide zur natürlichen Seide. Für die deutschen Textilindustriellen mußte die Ersetzung der natürlichen Faserstoffe durch gleichwertige künstliche von außerordentlicher Wichtigkeit sein. Denn gerade der Import von Textilien ist ganz bedeutend. So sind beispielsweise im Jahre 1927 allein an Ueberseeschafwolle und Garnen für 300 Millionen Mark eingeführt worden. Wenn man sich durch eine neue Kunstfaser von der Einfuhr ausländischer Faserstoffe ganz oder teilweise freimachen könnte, so würden damit die Profitmöglichkeiten der deutschen Textilbarone erheblich vergrößert werden. Daneben wirkten noch technische Gesichtspunkte als Antrieb für eine solche Erfindung. Die Bemühungen sind jetzt erfolgreich abgeschlossen und in der Wollseide liegt eine Kunstfaser vor, die alle Erwartungen zumindest erfüllt, wenn nicht übertroffen hat.

Die Schafwolle, das Rohprodukt der Wollindustrie, ist von einer geradezu unangenehmen Vielfältigkeit. Die große Zahl verschiedener Wollsorten macht eine Vereinheitlichung und Vereinfachung der Fabrikation unmöglich. So gibt es bei der Schafwolle allein 14 Faserdicken. Innerhalb dieser 14 Faserdicken müssen aber wieder Unterschiede der Sorten nach Farbe, Länge, Kräuselung, Glanz, Weichheit, Reinheit, Gleichmäßigkeit und Provenienz gemacht werden. Außerdem ist der Grad der Verunreinigung, der Gewichtsverlust und Verlängerung der Verarbeitungsdauer verursacht, zu berücksichtigen. Daraus ergibt sich die Verschiedenartigkeit der Verarbeitungsmethoden und die entsprechend große Zahl besonderer Maschinenkonstruktionen.

Schon deshalb mußte ein Kunstprodukt, das ja als solches sich durch Gleichmäßigkeit auszeichnet, erstrebenswert erscheinen. Das Ausgangsmaterial der Wollseide ist wie bei der Kunstseide der Zellstoff. Die Wollseide unterscheidet sich von der Kunstseide zunächst durch ihre einfache Herstellungsmöglichkeit. Die Herstellung des Wollseidegarnes ist mindestens so billig wie die der Kunstseide, stellt sich aber um 50 Prozent billiger als das Naturprodukt aus Schafwolle. Die Möglichkeit, das Kunstprodukt mittels der auf natürliche Wolle und Baumwolle eingestellten Maschinen zu verarbeiten, mußte jedoch zur Lebensfrage seiner praktischen Ausnutzung werden. Aber auch hier ging alles „nach Wunsch". Die Wollseide kann auf den vorhandenen Textilmaschinen nicht nur ohne Schwierigkeiten, sondern sogar billiger versponnen werden, da eine Reinigung überflüssig ist. Eine Veränderung der Maschinen für das Verweben und Wirken ist nicht notwendig. Die Behandlung in der Färberei und in der Appretur ist geringer als bei Wolle und nur wenig höher als bei Baumwolle.

Aus der Verschiedenheit der Struktur zwischen Wollseide und Kunstseide ergeben sich wichtige Unterschiede in den Eigenschaften. Die Kunstseide ist dicht, kalt, schwer und kann leicht beschädigt werden. Die Wollseide dagegen ist weicher und weniger elastisch. Ihre Wärmewirkung ist durch das Dazwischenliegen isolierender bezug auf Kräuselung eine genaue Anpassung der Kunstfaser an die Wolle und Baumwolle erreichen. Daher kann man die Wollseide zusammen mit Wolle und Baumwolle verarbeiten. Die aus Wollseide hergestellten Stoffe haben sich allen Tagesforderungen gewachsen gezeigt: sie sind waschbar, leicht färbbar, leicht zu reinigen und können durch Imprägnieren wasserdicht gemacht werden.

Zur Auswertung des Verfahrens ist in Mannheim eine Gesellschaft, die Wollseide-GmbH., gegründet worden. Die Anlagen sind jetzt soweit fertiggestellt, daß mit der Produktion von mehreren Tausend Kilogramm pro Tag begonnen werden kann. Für die Textilbarone bedeutet diese Erfindung neue Gewinnmöglichkeiten, die voll und restlos für sich auszuschöpfen, ihnen erst Schiedsspruch und Verbindlichkeitserklärungen Gelegenheit geben. Für die breiten Massen aber werden die feineren Unterschiede zwischen Wollseide, Kunstseide, Wolle ohne Interesse bleiben. Lebenshaltungskosten und Lohnniveau stellen sie vor die primitivere Frage: Kleidung oder nicht Kleidung?

Chemicus.

Ein neues Heft des „Parteiarbeiter"

Das Märzheft des „Parteiarbeiter" liegt vor. Wiederum bringt es eine Menge Beispiele und Anregungen für die Arbeit unserer Genossen.

Der Leitartikel behandelt den ursächlichen Zusammenhang, der zwischen der Verschärfung der Kriegsgefahr, der Rolle des Reformismus und der von der Partei durchgeführten taktischen Wendung in der Massenarbeit besteht. Zu einem zweiten Artikel wird zu unserer Taktik im Kampf gegen die Revers-Offensive der reformistischen Bürokratie in den Gewerkschaften Stellung genommen und ein dritter Beitrag behandelt die Aufgaben der Betriebe im Kampf gegen den Arbeitsschutzabbau.

An der Spitze des Teils „Aus der Praxis für die Praxis" steht eine Diskussionsrubrik über unsere Stellung zum Krieg. Die Diskussionsecke steht jedem Genossen offen und hat den Zweck, Fragen unserer Taktik des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg, über die noch nicht restlose Klarheit besteht, zu klären. Im vorliegenden Märzheft werden zwei Beiträge dieser Art gebracht. Im weiteren bringt das Heft eine Reihe von Betriebsberichten über Abläufungsvorgänge, die anschaulich aufzeigen, welch großer Wert einer systematischen Betriebsberichterstattung zur Konkretisierung unserer Antikriegsagitation beizumessen ist.

Einen großen Raum nehmen wiederum Beispiele aus den Betriebsratswahlen und aus den Wirtschaftskämpfen ein. Verschiedene Genossen berichten z. B. über die Macht bei Dressein & Koppel, auf der Heinitzgrube und im VMR.-Betrieb Wahrenfeld. Ein Beitrag untersucht die opportunistische Politik der „kommunistischen" Ortsverwaltung in Solingen einer scharfen Kritik; ein anderer Genosse behandelt die Lehren des Textilarbeiterkampfes in Sachsen-Thüringen. Eine Genossin berichtet über Erfahrungen über die Teilnahme der Arbeiterfrauen am Wirtschaftskampf.

Die Explosionskatastrophe in Rumänien

In dem Petroleumgebiet von Moreni ist ein Bohrturm explodiert, wobei zwölf Arbeiter und ein englischer Ingenieur getötet wurden. Die Explosion ging mit einer gewaltigen Detonation vor sich und die Maschinenteile wurden 500 bis 600 Meter im Umkreise fortgeschleudert. Zwischen den Trümmern fand man die Hände und Füße der Opfer, die buchstäblich zerrissen wurden. — Unser Bild zeigt die Trümmerstätte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290319-10/fragment/page=0005

Stürmisches Ende der Etatberatung

Neue unverschämte Frechheit des Bürgerblöcklers Hoë — Genosse Otto Härtel grundlos ausgeschlossen
Die kommunistische Fraktion verläßt nach Ablehnung des Etats zum Protest den Sitzungssaal

Die Etatberatungen sind gestern zu Ende gegangen. So, wie der Auftakt zu den Verhandlungen derselben am 18. Februar schon klar und deutlich zeigte, unter welchem Motto der Bürgerblock seinen diesjährigen Schandetat unter Dach und Fach bringen wollte, sind die Beratungen unter **Niederknüppelung der Opposition, Beschneidung der Redezeit, rücksichtslosester Ausschaltung der Arbeiter-Oeffentlichkeit** und Drohungen mit der Polizei zu Ende geführt worden.

Die Krone dieses Gewaltregiments des Bürgerblocks bei den Haushaltberatungen gebührt nach den gestrigen Vorfällen ohne Zweifel aber Hoë, der im letzten Teil der gestrigen Sitzung wiederum Busse vertrat. Bei der Abstimmung über die **Gesamtvorlage des Haushaltplanes** ist es bisher üblich gewesen, den Fraktionsrednern ein Schlußwort von 20 Minuten zu geben. Der Bürgerblock beschnitt diese Redezeit gestern auf zehn Minuten. Während seiner Rede erhielt der Genosse **Otto Härtel** zwei Ordnungsrufe. Nach Beendigung seiner Ausführungen, die ihm Hoë abschnitt, gebrauchte er nur noch die Worte: **„Wir lehnen den Etat ab!"** Daraufhin ließ Hoë den Bürgerblock über den Ausschluß des Genossen Härtel abstimmen. Alles Protestieren unserer Genossen, alle Zurufe, daß ein solches Vorgehen Hoës doch **völlig unsinnig** sei, halfen nichts. In unverschämter und provokatorischer Frechheit beharrte der fette Spießer auf seinem Willen und ließ, als der Genosse Härtel nicht freiwillig den Saal verließ, die berühmten Preisboxer holen.

Wir sind der Ansicht, daß Hoë direkten Auftrag hatte, einen solchen Vorfall zu provozieren. Auf den Tribünen sah man eine große Anzahl in Zivil gesteckter Magistratsbeamter und Kriminalpolizisten, die dort postiert waren, um die Empörung der proletarischen Tribünenbesucher mit den neuesten „demokratischen" Mitteln niederzuhalten.

Eine „sinnreiche" Vorrichtung ermöglicht jetzt auch einen beschleunigten Herauswurf oppositioneller Tribünenbesucher. Der Vorsteher kann von seinem Platz aus drei rote elektrische Birnen auf der Tribüne zum Erleuchten bringen. Dieses Aufleuchten der Lampen ist für die auf der Tribüne postierten Preisboxer das Signal zum Herauswurf etwaiger Störenfriede der demokratischen Ordnung. Diese „sinnreiche" Einrichtung wurde gestern zum erstenmal angewandt, als die empörten Tribünenbesucher gegen die Unverschämtheiten des Hoë protestierten. Man sieht, es wird immer „parlamentarischer" in Halle.

Unsere Genossen warteten nun gestern das Erscheinen der Oelsechen Gummiknüppelgestalten nicht ab, **stimmten die „Internationale"** an und verließen unter lauten Protestrufen geschlossen die Stätte, die einen unbezahlbaren Anschauungsunterricht für das Wesen der bürgerlichen Demokratie nun schon seit Wochen bietet. Es wird die Zeit kommen, wo wir diesen bürgerlichen Frechlingen ihre Gemeinheiten mit Zins und Zinseszins zurückzahlen werden.

*

Zum Beginn der Sitzung erwies es sich, daß dem erkrankten Stadtverordnetenvorsteher **Busse** die linden Frühlingslüfte wieder Mut zu neuen Schandtaten gegen die Kommunisten gegeben haben. Er ist wieder da. Er verkündete zunächst, daß **auf dem Hallmarkt eine Betsäule** aufgestellt werden soll. Dagegen hätte aber der Bauausschuß Protest eingelegt. Ferner verlas er ein Schreiben des Genossen **Fritz Rebenstahl**, der infolge Ueberlastung durch andere Aemter sein Mandat niederlegt.

Dann stieg man in die Beratung über das Kapitel **Hauptverwaltung**. Der Genosse **Illgenstein** benützte diese Gelegenheit, um die Personalpolitik des hallischen Magistrats und die reaktionäre Zusammensetzung seiner Mehrheit einer scharfen Kritik zu unterziehen. Als typisches Beispiel für diese falsche, der Stadt schädliche Kommunalpolitik führte er den Fall Berger an, der als Stadtbaudirektor **die Stadt um 10 bis 12 Millionen Mark geschädigt hat.**

Während seiner Ausführungen geht **Kilian** mit einem Stoß „Volkswille" bewaffnet zu den Bänken der Bürgerlichen, der SPD. und des Magistrats, um diesen Herrschaften die neuesten antikommunistischen Schauermärchen des Kiliansbundes zu übermitteln. Auch eine Tätigkeit im Interesse der Arbeiterbewegung.

Genosse **Kutzschbauch** sprach dann zu dem Kapitel **Nachweisungen an Vereine.**

Er stellte zunächst fest, daß von der Gesamtsumme im Betrage von 146 880 Mark, die insgesamt den verschiedensten Vereinen zur Unterstützung überwiesen wird, ganze 7000 Mark für Arbeitervereine eingesetzt sind.

Er beantragte im Namen der kommunistischen Fraktion die **Streichung** aller Mittel für die zahlreichen kirchlichen und vaterländischen Verbände und Verbändchen.

Ferner beantragte er im Namen der kommunistischen Fraktion, daß dem zu Unrecht unter dem Bruch der Bundesstatuten ausgeschlossenen Arbeitersport- und Kulturkartell, das aber trotz der Hetze der Reformisten heute noch besteht, die für den Arbeitersport eingesetzten 1200 Mark zufließen, da das von der SPD. hier angeführte Dreischer-Kartell nur in der Phantasie des Herrn Schaumburg existiert.

Alle kommunistischen Anträge werden wie gewöhnlich abgelehnt. Auch das Dreischer-Gründchen der SPD.-Bonzen erhält vom Bürgerblock seine 1200 Mark bewilligt, während die Mehrzahl der hallischen Arbeitersportvereine auf Veranlassung der Schaumburg und Flicht um den städtischen Zuschuß betrogen worden sind.

Außerdem stellte die kommunistische Fraktion folgende grundsätzlichen Anträge:

1. **Beseitigung der Vorrechte des Magistrats und Beseitigung des Zweikammersystems.**
2. **Wahl der Bürgermeister und Stadträte durch unmittelbare Verhältniswahl.**
3. **Vereinfachung der Kommunalverwaltung durch Vereinigung der Gesetzgebung, gesetzlichen Gewalt und der Verwaltung in einheitlich arbeitenden Körperschaften.**

Die **Erhöhung von Eintrittsgeldern für die Freibäder Pulverweiden und Trotha** wagten die Bürgerblöckler doch nicht aufzureden zu erhalten. Unsere Genossen beantragten, beim **Etat der Badeanstalten** auch die Eintrittsgelder für das **Bad am Gesundbrunnen** gänzlich zu streichen. Das wurde abgelehnt.

Beim Kapitel **Feuerwehr** beantragte der Genosse **Brömme** wiederum, endlich die unbedingt notwendigen 18 neuen Feuerwehrstellen zu besetzen. Der Stadtrat **Joest** schimpfte ganz erregt über die Ausführungen unseres Genossen und stellt Halle als diejenige Großstadt in Deutschland hin, die den besten Feuerschutz besitzt. (!!) Genosse **Günther** widerlegte ihm das an Hand von zahlreichen Beispielen aus der jüngsten Vergangenheit. Schließlich verspricht der Magistrat, daß am 1. April sechs neue Feuerwehrleute eingestellt werden sollen.

Die Beratung über den **Etat des Stadttheaters** benutzten die Bürgerlichen, um durch ihren Sprecher **Vollhardt** einen Angriff auf die städtische Regie beim Stadttheater ausführen zu lassen. Der Bürgerblock beantragte, die Einnahmeposition in diesem Jahre willkürlich um 20 000 Mark zu erhöhen. Da natürlich niemand die Garantie dafür übernehmen kann, daß eine solche Erhöhung der Einnahmen eintritt

(Stadtrat **Fischer** betonte, daß **dies nur durch eine Erhöhung der Preise für die Besucherorganisationen geschehen könne**),

so ist die Absicht klar, daß man Gründe sucht, um beim Theater abzubauen. Das kam auch klar zum Ausdruck in dem weiteren Antrage des Bürgerblocks, im künftigen Jahre nur noch einen Zuschuß von 500 000 Mark für das Theater zu gewähren.

Ein kommunistischer Antrag auf Gewährung von Freikarten an Erwerbslose wurde mit den Stimmen der SPD. abgelehnt.

Lebhaft wurde es dann noch einmal bei dem Kapitel über **Steuern und Abgaben**. Genosse **Kölz** sprach im Namen der kommunistischen Fraktion. Seine Ausführungen deckten sich mit dem, was wir gestern bereits im **„Klassenkampf"** veröffentlichten. Die Gastwirtevertreter **Herold** und **Zwanzig** protestierten in einer Erklärung gegen die Erhöhung der Biersteuer, stimmten aber bei der Gesamtabstimmung dafür. Ebenso handelte der „Hausbesitzer" **Thier** bei der Wertzuwachssteuer. Auch hier wurden dann sämtliche kommunistischen Anträge abgelehnt.

Kurz und bündig beantragte dann der Stadtverordnete Ritter vom Ordnungsblock die Annahme des Gesamtetats in Höhe von 34 131 100 Mark.

Nachdem man das Schlußwort auf zehn Minuten zusammengestrichen hatte, war es dem Genossen **Otto Härtel** natürlich nur schlecht möglich, das zu sagen, was wir als Kommunisten zu diesem Schandetat zu sagen haben. Er hob in seinen Ausführungen insbesondere die zweideutige Haltung der SPD. hervor. Hier in Halle lehnen sie den Etat ab, weil sie wissen, daß voraussichtlich im Herbst Neuwahlen erfolgen. In der Reichsregierung dagegen bringt ihr Parteigenosse Hilferding den **arbeiterfeindlichsten** Etat im Auftrage der Trustregierung ein, der in den letzten Jahren überhaupt aufgestellt worden ist. Die zehn Minuten Redezeit des Genossen Härtel waren noch nicht einmal um, als der Hausknecht des Bürgerblocks, **Hoë**, der den Genossen Härtel schon dauernd mit Ordnungsrufen unterbrochen hatte und ihn wie einen Schulbuben behandelte, unserem Redner kurzerhand das Wort abschnitt. Genosse **Härtel** setzte sich auch und fügte dann nur noch die Worte hinzu:

„Wir lehnen den Etat ab!"

Das veranlaßte den wildgewordenen Spießer am Vorstandstisch, den dritten Ordnungsruf zu erteilen und durch seine Nickemännermehrheit den Ausschluß des Genossen Härtel zu verfügen. Dieser grundlose Ausschluß, der eine auch in der bewegten Parlamentsgeschichte von Halle bisher unerreichte Unverschämtheit darstellt, führte dann zu den eingangs bereits geschilderten Szenen. Mit den Genossen der kommunistischen Fraktion verließ auch der Vertreter des „Klassenkampf" den Sitzungssaal, da es sich nicht lohnte, den weiteren Blödsinn, den die Bürgerlichen in dieser Quatschbude verzapften, mit anzuhören. Die SPD. ging gehorsam wieder auf ihre Plätze, als die Kommunisten demonstrativ den Sitzungssaal verlassen hatten.

*

An der hallischen Arbeiterschaft, deren Rechte auch bei der diesjährigen Etatsberatung wieder brutal mit Füßen getreten worden sind, wird es liegen, den Gewaltherrschern und Beauftragten des mitteldeutschen Chemie- und Braunkohlenkapitals im hallischen Stadtparlament bei den Kommunalwahlen die gebührende Quittung zu erteilen. Dieser arbeiterfeindliche Etat konnte zu nur deswegen angenommen werden, weil durch die Verschiebung der Kommunalwahlen diese Bürgerblockmehrheit entgegen der wirklichen politischen Meinung der hallischen Bevölkerung heute noch ihre Plätze innehat. Das war ja auch der politische Sinn und der Zweck der Verschiebung der Kommunalwahlen vom vergangenen Jahr. Eins ist allerdings gewiß: Das brutale Gewaltregiment der Bürgerlichen — denen die Sozialdemokratie Bütteldienste leistet — kann erst dann restlos beseitigt werden, wenn das Proletariat mit dieser Scheindemokratie durch den Sturz des kapitalistischen Staates endgültig ausgeräumt hat.

Stadt Halle

19. März 1929.

Am Rannischen Platz

ist der Umsteigeverkehr auf der hallischen Straßenbahn geradezu unhaltbar geworden. Fährt man z. B. mit der Linie 6 vom Völlberger Weg aus und will nach dem Innern der Stadt, so muß man am Rannischen Platz umsteigen. Dabei muß man jedesmal feststellen, daß **mehr als die Hälfte** der Fahrgäste ebenfalls umsteigen und infolgedessen der gesamte Verkehr durch die Ein- und Aussteigerei verlangsamt wird. Es macht sich also notwendig, daß vom Völlberger Weg aus eine **neue** Linie über den Rannischen Platz direkt nach dem **Innern** der Stadt geführt wird. Diese Notwendigkeit ergibt sich auch aus folgendem Grunde: Will jemand vom Völlberger Weg zum Beispiel nach **Cröllwitz** oder nach dem **Hettstedter Bahnhof**, dann macht er erst den riesigen Umweg nach dem Riebeckplatz, um hier Anschluß an die Linien 4, 9, 7 oder 8 zu finden.

Genau so ähnlich liegen die Verhältnisse für die Fahrgäste der Linien 1 und 3. Nur sollte hier eine neue Linie vom Rannischen Platz aus nicht nach der Innenstadt, sondern nach dem **Hauptbahnhof** geleitet werden. Mit dem weiteren Ausbau des Südwestviertels unserer Stadt machen sich diese Aenderungen immer notwendiger.

Kommunistische Mitglieder der Freien Schulgesellschaft und kommunistische Eltern der weltlichen Schule! Am Mittwoch, 20. März, 20 Uhr, ist im Bureau der VL., Zimmer 8, eine wichtige Sitzung. Als Ausweis ist das Partei- Mitgliedsbuch unbedingt mitzubringen. Alles muß erscheinen.

VL. der KPD., Abteilung Agitprop.

Die Einwohnerzahl Halles

hat im Endergebnis des Monats Februar 1929 seit langer Zeit mal wieder keinen nennenswerten Zuwachs zu verzeichnen, denn sie ist in diesem Monat nur um acht Köpfe auf 202 263 Personen am 1. März 1929 gestiegen.

Man kann aus der Zahl der Sterbefälle rückblickend geradezu das Wetter der Vergangenheit ablesen. Denn in Halle verstarben (in der einheimischen Bevölkerung) im Monat Februar

1929	237	Personen
1928	172	„
1927	215	„
1926	195	„
1925	155	„

Entsprechend dem Anwachsen der Bevölkerung hätten wir im Februar 1928 etwa 15 Sterbefälle mehr, im Februar 1929 etwa 40 weniger haben müssen, als eingetreten sind. Der ungewöhnlich rauhe Februar 1929 kommt in der Zunahme der Sterblichkeitsfälle also deutlich zum Ausdruck.

Die **große Kälte** hat aber auch die Wanderungsvorgänge etwas beeinflußt, und zwar haben sowohl die Zuzüge wie die Fortzüge gleichmäßig unter ihr gelitten. Statt etwa 1600 Zuzügen im Februar 1928 hat der Februar 1929 nur 1355 gebracht, und statt etwa 1700 Fortzügen nur 1400. Und zwar sind hauptsächlich weibliche Familienteile nicht nachgezogen, was sich später wohl noch auswirken wird.

Folgen des Glatteises!

Ein erheblicher Unfall ereignete sich im Dezember v. J. auf der Leipziger Straße unweit von Bruckdorf. Die Straße ist durch die übermäßige Wölbung bei Glatteis für Kraftfahrzeuge besonders schwer zu befahren. Kurzangelegte Kurven machen ein sicheres und vorsichtiges Fahren besonders notwendig. Am fraglichen Tage hatte bereits ein Kraftwagen Bekanntschaft mit dem Straßengraben gemacht. Ein Tankwagen einer hallischen Oelgesellschaft kam ihm zu Hilfe und versuchte, ihn freizuschleppen. Eine derartige Hilfsaktion ist bei solchen Witterungsverhältnissen besonders gefährlich. Die Ausmaße eines Tankwagens beanspruchen allerdings bei einer derartig schwierigen Aktion ein ausreichendes Manövrierfeld. Die Fahrstraße war also für kurze Zeit gesperrt. Absperrungsmaßnahmen hatte man aber nicht getroffen. Aus entgegengesetzter Richtung kam im 40-Kilometer-Tempo der Kraftwagenführer Lindner aus Leipzig. Die Kurve muß ihm den Unfall unbemerkt gelassen haben. Das Unglück war nicht mehr zu vermeiden. Bis auf ungefähr 20 Meter war er von der Bergungsstelle entfernt. Die Bremsen reagierten bei dem glatten Unterboden nicht einwandfrei und der Wagen drehte sich auf der Stelle. Er rammte mit dem hinteren Teil den Tankwagen so erheblich, daß schwere Beschädigungen am Auto und erhebliche Verletzungen der beiden Insassen als Folgen zu verzeichnen waren. L. befaßt die Geistesgegenwart, seinen Wagen einigermaßen flott zu machen und brachte seine schwerverletzten Insassen (Beckenbrüche) nach Leipzig zurück.

Gegen L. war Strafantrag gestellt worden. Er hatte sich vor dem Schöffengericht Halle zu verantworten. Fahrlässigkeit konnte ihm aber trotz der Verletzungen und Sachbeschädigungen nicht nachgewiesen werden. Er wurde freigesprochen.

Die Saale tritt über

Vom Sonnabend zum Montag ist die Saale um 66 Zentimeter gestiegen. Das Wasser hat damit den Stand 4,02 Meter am Untergepel in Trotha erreicht. Größere Wiesenflächen dicht bei der Stadt **stehen unter Wasser**. Es handelt sich hier jedoch um ein Gelände, das bei Hochwasser schon immer zuerst in Mitleidenschaft gezogen wurde. Im Weichbild der Stadt haben nur geringe Ausuferungen stattgefunden. Einige am Saaleufer entlang führende Promenadenwege sind überflutet.

Hallische Tageschronik

Irrsinniger Mörder

Die Justizpressestelle teilt der Presse mit, daß der Ziegeleiarbeiter Hermann Rabenhold, der am 28. Dezember 1928 in Lossa (Kreis Eckartsberga) seinen Bruder Ernst erschoß, nach mehrwöchiger Beobachtung in der Landesheilanstalt Nietleben für geisteskrank im Sinne des § 51 RStGB. und gemeingefährlich erklärt worden ist. Seine dauernde Unterbringung in einer Heilanstalt wird in die Wege geleitet werden.

Auch eine Verkehrsstörung. Gestern mittag wurde das Ueberfallkommando nach der Ecke Große Ulrichstraße — Moritzburgring gerufen. Dort wollte ein angetrunkener Radfahrer den Weisungen des Verkehrsbeamten nicht Folge leisten. Eine größere Menschenmenge, die sich angesammelt hatte, wurde zerstreut. Der Radfahrer wurde zum Revier gebracht.

Straßenbahnunfall. Gestern abend um ½8 Uhr stürzte auf dem Riebeckplatz ein Mann infolge eines Schwindelanfalles aus einem fahrenden Straßenbahnwagen. Der Mann trug nur eine leichte Kopfverletzung davon und konnte seinen Weg allein fortsetzen.

Das Tiefbauamt teilt mit: In der Woche vom 17. bis 23. März werden von bzw. im Auftrage der städtischen Tiefbauverwaltung nachstehende größere Arbeiten begonnen: Herstellung eines Tonrohrkanals in der Liebenauer Straße, Herstellung eines Zementrohrkanals im Nietleber Weg.

Die findige Post. Ein hiesiger Bankangestellter erhielt kürzlich eine Postkarte aus dem Rheinland zugestellt, auf dem die Ablender die Ortsbezeichnung „Halle" vergessen hatten. Trotzdem sich auch im Texte keinerlei Anhaltspunkte für den Bestimmungsort fanden, hat die Karte doch ohne erhebliche Verspätung ihr Ziel erreicht. Das soll nun nicht etwa ein Ansporn sein, den Namen des Bestimmungsortes auf Postsendungen, weil überflüssig, einfach wegzulassen.

Achtung, Jungarbeiter vom Stadtteil Westen! Morgen, am Mittwoch, dem 20. März, 20 Uhr, findet in der Produktiv-Genossenschaft ein Werbeabend der Roten Jungfront, Abtlg. Westen, statt. Junge Arbeiter, erscheint zahlreich!

Theater und Konzerte

Die Ringkämpfe im Walhalla-Theater

Der Ungar Varga, welcher am Montagabend sein Debut gab, scheint kein angenehmer Gegner zu sein. Außer seinem großen Körpergewicht, es ist mit seinem Gewicht von 280 Pfund der schwerste unter den teilnehmenden Ringern, verfügt er über Bärenkräfte, welche er gestern so rücksichtslos anwandte, daß er sofort das Publikum gegen sich hatte. Sein Gegner Goebel (Breslau) war bei aus seinem Augenblick gewachsen und wurde schon nach fünf Minuten durch Doppelnelson besiegt. Peter Kopp (Zugoslawien) und Grunewald (Rheinland) rangen 25 Minuten unentschieden. Auch Paul Bahn-Samson hatte mit dem Neger Johnson zu leichtes Spiel. Der Gewichtsunterschied war hier doch zu bedeutend, als daß der Neger irgendeine Chance trotz seiner Geschmeidigkeit gehabt hätte. Nach sechs Minuten lag der Neger durch einen kraftvollen Unterzriff von vorn besiegt auf beide Schulterblätter. Sultanen konnte gestern wegen einem schwerbesiten Furunkel in der Achselhöhle nicht antreten, infolgedessen rang Reiber (München) mit dem tüchtigen Franzosen Favre. Hier sah man wieder den griechisch-römischen Ringkampf in höchster Vollendung. Fortwährend wechselten die Lagen, immer von großem Beifall begleitet, wenn es einer der Gegner verstand, sich aus einer prekären Umklammerung wieder zu befreien. Schließlich siegte Reiber nach einer Gesamtzeit von 18 Minuten beim Ablangen eines Hüftschwunges. Heute, Dienstag, steht Reiber wieder vor einer sehr schweren Aufgabe. Er hat seinen Entscheidungskampf mit Paul Bahn-Samson auszufechten. Ob ihm dieser schwere Wurf gelingen wird, ist sehr fraglich.

Joh. Strauß-Operette im Stadttheater. Am Sonnabend dieser Woche geht die Strauß-Operette „Casanova" in der Bearbeitung von Ralph Benatzky erstmalig in Szene. Sieben Bilder reihen an dem Zuschauer vorbei und führen von Venedig nach Oesterreich, Spanien, Deutschland, Böhmen wieder nach Venedig, auf diese Weise auch äußerlich das Abenteuerdasein Casanovas andeutend. — Die Musik gibt sich in Barcarolen, Romanzen, Walzern und Ensembles auf melodische und harmonische Weise aus.

Heute kein Sinfonie-Konzert im „Volkspark". Dauerkarten-Inhaber werden gebeten, sich am Freitag, 29. März, ½10 Uhr, an der Morgenfeier der Hallischen Schule Nord zu beteiligen. Programm wird zugestellt. Eine besondere Konzertbestellung, zu der die Karten ebenfalls Gültigkeit haben, findet voraussichtlich Ende April statt.

An alle Genossen und Genossinnen, Leser und Leserinnen im Stadtteil Osten!

Am Mittwoch, dem 20. März, abends 19½ Uhr, findet im Lokal Hübner, Kurze Gasse, ein Lichtbildervortrag über § 218 statt.

Die Genossin Anne Herrmann, Halle, wird im Anschluß daran über die Länderkonferenz werktätiger Frauen in Chemnitz Bericht erstatten.

Wir laden alle Freunde, insbesondere die werktätigen Frauen und proletarischen Hausfrauen zu dieser Veranstaltung ein.

Eintritt frei!

KPD. (Stadtteil Osten).
Verlag Klassenkampf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290319-10/fragment/page=0006

19.3.29

Gewerkschaftliches

Steigert die Unterschriftensammlung!

„Volksblatt" und Rößler überrascht von dem glänzenden Besuch der Metallarbeiterversammlung der Opposition

Am Sonnabend hat das „Volksblatt" doch noch ein elendes Gerammel zusammengebracht von der Metallarbeiterversammlung, die die Opposition zum Donnerstag nach dem „Volkspark" einberufen hatte. Der wirklich gute Besuch der Versammlung hat sie überrascht. Noch am Mittwoch hatten Drescher und König bekanntlich Rundschreiben an alle Funktionäre verschickt mit der Aufforderung, alle Mitglieder aus der Versammlung fernzuhalten, da ihnen sonst die Gefahr des Ausschlusses aus dem DMV. drohe. Ganz erheblich mehr Mitglieder des DMV. waren aber trotzdem erschienen, als sonst an den Mitgliederversammlungen teilnehmen.

In dreiviertel Spalte stammelt das „Volksblatt" alles Mögliche zusammen, nur nichts über die Versammlung selber und nichts über die Stimmigkeit, mit der die gesamten Kollegen den Ausführungen der Genossen Grade und Lüttich sowie der Entschließung zustimmten.

Der Genosse Lüttich wird im „Volksblatt" besonders schäbig und gemein angegriffen, indem ihm Strebertum und Postenjägerei angedichtet werden. Das „Volksblatt" dokumentiert damit nur erneut und für jeden Arbeiter offenkundig die Lügenhaftigkeit seiner sozialdemokratischen Berichterstattung. Jeder Metallarbeiter, auch die politische Gegner Karl Lüttichs in Halle und im Bezirk weiß, daß und wie er immer im Interesse der Sache unter Hintansetzung seiner Person gehandelt hat. Alles in allem ist die Unsachlichkeit und die Inhaltlosigkeit des „Volksblatt"-Berichts nur ein weiterer Beweis dafür, daß die Leute sachlich nichts sagen können, weder gegen die glänzende Versammlung noch gegen den sachlichen Bericht des „Klassenkampf". Beides ist dem Volksblättlein unangenehm.

Für die Arbeiter aller Gewerkschaften, aller Industrien und Betriebe muß dieser gelungene Vorstoß der Opposition gegen die reformistische Bureaukratie ein neuer Ansporn sein,

die Unterschriftenkampagne zu steigern!

Verlangt die Einzeichnungslisten bei den oppositionellen Vertrauensleuten! — Erkundigt Euch bei jedem Kollegen, ob ihm schon eine Liste vorgelegt worden ist, wo er schon unterzeichnet hat! — Ersetzt jeden, der noch nicht unterzeichnet hat!

Betriebsunfall!

Kohlenstaubexplosion im Lauchhammerwerk

Heute früh um 6 Uhr erfolgte auf der Brikettfabrik Lauchhammerwerk eine Kohlenstaubexplosion. Vier Arbeiter sind dem Teil schwer verbrannt und mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

Ein Bergmann durch Sprengschuß schwer verletzt

Auf dem Schacht der deutschen Solvaywerke Bernburg, Fortunhal, ereignete sich ein schwerer Betriebsunfall dadurch, daß eine Sprengladung nicht, wie vorgesehen, zur Explosion kam. Der Bergmann Dolge, der sich in der Annahme, daß der Schuß überhaupt nicht explodieren würde, der Sprengstelle näherte, wurde von der verspäteten Explosion schwer verletzt und in bedenklichem Zustande ins Krankenhaus Bergmannstrost gebracht.

Chemiekonferenz Mitteldeutschland bremst

Kommunistische Kampfprogramme erfüllen die Debatte — Betriebsratswahlen gefürchtet
Reformisten gegen Kampfvorbereitung

A.-K. Am 17. März tagte im „Volkshause" zu Leipzig die Chemiekonferenz der Sektion 5b. Zur Tagesordnung standen: 1. Vortrag über die wirtschaftliche Lage und Stellungnahme zum Bezirkslohnabkommen. 2. Aussprache.

Anwesend waren 159 Delegierte einschl. Angestellte. Vom Hauptvorstand des FVL. war das Vorstandsmitglied Großmann erschienen. Das Referat hatte der Gauleiter Schneider-Erfurt.

In seinen Ausführungen über die „wirtschaftliche Lage" legte er besonderen Wert darauf, die Opposition zu beschimpfen. Auf die Arbeitszeit eingehend erklärte er, daß man Ausnahmebestimmungen in bezug auf die achtstündige Arbeitszeit eingehen müßte. (Brey hat ja bekanntlich „aus Parteidisziplin" dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt.) Auch das Akkord- und Prämiensystem habe viele Differenzen gegeben. Doch einen Arbeitsvertrag sollte man als Waffenstillstand zum Ausbau der Organisation benutzen. (Wie lange?) Die Kampfprogramme der KPD. zu den Betriebsrätewahlen machten ihm anscheinend viel Kopfschmerzen. Nur die Uneinigkeit der Arbeiter sei schuld an den heutigen Verhältnissen. Er teilte dann mit, daß die Lohnkommission beschlossen habe, den Lohntarif zu kündigen, daß über die Höhe der Forderungen aber in der Konferenz nicht verhandelt werden solle.

Ein Kollege aus Magdeburg stellte alsdann die Forderung nach 15 Prozent Lohnerhöhung auf.

Kollegin L., Wittenberg, fordert stärkere Heranziehung der Frauen zu den Konferenzen. Walter (Leuna-Werk) schließt sich den Ausführungen Schneiders an! Er gibt weiter seine Bauchschmerzen in bezug auf die Betriebrätewahlen bekannt. Auch der Leuna-Prolet liegt ihm im Magen! — Auch Langer-Halle vom DMV. führte, wie immer, sein Kasperltheater auf; er sprach nicht zur Sache, sondern lediglich, um die Opposition herunterzureißen. Er machte sich lustig über verschiedene Ausdrücke der in der Diskussion gesprochenen Betriebsarbeiter.

Kollege Leune gab ihm die richtige Antwort, er sei scheinbar daher so dick, daß er schon so viele Kommunisten verschluckt hat. Wenn die „Demokratie" so auslesen soll, daß Konferenzen zur Stellungnahme zum Lohntarif einberufen würden, wo dann aber nicht über die Forderungen gesprochen werden dürfe, so sei das bezeichnend für die Sozialdemokratie, die solches noch als Demokratie anpreisen. Es wär besser, es würde schriftlich Kenntnis genommen und die für die Konferenz ausgemorsenen Gelder würden den Beteiligten übermittelt. Weiter tritt Kollege Leune den Ausführungen des Gauleiters Schneider entgegen. Die Konferenz müsse den Zweck haben, die Forderungen als Entwurf aufzustellen, um dann Gelegenheit zu geben, daß die Forderungen von den Belegschaften besprochen und abgestimmt werden könnten. Er brachte dann folgenden Antrag ein, den er begründete:

Die am 17. März 1929 in Leipzig versammelten Funktionäre aller am Chemietarif beteiligten Organisationen aus dem Bereich der Sektion 5b fordern von den Leitungen der Organisationen die Kündigung des Bezirkslohnabkommens der Sektion 5b zum 30. April 1929.

Als Mindestforderungen sind:

für Gruppe I Betriebsarbeiter	**1,00 Mark Stundenlohn,**
für Gruppe II angelernte Arbeiter	**1,05 Mark Stundenlohn,**
für Gruppe III Handwerker:	
unter 18 Jahre	**0,80 Mark Stundenlohn,**
von 18 bis 20 Jahre	**1,00 Mark Stundenlohn,**
über 20 Jahre	**1,15 Mark Stundenlohn.**

Für Kesselreiniger, Maschinisten und Heizer, Kranführer sind dieselben Stundenlöhne wie für Handwerker aufzustellen.

Die Zuschläge und Sondervergünstigungen, die bisher gezahlt wurden, bleiben bestehen.

Als Forderungen für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen sind aufzustellen:

unter 16 Jahre	**0,40 Mark Stundenlohn,**
16 bis 18 Jahre	**0,55 Mark Stundenlohn,**
18 bis 19 Jahre	**0,70 Mark Stundenlohn,**
19 bis 20 Jahre	**0,80 Mark Stundenlohn.**

Die Konferenz verlangt, daß die Organisationsleitungen der am Tarif beteiligten Organisationen sofort alle Maßnahmen zur Mobilisierung der Chemiearbeiterschaft treffen, damit diese Mindestforderungen bei ablehnender Haltung der Chemieindustriellen unter Anwendung aller Kampfmittel und -methoden durchgesetzt werden.

Dieser Antrag zog eine längere Debatte hervor. Lorenz-Eisenach wandte sich gegen die Opposition und erklärte, wir können nur weiter kommen, wenn wir die Opposition vernichten. Er hatte noch Wünsche auf Versetzung in eine andere Lohnklasse.

Kollege Offing-Bitterfeld sprach zur Kündigung des Reichstarifs, der in seinen Bestandteilen längst überholt sei.

Er beantragte: Der Reichsrahmentarif ist umgehend zu kündigen. Eine Reichskonferenz muß auf Grund der Aussprache der Mitgliedschaft zu dem Tarif Stellung nehmen. Wir als Vertreter der Belegschaften haben die Pflicht, die Forderungen zu unterbreiten und im Betriebe Rechenschaft von der Konferenz abzulegen.

In den Schlußausführungen der Gauleiter Tolski und Schneider wurde lediglich gegen die Anträge der Opposition polemisiert. Schneider erklärte wörtlich, **daß er die Ehrlichkeit an dem eingebrachten Antrag nicht abstreite, aber**

er entspreche eben dem Kampfprogramm der KPD. und deswegen müsse er für Ablehnung sprechen.

Trotz Widerspruchs stellte Tolski den weitestgehenden Antrag der Opposition zurück und ließ über die Entschließung von Hille abstimmen, die von der reformistischen Mehrheit angenommen wurde. Nur die Opposition stimmte dagegen.

Kollegen, fordert von Euren Delegierten Rechenschaft für ihre Stellungnahme auf der Konferenz.

Mobilisiert die Belegschaften, daß sie sich selber einsetzen für die Verbesserung ihrer Klassenlage.

Die Buchdrucker Halles gegen das Lohnabkommen

Wachsende Opposition gegen die reformistische Politik des Hauptvorstandes

Gestern abend fand im „Volkspark" eine allgemeine Buchdruckerversammlung statt, in der Bericht gegeben wurde über die Lohnverhandlungen in Berlin, die ein falsches Ergebnis in Leipzig Vereinbarung mit den Prinzipalen zeitigten. Leider hatte leider der Teil der Kollegen vorgezogen, der Versammlung fernzubleiben, mit der unerquickenden Begründung, daß man ja doch vor vollendete Tatsachen gestellt würde. Diese Einstellung ist natürlich zu verurteilen. Gerade deshalb hätten alle Kollegen kommen müssen, um gegen diese Handlungsweise unseres Verbandsvorstandes und der Gehilfenvertreter zu protestieren, die nicht die Interessen der Mitglieder vertreten, sondern immer bereit sind, auf den Geldsack der Prinzipale Rücksicht zu nehmen, um die kapitalistische Wirtschaft zu erhalten und den Wirtschaftsfrieden, diese Frucht einer sozialdemokratischen Koalitionspolitik, nicht zu stören.

Genosse Riebenstahl eröffnete die Versammlung, an der auch die Mitglieder des Gutenberg-Bundes und des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter teilnahmen, und gab dem Gehilfenvertreter König das Wort zum Bericht über die Lohnverhandlungen. Er gab den Berichte Königs über frühere Lohnverhandlungen kennt, der wußte genau, was er auch diesmal sagen würde: „ein Entdeckungsgestammel.

Wir haben unser Möglichstes getan!" „Wir sind uns unserer Verantwortung bewußt." „Durch jahrzehntelange Tätigkeit habe ich mich daran gewöhnt, für meine aufopfernde Arbeit Prügel einzustecken, ich nehme sie hin in dem Bewußtsein, trotzdem alles für die Kollegen getan zu haben, was in meinen Kräften steht." Solche und ähnliche schöne Sätze gingen durch Königs Bericht. Dann verwarf er sich in längere Ausführungen über die Argumente, die die Unternehmer für sich ins Feld führten. Er hob hervor, daß harte Auseinandersetzungen bei den Prinzipalsvertretern vorhanden gewesen seien auf Lohnabbau oder Verlängerung des bestehenden Tarifvertrages um zwei Jahre. Am zweiten Verhandlungstage jedoch boten die Unternehmer 1,50 Mark Erhöhung auf den Tariflohn unter Anrechnung aller übertariflichen Zahlungen, und zwar vom 1. Juni 1929 auf anderthalb Jahre. Am dritten Tage, abends 8 Uhr, kam dann in freier Vereinbarung folgendes Ergebnis zustande:

Erhöhung des Spitzenlohnes von 56 Mark auf 58,50 Mark vom 1. April 1929 bis 30. Juni 1930.

Die Morgenstunden des vierten Verhandlungstages aber seien die „dunkelsten Stunden" der Gehilfenvertreter gewesen. Was sollten die armen Leute tun? Etwa zum Schlichter laufen? König erzählte an die Schiedssprüche der Schlichter für die Landarbeiter, Landarbeiter, Werftarbeiter usw., vergaß aber dabei, daß bei diesen Schiedssprüchen sein Genosse Wissell hervorragend mitgewirkt hat. König erklärte, daß die Bezirksleiterkonferenz einen einhelligen Beschluß gefaßt habe, das Abkommen anzunehmen und den Vertretern zu empfehlen,

„sich mit den gegebenen Tatsachen abzufinden".

Er empfiehlt auch den hallischen Kollegen aus disziplinarischen Gründen die Annahme des Abkommens.

Hierauf stellte Genosse Riebenstahl den Bericht zur

Diskussion,

in der Genosse Klauß folgendes ausführte: Der Weg, der diesmal eingeschlagen werden sollte und sein Resultat waren vorauszusehen, wenn man den „Volksblatt"-Bericht über die letzte Buchdruckerversammlung gelesen hat, in der bekanntlich die hallischen Kollegen eine Mindestforderung von 20 Prozent stellten.

In diesem Bericht war kein Wort über diese Forderung enthalten.

Ebensowenig wie über die einmütige Verurteilung des Schlichtungsverfahrens. Es liegt aber im Interesse der Koalitionspolitik, die Lohnforderungen der Arbeiterschaft niederzuhalten. Es gehört zu der demagogischen Taktik der Reformisten, die Tarife anderer Organisationen zum Vergleich heranzuziehen und somit den Arbeitern die schmählichen Ergebnisse für die eigene Berufsgruppe möglichst schmackhaft zu machen.

Der Bericht von König war denn auch eine Leichenrede. Er hat nie die Absicht gehabt, für die Forderung der hallischen Kollegen einzutreten. (König ruft dazwischen: „Kann er ja nicht!") In Querfurt erklärte er, eine Forderung von 20 Prozent aufzustellen, sei hirnverbrannt! Genosse Klauß beantragt,

dem Verbandsvorstand und der Verhandlungskommission das schärfste Mißtrauen auszusprechen.

Genosse Drechsler: **Vor einem Jahre waren 3,50 Mk. zu wenig und diesmal bringt man nur 2,50 Mk. Was haben wir heute hier zu suchen; wenn wir nur Ja und Amen sagen sollen? Das muß anders werden. Ich fordere, daß vor festen Abmachungen die Mitglieder gehört werden.**

Die Mitglieder haben mitzureden und dürfen nicht vor Tatsachen gestellt werden!

Wir müssen in den Generalversammlungen Vertreter wählen, die unsere Interessen vertreten, es muß frisches Blut in die Verbandsinstanzen. Was nützt uns eine starke Organisation, wenn wir diese Waffe nicht ausnutzen?

Kollege Feuerhahn (SPD.): Ich übe daran Kritik, daß sich unsere Gehilfenvertreter auf länger als ein Jahr gebunden haben. Ich habe das Empfinden, daß die Prinzipale schon lange darauf ausgehen, den Ablauftermin in eine für die Gehilfenschaft ungünstige Zeit zu verlegen. Es ist ihnen gelungen.

Unsere Gehilfenvertreter haben sich übern Löffel barbieren lassen!

Ich schlage vor, künftig nicht nur die Unterstützungsfragen zu behandeln, sondern einen Kampffonds zu schaffen

und die Gewerkschaft ihrer wahren Bestimmung als Kampforganisation zuzuführen.

Kollege Baer (SPD.) gibt die Schuld am schlechten Ergebnis den Gehilfenvertretern. Die Forderung hätte eine höhere sein müssen. Auch hätte man es ruhig auf einen Schiedsspruch ankommen lassen müssen.

Im Schlußwort versuchte König die Ausführungen der Diskussionsredner zu widerlegen, was ihm nicht gelang. Seinem Parteifreund Baer hielt er entgegen, daß sein Wunsch betreffs des Schlichters ein Treppenwitz der Geschichte sei, da ja das Schlichtungswesen verurteilt worden sei. Er sagte, daß er lieber gesehen hätte, wenn ein Kollege der Opposition diesen „Treppenwitz der Geschichte" gemacht hätte.

Der Mißtrauensantrag gegen den Verbandsvorstand und die Verhandlungskommission kam dann zur Abstimmung. Da eine Anzahl verärgerter Kollegen in falscher Einstellung der Versammlung ferngeblieben war, erreichte der Antrag keine Mehrheit. Das Ergebnis war

86 Stimmen für den Antrag und 86 dagegen bei zahlreichen Stimmenthaltungen.

Trotzdem zeigt sich auch hier, daß die hallischen Buchdrucker nicht mehr willenloses Werkzeug reformistischer Führer sein wollen. Es bleibt zu hoffen, daß in Zukunft die Buchdrucker mehr denn je auf dem Posten sind, denn gerade sie sind ein wichtiger Faktor in der Arbeiterbewegung

Zur Betriebsratswahl auf Grube Vollert

Alle Kollegen von Grube Vollert wählen am 20. März die „freigewerkschaftliche Liste Nr. 1". Auch alle versetzten und arbeitslosen Kameraden, die noch zu „Vollert" gehören, müssen zur Wahl erscheinen, um den Gelben eine Niederlage zu erteilen!

Drescher, König und Rößler machen die Jugend rechtlos

Diktatur gegen die DMV.-Jugend

Die am Sonnabend stattgefundene Mitgliederversammlung der Metallarbeiter-Jugend stand unter dem stärksten Terror der aus der Partei ausgeschlossenen König, Drescher und Gebhardt. Sie bewiesen klar, daß diejenigen, die mit der Partei brechen, unweigerlich zur SPD. gehen. Die Versammlung wurde eingeleitet durch einen Bericht des Jugendleiters Gebhardt. Er zeigte auf, daß im letzten Jahre 37 Betriebsversammlungen stattgefunden haben, aber Wanderungen, Kurse, Unterhaltungsabende in verhältnismäßig sehr hoher Zahl. Ferner teilte er mit, daß die Mitgliederzahl von 650 auf 740 gestiegen ist, aber die Gruppenabende sehr schlecht besucht waren, höchstens 20 Genossen waren anwesend.

In der Diskussion sprach der Genosse Brendel zum Jahresbericht. Er führte an, daß die Rolle der Jugendlichen im Betriebe gestiegen sei, daß die Unternehmer dazu übergehen, das Dinta zu schaffen, um die Einheit der Jugendlichen zu zerreißen. Ferner zeigte er auf, daß nur die zusammengeschlossene Front der Alten und Jungen eine Besserung der Lage der Arbeiterschaft mit sich bringt. Die Arbeit unter den Lehrlingen läßt viel zu wünschen übrig. Im Betrieb Wegelin & Hübner ist Gebhardt beschäftigt. Hier haben seit einem Jahre überhaupt keine Lehrlingsversammlungen stattgefunden.

In der weiteren Aussprache gingen die Verleumdungen und die persönlichen Angriffe gegen den oppositionellen Kollegen Brendel los.

König und Drescher wollten dem später erschienenen Rößler zeigen, daß sie gute Lehrlinge sind. „Hätte er neben mir gesessen, hätte ich ihm ein paar geklatscht", sagte Drescher.

König erzählte von Experimenten, die man mit der Gewerkschaft mache, wenn man Kollegen Brendel wählt. Er selbst werde dafür sorgen, daß die Einheit der „deutschen Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften" gewahrt bleibt und geschützt werde gegen dieses Gesindel und Lumpenpack der Lerchenfeldstraße!

Zum 2. Tagesordnungpunkt präsentierte Otto Gebhardt die Liste für die neue Jugendleitung, die von den Vertrauensleuten mit 14 gegen 10 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen wurde. Ein Kollege der Opposition schlug eine andere Liste vor. Alle fünf anwesenden Größen der SPD., Rößler und Schmidt, sowie seine neuen Bundesgenossen König, Drescher und Gelbert, welche sich alle Mühe gaben, den Rößler und Konsorten an Gemeinheiten noch zu übertreffen, traten mit den demagogischsten Mitteln gegen die Jugendlichen, welche sich erlaubten, eine andere Meinung zu den gewerkschaftlichen Angelegenheiten zu haben, auf.

Rößler sagte: „Wo ich so alt war wie Ihr, hätte ich mich geschämt, so aufzutreten. Drescher und König erklärten: Wer uns nicht paßt, der fliegt. Wir lassen die Organisation nicht zu einem Tummelplatz werden. Ihr könnt wählen, wen Ihr wollt; das letzt Wort haben wir. Zur Abstimmung durften die Kollegen der Opposition, welche schon ausgelernt hatten, trotzdem sie noch Jugendvertrauensleute waren, nicht mit abstimmen. Dagegen stimmten auf seiten der Reformisten Gelbert und Schmidt, obwohl sie bereits jahrelang ausgelernt haben, mit, ebenso noch zwei andere Gesellen!

Viele Kollegen gaben ihre Stimme für Gelbert erst ab, als sie von Drescher, König und Gelbert verschiedene Male aufgefordert wurden, die Hand zu heben.

Diese Versammlung hat gezeigt, daß man nicht nur einen Schritt vor dem Rößler zurückweichen kann, sondern daß man dann offiziell zu den gemeinsten Mitteln gegen die früheren Genossen greifen muß, um sich eine Daseinsberechtigung zu schaffen. Die Opposition ist schon mit anderen Leuten fertig geworden und sie wird auch mit diesen Leuten fertig.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290319-10/fragment/page=0007

Kaufe bei J. Lewin, Markt 2-3

A. Führer durch die Geschäftswelt für Arbeiter, Angestellte und Beamte der Stadt Halle a. d. Saale

Sparkasse — Kreisbank des Saalkreises
Annahme von Spareinlagen gegen Garantie des Kreises. Ausführung bankmäßiger Geschäfte

55218 **Wir reinigen und färben** Damen- u. Herren-Garderobe in bekannter guter Ausführung **Vereinigte Färbereien u. Wäschereien GmbH.** Gr. Steinstr. 1—2, 9 u. 34, Geiststr. 15 Leipziger Str. 13 u. 43, Schmeerstr. 11 Steinweg 25 u. 2, Merseburger Str. 8 Bernburger Str. 15, Landwehrstr. 7 Talamtstr. 3, Delitzscher Str. 9 und Reilstr. 13 Ammendorf: Regensburger Str. 143a Merseburg: Markt 15 u. Burgstr. 20 Wittenberg: Collegienstr. 51

TARRAGONA vom Faß, Liter **1,25** F. Baumgärtel, Lessingstr. 26 55063

Funkhaus Alter Markt 6 am Springbrunnen Radiofachgeschäft Telephon 29538 55779

Hermann Böhme, Berliner Str. 12 und Richard-Hoffmann-Str. 12. Kolonialwaren Spirituosen. Jeden Donnerstag Schlachtfest 55760

August Thiele, Geseniusstr. 4 (Ecke Wittestr.) ff. Fleisch- und Wurstwaren 55065

Molkerei Trotha Frischmilch und Joghurt Kindermilch 56131 Butter, Sahne, Quark

Großbäckerei Rohde Brote in vielen Geschäften 55752

Reserviert F. F. 50 55746

Bücher Schreibwaren Schulartikel kauft man besten in der Beyer-Buchhandlung, Lerchenfeldstraße 14, und in der Volksbuchhandlung, Harz 1

SINGER Erleichterte Zahlungsbedingungen **Nähmaschinen** SINGER CO. NÄHMASCHINEN ACT. GES. Leipziger Straße 23 und Mühlweg 22 55747

Gebr. Kroppenstädt Möbelfabrik, Große Märkerstraße Nr. 4 Äußerst günstige Zahlungsbedingungen 55755

Halle-Zentrum

Kolonial-Waren Eig. Hausschlachterei **M. Harnisch** Kleine Ulrichstr. 29 55714

Uhren, Goldwaren Optik, Reparaturen **Edm. Böge** 17 Geiststraße 17 55719

D. Hammerschmidt Große Ulrichstraße 4-5 Hüte Kleider 55515

Herren- und Jünglingskleidung auf Teilzahlung zu den günst. Bedingungen kaufen Sie am besten u. billigsten bei Halle a. d. S. Leipziger Straße 85 **Franz Mettner, G. m. b. H.** Merseburg Wallstraße 10/7 55775

Schuhwaren **Friedrich Oehlschläger** nur Leipziger Str. 3 55457

Halle-Zentrum

Möbel jeder Art, Zahlungserleichterung **G. Schaible**, Gr. Märkerstraße Nr. 26 55754

Empfehle meine **Obst-Spezialgeschäfte** Berliner Straße Bernburger Straße Königstraße **Wilhelm Pfeiffer** 56066

Möbel aller Art billig und gut 56089 **Romanus Skipka & Co.** Forsterstraße 33 Nähe der Klinik

H. Gutermuth Rannischestraße 12 Hüte und Mützen Große Auswahl - Niedrigste Preise 55755

Dieser des „Riesenhamm", verlangt in allen einschlägigen Geschäften das bekannte **Rinder-Back- u. Bratenfett „Saalegold"** 100% wasser- und stearinfrei 55710

Gut, preiswert u. sauber kauft man Lebensmittel in der **Butterhandlung Zu den 3 Glocken** 56127

Naumann & Co. Färberei ☆ Chemische Reinigung ☆ Weißwäscherei Fabrik: Jacobstraße 39 — Telephon 28324 Läden: Gr. Steinstr. 15, Gr. Steinstr. 54/55, Landwehrstraße 8, Geiststraße 18, Reilstraße 126, Adockatenweg 25 Merseburg: Burgstraße 14 56057

„Haflema" Hallesche Fleischsalat- und Mayonnaisen-Fabrik G. m. b. H. 1a. Qualitäten Gr. Nikolaistr. 6, Fernspr. 31288 55301

Spielwarenhaus Rudolf Weihezahl Leipziger Straße 66 56052

KARSTADT Das Haus der Qualitätswaren Halle-Saale A.-G. Gr. Ulrichstr. 59/61 55198

Herren- u. Knabenbekleidung Berufskleidung Größte Auswahl — Niedrigste Preise **Gustav Reinsch**, Schmeerstr. 28 neben J. Lewin 56053

Kolonial-Waren Hausschlachterei Kohlen — Holz **B. Melzer** 1 Jägerplatz 1 55716

Schuhhaus Emil König Inhaber: Walter Schiller Schmeerstraße Nr. 27 Reichhaltiges Lager in allen Qualitäten Dr. Dieht und Hallasana orthopädisch 55752

Reserviert Nr. 33 55958

Wo gibt es die großen Riesen-Knobländer ca. 1/4 Pfd. für 25 Pf.? 55712

Schirme ● Stöcke zu bekannt niedrigen Preisen immer große Auswahl **Schirmfabrik Rickell** gegr. 1854 Kleinschmieden 6, Eing. Gr. Steinstr. 55715

SCHIRME STÖCKE / PFEIFEN Ernst Karras jr. Leipziger Str. 4 55748

Besucht das **Walhalla** Das Theater der größten Programme Das Theater der werktätigen Bevölkerung 55197

Falkes Fischhandlung Leipziger Straße 35 Billigste Bezugsquelle für Seefische Räucherwaren und Marinaden 55749

STEINTORBAD neben Walhalla, Haltestelle der Linien 1, 2, 4, 5 ✦ Massagen, Bestrahlungen und Bäder jeder Art 55192

Wir vermieten: Gasherde Gaskocher Elektrische Apparate Beleuchtungs-Körper in 6-12 Monaten Ihr Eigentum **Stadtgeschäft Halle** für Gas-, Wasser- und Elektrizitäts-Anlagen G. m. b. H. Gr. Ulrichstr. 51 Telephon 25654 55203

Uhren — Goldwaren A. Kraß, Uhrmach., vorm. A. Schäfer Gr. Steinstr. 68 — — Reparaturen 55195

Eier LANDAU Eier stets frisch Große Klausstraße 9, Ecke Oleariusstr. 55201

Feindäckerei F. Poppe Lauentiusstraße 18 Spezialität: Thüringer Landbrot 55717

ff. Fleisch- u. Wurstwaren E. Hornschu, Fleischerstraße Nr. 16 55514

Das solide Wäsche-Geschäft E. Giesel, Kl. Ulrichstr. 26 55512

Beleuchtungskörper aller Art, wie Kronen, Tischlampen, Plätten sowie sämtl. elektrischen Apparate kaufen Sie am vorteilhaftesten im größten Spezialgeschäft der Provinz Sachsen **BRUNO REIMER** ● KRONLEUCHTERFABRIK GEISTSTRASSE NR. 19 Zwanglose Besichtigung gern gestattet 55725

Augengläser u. Brillen kaufen Sie bei mir! Krankenkassen-Lieferant Rathenow. Opt. Zeitschrift **Th. Städler** Olearius-straße 1a. (am Hallmarkt) 55202

Christmann Orthopädische Schuhwaren — Fußpflege-Artikel Gr. Steinstr. 69, zwischen Hauptpost u. Stadthaus 55722

Molkerei Bennstedt Verkaufsstelle: Große Nikolaistraße 3 Frischmilch / Butter / Sahne / Quark 55199

Albert Kopf Rind- u. Schweineschlachterei Mansfelder Straße 10 ● Führender und preiswertester Verkaufsstand auf dem Wochenmarkt ● Großer Cafstand an der Litfaßsäule 55758

Wittekind Mineralwasser Sprudel mit Zitrone 56128 wohlschmeckend und bekömmlich, liefert frei Haus die Brunnenverwaltung

Carl Weber, Schmeerstr. 6 Feine Fleisch- und Wurstwaren 55753

G. Michel, Graseweg 1 Lebensmittel aller Art / Milchverkauf 55206

Gustav Richter Nachf., Spitze 4 Kolonialwaren Spez.: hausschl. Wurst u. Fleischwaren 55496

Mignon-Schokolade, Kakao sowie Kaffee F. E. David, Markt Nr. 17, Delitzscher Straße 5 u. Leuna 55730

Molkerei-Tafelbutter stets frisch, frei Haus **Butter-Schrader**, Gr. Nikolaistraße 6 56066

Das moderne Schuhhaus größten Stils! **ROMEO** HALLE A.S. Gr. Ulrichstr. 52 Ecke Schulstraße 55317

Linoleum — Wachstuche Gummiwaren Hugo Rehab Nachf., Gr. Ulrichstr. 3 56129

1 Radio-Horlitz 1 Hackebornstraße Elektr. Licht- u. Radio-Anlagen 55718

Friedrich Schmidt, Hallorenring Nr. 8 Zigarren :—: Zigaretten :—: Tabake 55496

Bäckerei und Konditorei Hermann Dorgerloh, Mansfelder Str. 49 56054

W. Fleischer, Kl. Ulrichstr. 30 Zigarren ● Zigaretten ● Tabake 55311

Bäckerei und Konditorei G. STANGE, Mühlgasse 1 55207

Aluminium-Kießler Haus- und Küchengeräte Am Markt, Brüderstr. 16, gegenüber Huth Gute Ware zu niedrigen Preisen 55718

Reserviert E. T. 61. 55196

Engelhardt-Biere überall! Mitteldeutsche Brauereien: Halle, Merseburg, Sangerhausen 55756

Moden-Flach, Geiststr. 14 Herrenartikel und Garderobe auf Teilzahlung 55520

Musikhaus Hoyer Geiststraße 19 Musikinstrumente Sprechapparate Schallplatten 55519

Prot.-u. Feinbäckerei Th. Finger Kl. Ulrichstraße 5 55510

Ernst Hointis Leipziger Str. 15 Telephon 23146 Rind- u. Schweineschlachterei Fabrik feiner Fleisch- und Wurstwaren Eigene moderne Kühlanlage 55744

Beerdigungs-Anstalt Willy Lutze, Krukenbergstraße 7 Geschäftsstelle des Deutschen Begräbnis-Versicherungsvereins 55711

Fr. Schirioth Speise- u. Wohnzimmer, Küchen Kleine Ulrichstraße 34 Einzelmöbel Niedrigste Preise! 55513

Sämtliche Arbeiterleder auf Schallplatten bei Hans Patrik, Rannischestr. 1 55732

Bäckerei u. Konditorei Paul Gräße Geiststraße 38 55720

obst / Südfrüchte Gemüse / Kartoffeln M. Brandhoff 6 Geiststraße 6 55727

Roßschlächterei K. Böhlert Halle-Saale Ammendorf Dieterstraße 3 Hauptstraße 28 ff. Fleisch- u. Wurstwaren 55204

Hallesche Beerdigungsanstalt „Pietät" Inhaber: M. Burkel Kleine Steinstraße 4 Telephon 26393 55310

Moritz Kade Nachf. Charlottenstraße 11 Fabrik feiner Edel-Liköre • Hadesche Edel-Branntweine 55691

Möbel aller Art preiswert und gut **O. Bernhardt**, Herrenstr. 19 55733

Prima Fleisch- und Wurstwaren **Paul Fiedler**, Große Steinstr. 40 55193

Kolonialwaren hausschl. Wurstwaren P. Henning Neumarktstr. 10 55515

Neumarkt-Buchhandlung Neumarktstraße 14 Lehrbücher! Papierwaren Schulbücher 55610

Halle-West

Franz Schulze, Lack- u. Farben-Spezial-Geschäft Drogerie — Photoartikel Glauchaerstr. 53 neben der Freyberg-Brauerei 55734

Johannes Thurm Glauchaer Straße 79 empfiehlt seine **prima Roßfleisch u. Wurstwaren** 55216

Glauben Sie! Farben- und Tapetenkäufe sind Vertrauenssache. Darum nur zu **Farben-Kramer** Mittelwache 9/10 Telephon 21465 **Tapeten-Kramer** 55504

Brauchen Sie Drucksachen? Dann wenden Sie sich an die Produktiv-Genossenschaft Halle-Merseburg e. G. m. b. H., Halle, Lerchenfeldstr. 14

Brot-, Weiß- und Feindäckerei Paul Klinger, Laubenstraße 2 55503

Hans Jamm, Lange Straße 31 Wollwaren — Bäsche — Strümpfe 55253

Bäckerei — Konditorei Fritz Lorenz, Glauchaer Str. 2 55217

Bäckerei und Konditorei Fritz Schmidt Glauchaer Straße Ecke Saalberg 55234

Hermann Böhlert, Roßschlächterei Glauchaer Str. 75 — Burgstraße 4 55529

Bäckerei und Konditorei Karl Werner, Jacobstraße 24 55505

Otto Friche, Fischerplan 1 Ecke Herrenstraße Kolonialwaren u. hausschlachtwurstwaren 55535

Hugo Schröter, Hirtenstr. 14, Ecke Berthersleben. Kolonialwaren, Spirituosen, Kaffee-Rösterei 55232

ff. Fleisch- und Wurstwaren Karl Damm, Glauchaer Str. 34 55323

Max Ufer, Glauchaer Straße 60 Lebensmittel • Hausschlachtene Wurstwaren 55324

Frucht- und Weinhaus Bauer Glauchaer Straße 77, Ecke Moritzzwinger 55218

Otto Lehmann, Mansfelder Str. 62 Zigarren / Zigaretten / Tabake 55750

Albert Grimm Nachf., Steg 15 Kolonialwaren, Spirituosen 55495

Zigarren, Zigaretten Tabake Fritz Hamann Schützenstraße 25 Ecke Glauchaer Straße 55536

Schokoladen-Spezialgeschäft Hauer Kolonialwaren Ecke Zwinger- und Jacobstraße 55492

E. Mäder, Glauchaer Straße 61 Zigarren, Zigaretten, Tabake 55321

Zigarren, Zigaretten, Tabake Milch-Gallerie, Glauchaer Straße 76 55322

Alwin Matthe, Alter Markt 25 Rind- und Schweineschlachterei 55498

Curt Linke Eisenwaren, Werkzeuge Haus- und Küchengeräte Klempnerwerkstatt **Steinweg 33** 55527

Emil Schaumlell, Schweitzerstraße 19 ff. Fleisch- und Wurstwaren 55211

Fritz Reizig, Glauchaer Str. 57 Kolonialwaren. Hausschlachterei. Konserven 55214

Max Grünewald, Steg 14 Lebensmittel Landwurst 55235

Max Reußner, Lange Straße 30 empfiehlt ia. Fleisch- u. Wurstwaren 55534

Gustav Gantz Zigarrenspezialgeschäft Zwingerstraße 29 neben der Roten Hilfe 56751

Herm. Kempeni, Glauchaer Straße 64 Zigarren, Zigaretten, Tabake 55325

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290319-10/fragment/page=0008

Mansfeld-Sangerhausen

Parole: Hamburg

Die Kumpels aus Hunger-Mansfeld rüsten zum Internationalen Treffen der roten Front

Bei jedem Reichstreffen in Berlin wurden die Mansfelder Kumpels mit ihrer Bergmannstracht und ihren Transparenten mit der Aufschrift: „Wir kommen aus Hunger-Mansfeld" von den Arbeitern stürmisch begrüßt. Und so wird es auch beim Aufmarsch an der Wasserkante sein, denn obwohl die Mansfelder Arbeiter jetzt in der Vorbereitung großer Wirtschaftskämpfe stehen, vergessen sie dennoch nicht, jetzt schon zu rüsten zum Internationalen Treffen des Roten Frontkämpfer-Bundes Pfingsten 1929 in Hamburg.

In Hamburg marschieren Ausgebeutete aus allen Ländern der Erde auf, um zu demonstrieren gegen die drohende Kriegsgefahr, für den Schutz der Sowjetunion, gegen die weitere Verelendung der werktätigen Massen, für die Befreiung aller unterdrückten Völker.

Mansfelder Kumpels, Leuna-Proleten, Arbeiter aus allen möglichen Betrieben Vertreter der Kolonialvölker, indische Kulis, Arbeiter aus dem faschistischen Italien, Proleten aus den Mörderländern des Balkans marschieren gemeinsam auf in Hamburg und bilden die rote Einheitsfront zum Sturz der kapitalistischen Gesellschaft.

Und da sind vor allem die Mansfelder Kumpels mit dabei!

Alsleben. Die letzte dringliche Stadtverordnetensitzung war von den Einwohnern sehr gut besucht. Es wurde Stellung genommen zum Beitritt zur Versicherung für Wasserschäden. Nach einer Debatte wurde beschlossen, daß sich die Stadtverordneten dem Magistratsbeschluß anschließen. Die Stadt hat jährlich einen Beitrag von 2300 Mk. aufzubringen, der durch Erhebung eines Beitrages von jedem Haushalt (Grundvermögen bis 10 000 Mk. 1 Mk. Beitrag, über 10 000 Mk. 2 Mk. Beitrag) beigetrieben werden soll. Gewerbebetriebe fallen nicht unter die Versicherung, die die vollen Wasserschäden deckt. Die kommunistische Fraktion nahm weiter Gelegenheit, vor den Erwerbslosen die Verschleppung ihrer Anträge durch den Magistrat klarzulegen. Man hatte es gut verstanden, durch Zerschlagen der Wohlfahrtskommission die weiteren Arbeiten für die Ortsarmen unmöglich zu machen.

Achtung! Alle oppositionellen Delegierten, die am 23. und 24. März am Gautag des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und -Witwen teilnehmen, sind verpflichtet, am 23. März, vormittags 8½ Uhr, in Halle in der Produktion-Genossenschaft zur Fraktionssitzung zu erscheinen. Adressen sind vorher zu richten an die Bezirksleitung der KPD., Abt. Sozialpol.

Ein Dringlichkeitsantrag, die Beratung der Erwerbslosenanträge sofort vorzunehmen, wurde mit 7 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Auch Labbert stimmte dagegen. In der geschlossenen Sitzung wurde das ungeheure Wohnungselend einer scharfen Debatte unterzogen. Nach den sächsischen Ausführungen der kommunistischen Fraktion wurde beschlossen, sechs Notwohnbaracken zu bauen. Wir kommen noch auf dieses Wohnungselend zurück.

Obermiedersteds. Ein gewissenhafter Zeitungsträger wird für unsern Ort gesucht. Meldungen sind bei Wilhelm Heidenreich abzugeben.

Sangerhausen. Mit dem Motorrad gegen den Baum. Am Sonntagabend gegen 6 Uhr trug sich am Rande der Stadt am Brandrain ein schweres Motorradunglück zu. Der Führer mit Sozius verlor aus bisher unbekannter Ursache die Gewalt über seine Maschine und sauste in voller Fahrt gegen einen Baum. Beide Fahrer trugen schwere Verletzungen davon. Sie wurden sofort ins Krankenhaus geschafft, wo der 26jährige Arbeiter Grebe aus Sangerhausen einem schweren Schädelbruch erlag. Der andere Fahrer dürfte mit dem Leben davonkommen.

Nordhausen

Der Kampf um Arbeit und Brot

Nordhausen, 18. März.

Ueber das obige Thema sprach in unserer letzten Erwerbslosenversammlung ein Kollege vom Bezirksausschuß der Erwerbslosen, Sitz Halle. Er schilderte eingehend die Ursachen der ungeheuren Erwerbslosigkeit.

Die kapitalistische Profitwirtschaft hat in allen kapitalistischen Ländern eine dauernde Erwerbslosigkeit zur Folge. Ihre Beseitigung ist nur möglich im gemeinsamen Kampf der Betriebsarbeiter und der Erwerbslosen mit dem Ziel eines Arbeiterstaates. Aber auch schon heute ist es möglich, Arbeit für die Erwerbslosen zu beschaffen. Der Bezirkserwerbslosenausschuß hat in Gemeinschaft mit der KPD.-Fraktion im Provinziallandtag den Kampf für Arbeit und Brot geführt. Ein großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm durch den Bau von Straßen, Wohnungen und des Mittellandkanals wurde den betr. Parlamenten vorgelegt. Die Erwerbslosen mußten aber sehen,

daß eine Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zur SPD. diese Forderungen ablehnte.

Nur die Kommunisten treten überall für die Erwerbslosen ein. In der Aussprache unterstützen noch einige KPD.-Genossen die Ausführungen des Referenten und auch einige parteilose Erwerbslose sprachen anerkennend zu den Ausführungen.

Eine Resolution, die sich gegen die Ausschlüsse aus den Gewerkschaften wandte, wurde einstimmig, auch mit den Stimmen der anwesenden SPD.- und Reichsbanner-Arbeiter, angenommen.

An den Magistrat wurde folgender Antrag gestellt:

Erwerbslose, die ein Kind aus der Schule bekommen, erhalten 60 Mark, solche, die ein Kind zur Schule schicken müssen, erhalten 30 Mark als einmalige Osterhilfe. Weiter wird gefordert für jeden verheirateten Erwerbslosen 15 Mark, für jeden ledigen Erwerbslosen 12,50 Mark, ebenfalls als einmalige Beihilfe.

Wir werden ja nun sehen, ob vor allem Albert Pabst sein Versprechen aus der letzten Stadtverordnetensitzung einlöst!

Pustleben. Aus der öffentlichen Gemeindevertretersitzung ist als Wichtigstes zu berichten: Ein Antrag unserer Genossen, die Zustellung der politischen Kommunalzeitschrift an alle Gemeindevertreter durch die Gemeinde vorzunehmen, wurde von den Bürgerlichen und Sozialdemokraten gemeinsam abgelehnt. Dann war ein Dringlichkeitsantrag der Erwerbslosen auf Gewährung einer einmaligen Beihilfe (für Verheiratete 20 und für Ledige 15 Mk.) zu erledigen. Bei den Bürgerlichen und Sozialdemokraten war ob dieses Antrages große Bestürzung. Es wurden allerlei Einwendungen gemacht. Unsere Genossen gaben jedoch stets die richtige Antwort. In die Klemme getrieben, mußten die Sozialdemokraten schließlich doch zustimmen. Als die Bürgerlichen sahen, daß der Antrag doch durchkommen würde, stimmten auch sie zu. Jedenfalls hatten sie Angst vor den Erwerbslosen, die alle im Sitzungslokal erschienen waren.

Klein-Wechungen. Einen folgenschweren Unfall erlitt der 21jährige Sohn unseres Genossen Ullrich, indem er einem ihm entgegenkommenden Auto nicht rechtzeitig ausweichen konnte und infolgedessen überfahren wurde. Ihm wurden Rippen und Lunge gequetscht. Er mußte in das städtische Krankenhaus zu Nordhausen überführt werden.

Aus dem Saalkreis

Ammendorf will Stadt werden

Für die nächste Gemeindevertretersitzung ist eine Vorlage ausgearbeitet und den Gemeindevertretern zugestellt worden, in der die Annahme der Städteordnung durch die Gemeinde Ammendorf vorgeschlagen wird. Im Hinblick auf die Eingemeindungspläne der Stadt Halle erregt die Vorlage in Halle Aufsehen.

Diese Vorlage ist bestimmt ein Produkt, dessen geistiger Urheber der SPD.-Landrat Streicher ist. Er will damit die Stabilität seines Saalkreis-Königreiches verstärken und zugleich einen Schachzug gegen die Eingemeindungspläne nach Halle ausüben. Das Ganze ist bezeichnend für sozialdemokratische „Zentralisationsbestrebungen" in der Kommunalpolitik — so wie die SPD.-Staatsbeamten sie auffassen.

Die Wasserkatastrophe in Zwintschöna vor dem Gemeindeparlament

Kanalisierungsprojekt beschlossen

In der am Sonnabend stattgefundenen Gemeindevertretersitzung, der eine öffentliche Gemeindeversammlung vorausging, wurde als Haupttagungsordnungspunkt ein Antrag der kommunistischen Fraktion verhandelt, der sich auf Grund der hier stattgefundenen Hochwasserkatastrophe mit der Kanalisierung der Gemeinde befaßte. In der sehr stark besuchten öffentlichen Versammlung, in der Gemeindevorsteher Genosse Bolm die Gründe unseres Antrages den Versammelten klar vor Augen führte, setzte nach dem kurzen Referat eine lebhafte Diskussion ein. Als erster trat der bereits vielbekannte Obermeßmacher und Lehmbudenagrarier Möbert sen. auf den Plan, der da wissen wollte, wer den Antrag gestellt hat. Wie bereits früher bekannt, vertrat er wieder die Interessen seiner kapitalistischen Freunde, trotzdem feststeht, daß das mit Hilfe unseres Genossen Bolm errichtete Siedlungshaus seiner eigenen Tochter unter Wassergefahr stand. Das macht ihm nichts aus. Hauptsache, er kann vor den Bauern und Industriellen als ihr Vertreter glänzen. Arbeiter, wann werdet Ihr diesen Freund von kapitalistischen Interessen von Euch abschütteln?

Als zweite Garnitur trat ein Mitglied der SPD., Zion, auf den Plan, der wie eine Katze um den heißen Brei herumredete, wir sind für die Kanalisation, bloß Geld darf sie nicht kosten, so und ähnlich war sein Thema.

Die Gemeindevertretung nahm die ganze Angelegenheit trotz der Meßmacherei einzelner Agrarvertreter etwas ernster, und unsere Genossen rechneten ernstlich mit diesen Herrschaften ab. Es wurde auf unseren Antrag hin beschlossen, mit acht gegen eine Stimme, die Ausarbeitung des Projektes und Vorlage nach Fertigstellung. Alsdann soll zur Durchführung des Kanals Stellung genommen werden. Ein Antrag beim Kulturamt auf Ueberreichung des Interessentengeländes an die politische Gemeinde wurde einstimmig genehmigt.

Beim Schulhaushaltplan kam von unseren Genossen zum Ausdruck, daß die Regierung dem Beschluß vom 22. Juli 1928 erst mit dem 1. April Rechnung tragen will, der verlangte, daß eine Lehrerstelle, und zwar die des Hauptlehrers, abgebaut werden sollte. Dieser Beschluß wurde bei voller Besetzung des Hauses wiederholt und dahin ergänzt, daß die Regierung ersucht werden soll, einen Ergänzungszuschuß in der Höhe der Kosten für die dritte Lehrerstelle zu gewährleisten. Ganz außerordentlich interessant ist bei diesem Beschluß, daß sich auch diesmal der Vertreter des Großkapitals für die Versetzung seines Freundes Sommerlatte mit eingesetzt hat. Sobald es sich ums Geld dreht, o heilige Freundschaft. Arbeiter, bringt nach wie vor den Sitzungen mehr Interesse durch Eure Anwesenheit entgegen.

Döllnitz. Achtung, Einwohner! Am Donnerstag, dem 21. März, findet im Gasthaus „Zum Palmbaum" eine öffentliche Einwohnerversammlung statt mit dem Thema: „Kommunalpolitische Angelegenheiten". Dazu spricht der Kreistagsabgeordnete Wilhelm Wollmann, Ammendorf. Da besonders kommunalpolitische Angelegenheiten der Gemeinde Döllnitz behandelt werden, ist es wichtig, daß jeder Einwohner zu dieser Versammlung erscheint.

Besucht die IAH.-Filme!

Es finden Aufführungen statt in:

Gerbstedt. Mittwoch, den 20. März, 20 Uhr, in den Gerbstedter Lichtspielen „Palast und Festung".
Belgern: Mittwoch, den 20. März, 20 Uhr, im Gasthof „Weißes Roß" „Palast und Festung".
Elsterwerda: Donnerstag, den 21. März, 20 Uhr, in den „Edison-Lichtspielen" „Panzerkreuzer Potemkin" (ungekürzt)
Großörner: Freitag, den 22. März, 20 Uhr, im „Deutschen Haus" „Die Mutter".
Hohenleipisch: Freitag, den 22. März, 20 Uhr, in den „Metropol-Lichtspielen („Weintraube") „Panzerkreuzer Potemkin" (ungekürzt).
Holzweißig: Sonnabend, den 23. März, 20 Uhr, im Gasthof Bischof" „Dirnentragödie".
Plessa: Sonnabend, den 23. März, 20 Uhr, im „Lichtspielhaus" „Panzerkreuzer Potemkin" (ungekürzt).
Büschdorf-Reideburg: Sonnabend, den 23. März, 20 Uhr, im Lokal Schrader, Reideburg, „Der Sohn der Berge".
Leimbach: Sonnabend, den 23. März, 20 Uhr, im Gasthof Titel Palast und Festung".
Schraplau: Sonntag, den 24. März, 20 Uhr, im „Bürgergarten" „Der Sohn der Berge".
Helbra: Montag, den 25. März, 19 und 21 Uhr, im „Welttheater" „Die Mutter".

Ungeheurer Betrug der SPD. an den Fürsorgeberechtigten und Invaliden des Saalkreises

Eine geradezu ungeheuerliche Tatsache wird leider erst jetzt der Oeffentlichkeit bekannt. Bereits seit einer Reihe von Jahren versuchen die Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenen-Organisationen, sowie die Verbände der Sozial- und Kleinrentner eine möglichste Gleichberechtigung in der Krankenversicherung zu erzielen. Das trifft besonders für diejenigen zu, die nicht versicherungsberechtigt sind. Seit einer Reihe von Jahren haben die Organisationen dieser Fürsorgeberechtigten im Saalkreis in dieser Richtung hin Vorstöße gemacht und auch eine Reihe von Verhandlungen sowohl mit der Krankenkasse des Saalkreises geführt, als auch Anträge an den Kreistag gestellt. Noch der letzte Kreistag, der am 14. November v. J. tagte, beschäftigte sich mit einem solchen Antrage, den die SPD. selbst eingebracht hatte. Es wurde damals einstimmig folgendes beschlossen:

„Die nicht versicherten Kriegsbeschädigten, Hinterbliebenen, Kriegereltern, Sozial- und Kleinrentner, sowie deren Angehörige, haben einen Anspruch auf Gewährung freier ärztlicher Behandlung und Arzneimittel."

Mit der Durchführung des Beschlusses wird der Kreisausschuß beauftragt.

So steht es in dem Protokoll über die letzte Kreistagssitzung zu lesen. Der Kreisausschuß des Saalkreises, Abteilung Fürsorgeamt, hat nunmehr die Durchführung des Beschlusses folgendermaßen angefaßt. Das Fürsorgeamt, das sich in den Händen der SPD. befindet, versandte an die Gemeindevorsteher nachstehendes Rundschreiben:

Der Kreisausschuß des Saalkreises Fürsorgeamt IX Heilbehandlung — **Halle a. d. S., den 7. März 1929. Luisenstr. 6/7.**

Der Kreis beabsichtigt, mit Wirkung ab 1. April 1929 die Heilbehandlung der zusatzrentenberechtigten Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, der unterstützten Klein- und Sozialrentner auf eine neue Grundlage aufzubauen und den Unterstützten einen gewissen Rechtsanspruch etwa in dem Umfange, wie ihn die Krankenkassen ihren Versicherten gewähren, zu geben. Diese Art Krankenversorgung soll abhängig gemacht werden von der Zahlung eines monatlichen Beitrags, welcher von der Zusatzrente der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen bzw. den Unterstützungsbeträgen der Sozial- und Kleinrentner abgezogen werden soll in Höhe von

1,50 RM. pro Monat für die Einzelperson,
2,00 RM. pro Monat für jede Familie einschl. Kinder,
0,50 RM. pro Monat für jedes selbständige Kind,
1,50 RM. pro Monat für ein Kriegselternpaar,
1,00 RM. pro Monat für einen alleinstehenden Kriegselterngeldempfänger.

Wir bitten, die in dem dortigen Bezirk wohnenden, zurzeit unterstützten Personen möglichst umgehend zu befragen, ob sie unter den angegebenen Bedingungen bereit sind, der Krankenversorgung des Kreises beizutreten.

Wir bemerken, daß bei Einführung dieser Krankenversorgung Krankenhilfe nur im Wege der genannten Fürsorge gewährt wird. Einzelheiten werden später noch bekanntgegeben. Es handelt sich jetzt nur darum, möglichst sofort die in Frage kommenden Personen über ihren Beitritt oder den Grund ihres Nichtbeitrittes zu befragen und im Falle des Beitritts ihren Beitritt selbst handschriftlich zu bestätigen.

Wir bitten, dies Schreiben in spätestens acht Tagen unerinnert zurückzureichen, da die Angelegenheit sehr drängt.

J. A.: Patry.

Aus vorstehendem Schriftstück ergibt sich also, daß das Fürsorgeamt des Saalkreises, entgegen den einstimmig gefaßten Beschlüssen des Kreistages, von den in Frage kommenden Fürsorgeempfängern, den Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen eine Bezahlung für die Gewährung ärztlicher Behandlung und Arzneimittel verlangen will. Ja, noch mehr, den mit einer kargen Rente Bedachten will man sogar die Beiträge für diese neue Krankenkasse, die die in ihrer Mehrheit sozialdemokratische Saalkreisverwaltung als Konkurrenzunternehmen gegen die kommunistisch verwaltete Saalkreiskrankenkasse aufziehen will, abziehen, und

diesen Opfern des Krieges und der Arbeit ihre karge Rente schmälern.

Es ist für uns ganz klar, daß diese Maßnahme vom Fürsorgeamt in engster Verbindung und unter ausdrücklicher Billigung des unter sozialdemokratischer Führung stehenden Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und des von Schoenlank geleiteten Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden durchgeführt werden soll.

Ohne daß der Kreisausschuß bisher davon etwas erfahren hat, hat das Fürsorgeamt die oben abgedruckten Rundschreiben an die Gemeinden des Saalkreises verschickt und bei der Auszahlung der Renten bereits Unterschriften-Listen von den Fürsorgeempfängern, die den wahren Sachverhalt überhaupt nicht kennen, ausfüllen lassen.

Dieser Vorgang ist einmal ein Hintergehen des Kreisausschusses und zum anderen ein ungeheurer Betrug an den Kriegsbeschädigten, -hinterbliebenen und Invaliden.

Außerdem stellt das Ganze natürlich eine schwere Schädigung der Krankenkasse des Saalkreises dar. Aber auf diese Zusammenhänge werden wir noch in einem besonderen Artikel eingehen.

Wir müssen sofort verlangen, daß die Sammlung dieser Unterschriften eingestellt wird. Darüber hinaus erwarten wir, daß der Kreistag, der im April zusammentritt, beschließt, daß die Maßnahmen des Fürsorgeamtes für ungültig erklärt werden, da sie eine glatte Verhöhnung der einstimmig gefaßten Beschlüsse des Kreistages darstellen.

Der ganze ungeheuerliche Vorgang ist ein neuer Beweis dafür, in welcher skrupellosen Art und Weise die Sozialdemokratie kämpft wenn es gilt, gegen die verhaßte Kommunistische Partei vorzugehen. Die sozialdemokratischen Schieber scheuen nicht einmal davor zurück, dies auf Kosten der ärmsten der Armen durchzuführen. Ein Sturm der Entrüstung muß seitens der Angehörigen des Reichsbundes und des Zentralverbandes der Invaliden losbrechen, um diese gewissenlosen Führer aus ihren Reihen zu entfernen. Wahrlich, ein schamloserer Betrug ist wohl selten von Sozialdemokraten, denen man doch gewiß allerhand zutraut, im Interesse ihrer Parteipolitik verübt worden.

Hallo, Hallo, Schulze,

haben Sie schon gehört?

Rote Soldaten / Rote Flieger
Den roten Sender / Aman Ullah
Jazz-Band
und anderes mehr bringen mit die

„Roten Schmiede"
Spieltruppe d. KJVD., Halle a. S.

Eintritt 50 Pf. Lehrlinge und Erwerbslose an d. Kasse 25 Pf.

Freitag, den 22. März, in Alsleben in der „Zentralhalle".
Sonnabend, den 23. März, in Teutschenthal im „Würdenhof".
Sonntag, den 24. März, in Canena im Gasthaus.
Dienstag, den 26. März, in Halle im „Volkspark".
Sonnabend, den 30. März, spielt die Truppe in Düsseldorf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290319-10/fragment/page=0009

„Praktische Arbeit" der „linken SPD." im Stadtparlament Zeitz

Erhöhung des Wasserpreises um 4 Pfennig — Die Proleten dürfen zahlen — Erwerbslose und Rentner werden verhöhnt

Die letzte an sich recht langweilige Stadtverordnetensitzung wurde nur dann lebendig, wenn die Kommunisten in die Diskussion eingriffen und der SPD. und dem Bürgertum die Larve vom Gesicht rissen. Dann war allgemeines Aufheulen.

Mit der üblichen 20-Minuten-Verspätung eröffnet der Vorsteher die Sitzung. Er gibt bekannt, daß außer der Tagesordnung noch einige Dringlichkeitsvorlagen zu erledigen seien, sowie daß noch eine nichtöffentliche Sitzung stattfinden müsse.

In die Gesundheitsdeputation wird an Stelle des zurücktretenden Oberarztes Dr. Lange Stadtarzt Dr. Saft gewählt. Bei der Ersatzwahl in die Wohnungsdeputation schlagen die Bürgerlichen Fischer vor, die KPD. den Genossen Goßzau. Unser Genosse wird mit 17 gegen 10 Stimmen gewählt. Bei Punkt 5 beantragt der Armenhausverwalter, den Verpflegungssatz von 1 Mark auf 1,20 Mark zu erhöhen. Das ist der wohlsöblichen Behörde aber noch zuviel. 1,10 Mark werden bewilligt. Den Insassen des Armenhauses könnte es sonst auch zu wohl werden. Bei Punkt 6, Erhöhung des Wassergeldes, wird es plötzlich lebendig. Vor kurzer Zeit erst wurde der Preis von 12 auf 16 Pfennig erhöht, jetzt verlangt der Magistrat die Erhöhung auf 20 Pfennig. Verursacht wurde die Preiserhöhung durch Renovierung und Erweiterung des Wasserwerkes. Bei der ersten Erhöhung war fest versprochen worden, daß man mit 16 Pfennig auskommen würde. Heute gibt der zuständige Dezernent, SPD.-Stadtrat Dietrich, selbst zu, daß er schon damals gewußt hat, daß man mit 16 Pfennig n i c h t auskommen wird. Im Interesse seiner Vorlage hat er es aber verschwiegen. (SPD.-Praxis.) Döring (bürgerl.) beantragt, 18 Pfennig und 5 Prozent Zuschlag zur Grundvermögensteuer zu erheben. Das Ergebnis würde sein, daß

die Mieter den Aufschlag bezahlen müssen.

Bei der Magistratsvorlage ist es aber genau so, denn sobald das Wassergeld mehr als 3 Prozent der Grundmiete beträgt, ist der Hauswirt berechtigt, dasselbe im Umlageverfahren zu erheben. Die KPD. stellt aus diesem Grunde folgenden Antrag: Für Gebäude mit höchstens 4-Zimmer-Wohnungen wird der alte Preis von 16 Pfennig erhoben. Gebäude mit 5-Zimmer- und noch größeren Wohnungen haben so viel zu zahlen, daß ein Ausgleich geschaffen wird. Dieser Antrag ist dem Bürgertum sowohl wie der SPD. in die Nase gefahren. Die SPD. spricht sich wohl dafür aus, aber sie möchte ihn in die Dunkelkammer des Magistrats verschieben. Als dies nicht gelingt und sich selbst die Nazis für die Magistratsvorlage aussprechen, ergibt sich in der Abstimmung folgendes Bild:

Antrag Döring wird abgelehnt, Antrag KPD. gegen vier Stimmen abgelehnt, Magistratsvorlage mit 14 gegen 8 Stimmen angenommen. Die Mieter und kleinen Hauswirte können sich nun bei den Bürgerlichen und bei der SPD. bedanken, wenn sie den erhöhten Wasserpreis zahlen müssen.

Die Aufnahme einer Anleihe zu Wohnungsbauzwecken wird einstimmig beschlossen, nachdem auf die Anfrage von Döring, ob die Stadt noch kreditfähig sei, der Ober antwortet, daß die Vermögensverhältnisse der Stadt als gut zu bezeichnen sind. Infolge 14 gefällter Räumungsurteile beantragt die Polizei Schaffung von Kleinwohnungen. Vorgeschlagen wird, ein dreigeschossiges Wohnhaus mit 18 Wohnungen zu bauen. Nachdem Genosse Rost festgestellt hat, daß erfreulicherweise der Magistrat die Fehler beim Barackenbau eingesehen hat, wird der Bau einstimmig beschlossen. Ein Antrag Läßig, auf Bau eines Rentnerheimes, wird dem Magistrat überwiesen.

Lebendig wird es wieder bei Beratung der kommunistischen und Erwerbslosen-Anträge. Der Vorsteher gibt bekannt, was aus den Anträgen der vorigen Sitzung, die dem Magistrat überwiesen waren, geworden ist. Hauptsächlich ist die geschaffene Wärmehalle der SPD. eine recht unangenehme Sache. Müller Paul sammelt schon Material, um die Schließung beantragen zu können. Die Erwerbslosen haben es der SPD. überhaupt angetan, ist es doch jene Schicht, die den Verrat der SPD. am meisten zu spüren bekommt und die infolgedessen ihr die Gefolgschaft versagt. Dies muß man mit allen Mitteln zu verdecken suchen. Und im Verleumden sind wir ja seitens der SPD. schon lange Großes gewöhnt. Was sich aber Müller und Goldstein insbesondere in dieser Sitzung leisteten, übertraf alles bisher Dagewesene. Wir wollen nur feststellen, daß in der letzten Gewerkschaftskartellsitzung die Redner der SPD. etwas anderes zum Ausdruck brachten.

Dort wurde wohl auch angeregt, alles daran zu setzen, um den Einfluß unter den Erwerbslosen zurückzuerobern?

Mit dem Verhalten, wie es aber hier zum Ausdruck kam, wird die SPD. das Gegenteil erreichen. Uns soll es recht sein.

Auch der Ausspruch Läßigs (bürgerl.): „Ueber das Essen der Stadtküche kann man e n t z ü c k t sein", wird dazu beitragen, daß er bald allein auf weiter Flur steht.

Am Schluß der Sitzung gibt dann der Herr Ober auch endlich Antwort auf die von der KPD. gestellten Anfragen. Das Photographieren von weiblichen Leichen durch unberufene Personen hat stattgefunden. Bei der Antwort auf die Anfrage betr. Rodelbahn, warum man mit der Antwort so lange gewartet hat, erklärt der Herr Ober: „Die Sonne scheint wieder, es taut, damit hat sich die Rodelbahn erledigt." Im nächsten Jahr wird man demnach genau so verfahren, wenn es die Arbeiterschaft zuläßt.

Die weltliche Schule hat das Bedürfnis, sich immer mehr zu isolieren. Aus diesem Grunde bringt Dörfer eine Resolution ein, die die Unterbringung der Weltlichen Schule in die Räume der Mittelschule fordert. Die Entschließung wird als Material dem Magistrat überwiesen.

Nach fünf Stunden war man am Schluß der öffentlichen Sitzung angelangt. Bei Eintritt in eine nichtöffentliche verließen unsere Genossen dieselbe, wodurch diese beschlußunfähig wurde. Ob trotzdem noch irgendwelche Beschlüsse gefaßt wurden, entzieht sich bisher unserer Kenntnis. Zuzutrauen ist es aber den Koalitionsparteien schon.

Muschwitz. Eine Erwerbslosenversammlung fand hier am Sonnabend statt. Genosse Schlag legte in leicht verständlicher Weise dar, wie sich das Arbeitslosenversicherungsgesetz gegen die Erwerbslosen ausgewirkt hat. Diesem Schandgesetz gaben die Sozialdemokraten sowie die bürgerlichen Parteien ihre Zustimmung. Dadurch wurden die internationalen Kongreßbeschlüsse wie so viele andere seit 1918 verraten. Die Haltung der Sozialdemokratie ist von der Haltung einer bürgerlich-kapitalistischen Partei nicht zu unterscheiden. Durch die wachsenden Widersprüche des kapitalistischen Systems ist die Erwerbslosigkeit nicht als eine vorübergehende, sondern als eine Dauererscheinung zu betrachten. In der Diskussion wurde besonders hervorgehoben, daß an den Kreis und an die Gemeinden Anträge gestellt werden müssen, um die Not der Erwerbslosen zu lindern. Der Kreis muß verpflichtet werden, besonders an solche Erwerbslose Beihilfen zu zahlen, die Ostern Kinder aus der Schule bringen. Ferner müssen den Erwerbslosen Saatkartoffeln und Düngemittel zur Verfügung gestellt werden, damit sie ihr Pachtland bestellen können. Es wurden entsprechende Anträge formuliert und einstimmig angenommen. Es liegt nun an den Erwerbslosen, sich hinter den Erwerbslosenrat zu stellen, der die Forderungen weiter zu leiten hat.

Genossen Kommunalfunktionäre, abonniert die „Kommune", die Fachschrift für 20 Pf., die Ihr in Eurer Praxis nicht vermissen könnt. Zu beziehen durch unsere Buchhandlungen.

Genosse, wieviel „Klassenkampf"-Leser hast Du schon geworben?

„Wirtschaftsdemokratie" in der Praxis

Betriebsratsschikanen bei der Werschen-Weißenfelser Braunkohlen A.-G.

Der Schmied K. klagt vor dem Weißenfelser Arbeitsgericht gegen die „Werschen-Weißenfelser" wegen fristloser Entlassung auf Zahlung von 216 Mark Lohn. K. war Vorsitzender des Betriebsrats auf Grube Vollert. Er arbeitete in der Wagenreparaturwerkstatt. K. erkrankte und als er sich am 7. Februar wieder zur Arbeit meldete, wurde er vom Betriebsführer Geiger an die Baggerkolonne verwiesen. Er lehnte, weil er in der Versetzung eine Schikane vermutete, die Arbeit ab mit der Begründung, daß er erst wegen der Versetzung mit dem Betriebsrat Rücksprache nehmen wolle. Er meldete sich auch deshalb auf zwei Stunden von der Arbeit ab. Wegen Abhaltung einer Sitzung wurden ihm vom Betriebsführer das Steigerhaus angewiesen. Da die anderen Betriebsratsmitglieder erst um 8 Uhr zur Schicht kamen, ging er in das Frühstückszimmer, wo er dieselben traf und bestellte. Mittlerweile hatte sich der Betriebsführer mit der Direktion verständigt, die angeordnet hatte,

daß die Räume zur Abhaltung der Betriebsratssitzung verweigert und die Sitzung überhaupt verboten werden sollte!

Als K., von den Maßnahmen der Direktion nicht unterrichtet, im Steigerzimmer auf die anderen Mitglieder wartete, kam der Betriebsführer und forderte ihn auf, an seine Arbeit zu gehen. K. sagte, er warte auf seine Kollegen. Da teilte man ihm mit, daß dieselben abbestellt worden seien (!), und wenn er nicht an die Arbeit ginge, er fristlos entlassen sei (!). K. ging nun zu den anderen Mitgliedern und teilte ihnen seine Entlassung mit, worauf der Betriebsrat zu einer Sitzung zusammentrat. Kaum hatte diese begonnen, da verwies der Betriebsführer sämtliche Betriebsräte aus dem Raume. Die Betriebsräte tagten schließlich in einer Privatwohnung weiter. In der Sitzung wurde die Entlassung nicht gebilligt. Als Zeugen waren von der Firma der Betriebsführer, ein Maschinenmeister und ein Obersteiger geladen. Ihre Aussagen gipfelten in der Ansicht, daß sich K. beharrlich geweigert habe, die Arbeit zu machen, und daß das Grund genug zu einer fristlosen Entlassung sei. Ein vom Gericht vorgeschlagener Vergleich auf Wiedereinstellung wurde von der Firma abgelehnt.

Der Vertreter des Klägers bestreitet die beharrliche Arbeitsverweigerung. K. sei schon zweimal im Betriebe in eine andere Abteilung versetzt worden, und er habe die Verechtigung gehabt, erst mit dem Betriebsrat Rücksprache zu nehmen, deshalb hätte ein Grund zur fristlosen Entlassung nicht vorgelegen. Er sei vielmehr der Ansicht, daß hier ein Grund gesucht worden sei, um ein unliebsames Betriebsratsmitglied aus dem Betriebe zu entfernen. Der Kläger selbst äußert sich in demselben Sinne, er bestreitet, die Arbeit verweigert zu haben, weil er als Vorsitzender wußte, daß er bei einer beharrlichen Arbeitsverweigerung mit der Entlassung zu rechnen hatte. Er bemerkt ausdrücklich, daß er gesagt habe, erst mit dem Betriebsrat Rücksprache zu nehmen. Vor der Rücksprache sei die Entlassung schon ausgesprochen worden. Das Gericht stellt sich auf den Standpunkt, daß K. „voreilig" gehandelt habe (!). Er hätte die Arbeit annehmen sollen und dann, wenn dieselbe nicht seinen Anforderungen entsprochen, sich dagegen wenden sollen. Er wurde mit der Klage abgewiesen und zu den Kosten verurteilt.

Dieses Urteil und diese Verhandlung sprechen eine recht deutliche Sprache. Sie zeigen, was die Redensarten über „Wirtschaftsdemokratie" und „Arbeitsrecht" wert sind.

Jawohl die Betriebsräte erhalten mehr Rechte, aber nur dann, wenn sie dem Unternehmertum zu Gute kommen. Im übrigen werden sie nach Strich und Faden geknebelt.

G—g.

Die Flucht aus der Hölle

Von Albert Londres

21] Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8

(Schluß)

XX

In diesem Augenblick . . .

In diesem Augenblick, in dem Dieudonné das Leben neugefunden hatte, fand ich Dieudonné wieder.

„Ist es wahr, daß Sie gekommen sind, um mich zu holen? Ich soll Frankreich wiedersehen?"

. . . Wir kamen gerade vor der Schiffahrtsgesellschaft der Chargeurs-Reuniz vorbei. Naiv, als sollten wir sofort abreisen:

„Sehen Sie, da ist es ja. Schiffen wir uns in Le Havre oder in Marseille aus?"

„. . . Sie haben fünfzehn Jahre gewartet; vielleicht gedulden Sie sich doch noch einige Tage! Hören Sie zuerst, was ich Ihnen sagen werde: Ihre Begnadigung ist beschlossene Sache, scheint es. Aber sie ist noch nicht unterzeichnet; auf jeden Fall hat Moro-Giaffieri in dieser Richtung von der Regierung klare Zusicherungen bekommen. Nachdem es so ist und die öffentliche Meinung unterrichtet ist, glaube ich, es auf mich nehmen zu können, Ihre Rückkehr in die Hand zu nehmen. Einverstanden?"

„Wissen Sie, was ich nicht möchte? In Frankreich zwischen zwei Gendarmen ausgeschifft werden. Mein Sohn hat mich nie als Gefangenen gesehen. Er war bei mir im Gefängnis, aber da war er so klein, daß er nichts begreifen konnte. Er sagte zu mir: „Warum gehst Du nicht mit uns nach Hause? Bist Du krank?"

„. . . Lieber Freund," sagte ich, „wir werden das Glück versuchen."

*

Im Anfang sah unsere Sache gut aus. Das französische Konsulat hatte mir versprochen, meinem Schützling einen Paß zu geben.

Wir waren ruhig und sogar froh. Wir frühstückten mit Appetit. Wir besuchten den botanischen Garten, heftigen den Corocwado. Man hat uns wiederholt in Tijuca gesehen. Als ob es nichts kostete, leisteten wir uns eine hübsche kleine Spazierfahrt bis Petropolis. Wenn es Leute in Südamerika gab, die sich darüber aufregten, so waren wir es nicht. Wir ahnten nichts von dem Luftwechsel, der sich vorbereitete, wir nahmen das Leben von der besten Seite. Ein Mann hat nach fünfzehn Jahren Bagno nötig, wieder geweckt zu werden; ich half bei diesem Wunderwerk.

Eines Nachmittags gegen drei Uhr begann es auf unsere gute Laune zu regnen. Wir hatten die Leiter, ich wollte sagen, die Treppe, erklommen, die zum französischen Konsulat führt. Die Stunde war da, den Paß in Empfang zu nehmen. Ich hatte mein schönstes Lächeln für den Konsul bereit, als der hohe Beamte, der mich in sein Zimmer gebeten hatte, mir eröffnete, er könne Dieudonné den Paß nicht ausliefern. Dieudonné wartete im Vorzimmer. Ich erlaubte mir, zu bemerken, daß er doch schon anders beschlossen hatte. Der Konsul sagte, daß er nach reiflicher Ueberlegung eine solche Verantwortung nicht übernehmen könne.

Er fügte indessen hinzu, daß er, um mir gefällig zu sein, eine andere Lösung vorschlage. Ich setzte mich also. Er würde keinen Paß geben, aber einen Geleitschein. Der Mann sollte ein Formular unterschreiben, auf dem er sich verpflichtete, sich in die Hände der französischen Justiz zu begeben. Dann wollte den Konsul ihn als angemeldeten Passagier an Bord lassen. Außerdem würde er an die Polizei des Heimathafens telegraphieren, damit sie dort meinen Sträfling in Empfang nehme.

Es war unerläßlich, in diesem Augenblick zwei Erklärungen abzugeben. Die erste, daß ich niemals die Absicht hatte, Dieudonné heimlich mitzunehmen, und daß mich deshalb auch die Ueberwachung nicht geniere. Die zweite, daß bei jeder gesunden Rechtsprechung das vorgeschlagene Mittel einem Mann nicht zusagen könne, dem die Regierung eine Strafe zu erlassen wünsche, die ihm vor fünfzehn Jahren durch Irrtum auferlegt worden war.

Nachdem das gesagt war, bat ich den Konsul, Dieudonné zu rufen. Dieudonné kam herein. Ich sagte ihm, daß der Konsul sich weigere, ihm einen Paß zu geben.

„So!" sagte er.

Und sein Gesicht erstarrte.

Ich sagte noch, daß er uns einen Vorschlag gemacht hätte. Als Dieudonné sich das Anerbieten angehört hatte:

„Ich nehme an," sprach er. „Ich habe nie die französische Justiz gemieden; ich bin zu allem bereit, was Sie wollen."

Ich zog es vor, nicht sofort zu verhandeln; ich führte meinen Flüchtling hinaus.

Warum hatten die französischen Behörden in Brasilien ihre Meinung geändert? Wegen des Lärms, den die Geschichte in Rio verursachte. Die Polizeipräfekten der verschiedenen Staaten fuhren fort, Dieudonné freundschaftliche und gönnerische Briefe zu

Dieser äußerst spannende Roman ist in Buchform bereits erschienen. Preis der broschierten Ausgabe 2,00 Mark. Zu beziehen nur durch die Bezirks-Zentral-Buchhandlung, Halle, Leipzigerstraße 14, und deren Filialen in Aschersleben, Merseburg, Weißenfels, Zeitz, Bitterfeld, Wittenberg, Eisleben und Torgau. Bestellungen nehmen auch alle „Klassenkampf"-Trägerinnen und Parteiliteraturobleute entgegen.

schreiben, und die Zeitungen, die von der Geste des „Petit Parisien" Kenntnis genommen hatten, Dieudonné nach Hause zu bringen, schrieben: „Er ist ein freier Mann, den die brasilianische Presse in die Hände der französischen Presse gibt", und sie riefen den Geist der Gerechtigkeit des unsterblichen Frankreichs an! Sie sprachen von der Revolution von 89. Sie erinnerten an die Affäre Dreyfus. Das war ein schöner Zustand. Eine Botschaft, einige Konsulate wagten nicht mehr, selbständig zu entscheiden. Sie hatten beim Kai d'Orsay Instruktionen eingeholt, und diese kamen nicht.

*

Wir werden es ohne den Konsul machen," sagte ich, „und über Hamburg auf einem deutschen Schiff heimkehren."

„Ueber Hamburg? Nie im Leben!"

„Dann vielleicht über Genua?"

„Auch nicht über Genua. Ich will mich nicht verstecken. Ich will mich in Frankreich ausschiffen und nirgends anders!"

„Aber, mein Lieber, wenn wir mit dem Papier des Konsuls auf einem französischen Dampfer einen schüchternen Kommandanten finden, kann er sie während der ganzen Ueberfahrt einriegeln."

„Nun! Das hindert nicht, daß ich unschuldig bin!"

Dann gingen wir wieder in Rio de Janeiro spazieren . . . ziemlich lange.

Eines Abends hielt er mich am Floriano-Platz an, weil im vierten Stock in Wanderschrift die Neuigkeiten der Welt abrollten."

„Lassen Sie uns weitergehen, das ist nicht aufregend."

Er blieb unbeweglich stehen, die Nase in der Luft.

„Auf was warten Sie? Auf die Meldung von Ihrer Begnadigung?"

„Nicht das, aber man muß doch die Pariser Telegramme sehen; es sind welche dabei."

Die Pariser Telegramme kamen. Sie waren nicht wert, daß man deswegen liegen blieb. Ich sagte es ihm.

„Für Sie vielleicht, aber für mich ist es ein Vergnügen, allein das Wort „Paris" zu lesen, und das Wort „Havas" bedeutet für mich, daß ich mich in das Land versetzt glaube. So sind wir eben."

*

Endlich antwortete der Kai d'Orsay. Er gab dem Konsulat Befehl, Dieudonné einen Paß auszuhändigen.

Ich suche meinen Mann auf.

„Diesmal reisen wir."

„So ist es besser. Um so schlimmer, wenn man mich an Bord einsperrt. Das werde ich auch noch ertragen, um nach Frankreich zurückzukommen."

„Aber nein! Wir fahren Arm in Arm. Das Ministerium hat gentmoriet. Sie bekommen den Paß!"

Er weinte.

Am nächsten Tag, um neun Uhr morgens, klopfte es bei mir. Es ist Eugène!

Ich öffnete. Er trug einen Koffer. Ein Mann, der einen Paß besitzt, muß einen Koffer haben.

„Ich habe fünfunddreißig Milreis dafür bezahlt."

Er fügte hinzu:

„Ein Koffer — man meint, es ist die Freiheit, die man in der Hand trägt."

Ich prüfte den Gegenstand.

„Das ist Dreck! Der hält kaum eine Reise aus!"

„Dreck? Der Koffer eines freien Mannes? Seit fünfzehn Jahren träume ich davon. Dreck?"

*

Am Nachmittag fand eine feierliche Sitzung statt. Wir erklimmen zunächst die Stufen zum Konsulat wie zwei Männer, die von jetzt ab mit allen Gesetzen der Gesellschaft in Frieden leben. Dann, nachdem wir das blonde junge Mädchen am Schalter begrüßt haben, haben wir gesagt:

„Wir kommen, um den Paß ausstellen zu lassen."

Nachdem wir zwei Bilder abgegeben haben, klebt das Fräulein eines auf das ersehnte Stück; dann schreibt sie: „Haare braun, Nase gewöhnlich" usw.

„Wie alt?"

„Dreiunddreißig Jahre."

„Beruf?"

„Kunstschlosser."

„Wohin begeben Sie sich?"

„Als ob Sie das nicht wüßten . . . nach Frankreich natürlich!"

Wir gehen ins Konsulatsbureau. Der Konsul reicht Dieudonné seinen eigenen Federhalter. Dieudonné setzt sich richtig gegenüber dem berühmten Dokument, hebt seinen rechten Arm und setzt unter sein Bild nervös seinen Namen.

„Nun machen wir uns dünne," sage ich zu ihm.

Auf der Straße bittet er mich, ihm meinen Paß zu zeigen. Er vergleicht ihn mit seinem eigenen.

„Sie sind ganz gleich," sagt er naiv.

„Ihr Paß ist schöner. Erstens ist er kostenlos ausgestellt worden. Dann sehen Sie hier: „Ausgestellt auf Grund einer telegraphischen Autorisation des Auswärtigen Amtes."

„Bedeutet das Begnadigung?"

„Ich glaube es."

Es war Mitternacht, als der Exsträfling mich verließ, um das Lappenviertel aufzusuchen. Die weiten Fenster in Santa Theresina sah ich ihn die Candido-Mendes-Straße heruntergehen. Er hielt bei einer Straßenlaterne, zog ein Heftchen aus der Tasche; er begann zu lesen, drehte es nach allen Seiten und betrachtete es dann: es war sein Paß.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290319-10/fragment/page=0010

Die blinde „Göttin“ Justitia in Eilenburg

Die Weltfirma Zimmermann wirft einen 23 Jahre bei ihr beschäftigten blinden Stimmer auf die Straße — Syndikus Kaiser vertritt die Eilenburger Scharfmacher des Baugewerbes

Unter der Schneeschmelze hat auch das hiesige Amtsgericht zu leiden. Trotzdem das Gericht hoch auf dem Berge liegt, besteht die Gefahr, wenn man in das Gebäude will, eine unfreiwillige Schwimmpartie zu machen. Nur auf Planken ist das Gebäude zu erreichen. Eine Hundekälte herrscht im Amtsgericht, die den Aufenthalt der Zeugen und des Publikums auf den Korridoren fast unmöglich macht.

Unter dem Vorsitz des Richters Bogk kamen vor kurzem sieben Fälle zur Verhandlung. Sühnetermine waren in allen Fällen erfolglos. Der Arbeitgeberbeisitzer, Direktor Holzwarth, war nicht erschienen, so daß erst ein Ersatzmann herbeigeholt werden mußte.

Im ersten Falle war der Beklagte nicht erschienen, so daß ein Versäumnisurteil gefällt wurde. Bemm muß an einige Arbeiter die geforderten Summen zahlen.

Dienstmädchenausbeutung

Die Hausangestellte Schiebel klagte auf 65 Mark Entschädigung. Leider war sie nicht erschienen. Es konnte nicht ermittelt werden, ob die Klägerin eine Zustellung erhalten hat. Der Beklagte machte geltend, daß die Schiebel, die erst 25 Mark Lohn bekam, eine tüchtige Arbeiterin sei. Als „Hausdame“ könne sie aber für ihn nicht in Frage kommen und solle umsonst arbeiten oder sie müsse eben gehen. Der alte, scharmante Schneidermeister Grabemater mußte sich eines besseren belehren lassen und die Klage wurde vertagt.

Der Mohr kann gehen

Der blinde Klavierstimmer Plath, der bei der Firma Zimmermann seit dem Jahre 1906 beschäftigt war, ist von der Firma rücksichtslos aufs Straßenpflaster geworfen worden. Der neue Direktor, Zimmermann junior, erklärte, daß sein Betrieb in Kürze noch mehr rationalisiert wird, trotzdem er schon in den letzten Wochen 67 Mann, darunter auch einige Stimmer, entlassen hat. Auf weitere Arbeitszeitverkürzung will er sich nicht einlassen. Die Firma habe erst neulich wieder den Betrieb in Dresden-Cotta stillgelegt und es werde dies nicht der letzte sein.

Die Firma kann aber auch anders. So läßt man in Seifhennersdorf voll arbeiten. Hierzu erklärt Zimmermann,

daß ihm sonst die billigen Arbeiterinnen weglaufen und in die Textilindustrie gehen.

Nun behauptet er, Plath sei der schlechteste Stimmer im Betrieb und müsse daher entlassen werden. Obwohl noch ledige Stimmer arbeiteten und Plath schon 23 Jahre bei der Firma beschäftigt war, 60 Jahre alt ist und drei schulpflichtige Kinder hat, greift die Firma zu dieser brutalen Maßnahme. Nach 23 Jahren merkt endlich die Firma, daß er ein „schlechter“ Arbeiter sei. Wer lacht da nicht?

Der Arbeiterrat hatte dagegen Einspruch erhoben. Zimmermann junior brachte sich außer seinem Betriebsratsobmann noch den blinden Stimmer Eckert mit, der mit Plath bei 3. 23 Jahre zusammen gearbeitet hat. Dieser „Kollege“ brachte es fertig, trotzdem noch die Beanstandungen an der Arbeit Plaths gemacht wurden, zu erklären, die Arbeit Plaths war die schlechteste. Wie hoch ist der Judaslohn, den Eckert für seine Aussage bekommen hat, Herr Zimmermann?

Plath konnte nachweisen, daß er sogar die Ausbildung des Stiefsohnes des Betriebsleiters Köhler als Stimmer überwachen mußte. Folglich konnte seine Arbeit nicht die schlechteste sein. Es wurde dem jungen Zimmermann nachgewiesen, daß nur politische Momente bei der Entlassung Plaths ausschlaggebend gewesen sind. Aeußerte sich doch dieser junge Bourgeois, daß Plath als Stadtverordneter gute Sondereinnahmen habe. (Sieh mal an! Wir wußten noch nicht, daß man als Stadtverordneter eine Entschädigung erhält. Bis jetzt hat noch kein Stadtverordneter etwas davon gemerkt.) Auch schwinge Plath große politische Reden.

Die Wut bei diesem Kapitalisten ist aber der Einfluß Plaths auf die Belegschaft

und die Betriebsratswahlen stehen vor der Tür.

Der Angestellte Lenker vom DHV. als Vertreter Plaths sagte dem Zimmermann unumwunden bittere Wahrheiten. Die Firma hat nach den Berichten bürgerlicher Zeitungen ein gutes Geschäftsjahr zu erwarten und bringt keine schlechte Dividende zur Auszahlung. Seit der Zeit aber, in der Zimmermann junior das Zepter im Betriebe schwingt, hören die Scherereien und Klagen nicht auf. Der junge Mann ist der Meinung, er könne entlassen wann und wen er will.

Nachdem noch der Kollege Plath den ganzen Hergang seiner Entlassung gründlich geschildert und mit dem jungen Mann abgerechnet hatte, wurde vom Gericht folgendes unverständliches Urteil gefällt: Die Klage ist abgewiesen. Der Wert des Objektes wird auf 1500 Mark festgesetzt. Berufung beim Landesarbeitsgericht ist zulässig.

Die Scharfmacherfirma Vieweg abgerutscht

Günther ist Baudelegierter und Vorsitzender des Delegiertenausschusses der Firma Gebrüder Vieweg. Diese sind als Oberscharfmacher bekannt und liegen ständig auf den Arbeitsgerichten und bei den Schlichtungsausschüssen. Der Kollege Günther hat die Firma schon mit Erfolg verklagt.

In diesem Fall war Günther auf dem Neubau der Reichsbank beschäftigt gewesen. Er wurde krank und meldete sich am 9. Januar d. J. wieder zur Arbeit. Wegen Frostes mußte er aussetzen und brauchte dazu, um in den Genuß der Erwerbslosenunterstützung zu kommen, eine Bescheinigung, die ihm auch ausgehändigt wurde. Am 20. Februar wurde die Arbeit an der Reichsbank wieder aufgenommen. Vieweg stellte auswärtige Kollegen ein, nur Günther nicht. Vieweg und der Syndikus Kaiser erklärten vor Gericht, Günther habe auf eigenen Wunsch bei der Firma aufgehört zu arbeiten. Kollege Günther bezeichnete Vieweg, der gar nichts von der Sache wisse, als Lügner und den Schmus des Dr. Kaiser als Quasselei. Dafür mußte er den Saal verlassen. Dr. Kaiser operierte mit einem Urteil, das in einer ähnlichen Angelegenheit das Reichsarbeitsgericht am 16. Januar 1929 gefällt haben solle. Niemand kannte es, auch der Richter nicht. Kaiser verlangte Ablehnung oder Vertagung, bis das Urteil bekanntgegeben sei.

Das Urteil lautete aber anders. Vieweg wurde verurteilt, den Kläger wieder einzustellen und bis dahin seinen Lohn weiterzuzahlen.

Hoffentlich wird es bald

Bekanntlich ist die Klage der Eilenburger Bauarbeiter wegen ihres Ferienanspruches an die hiesigen Unternehmer noch nicht entschieden. Die Eilenburger Kollegen kamen voriges Jahr nicht zu ihren Ferien, weil sie den 1. Mai gefeiert und nach Ansicht der Unternehmer und ihres Syndikus ihr Arbeitsverhältnis unterbrochen hatten. Nun sind aber die Kollegen seit dem 2. Mai schon wieder 40 Wochen bei dem Unternehmer beschäftigt und bekommen trotzdem keine Ferien. Nach Ansicht der Eilenburger Unternehmer und ihres „famosen“ Dr. Kaiser haben die Bauarbeiter für das Jahr 1929 keinen Anspruch auf Ferien, obwohl der Reichstarif bis zum 31. März geht.

Man einigte sich, obwohl die Sache klar liegt, auf Vertagung, da am 16. März sich das Haupttarifamt mit dieser Frage beschäftigen wird.

Bauarbeiter, aufgepaßt!

Die Baufirma Müller hat eine Arbeitsordnung herausgegeben (was übrigens die anderen Unternehmer auch versuchten) und von einem Baudelegierten auf nur einer Baustelle unterzeichnen lassen. Der Betreffende hat dies aus Unkenntnis getan. Die Eilenburger Zahlstelle des Baugewerksbundes lehnte die Gültigkeit ab. Der Herr Syndikus bestritt die Zuständigkeit des Arbeitsgerichtes. Der Richter war anderer Meinung, erkannte aber die Vollmacht des Zahlstellenleiters nicht an, da dieselbe nicht vom Bundesvorsitzenden Bernhard, sondern vom Bezirksleiter Richter, Dresden, ausgestellt war. Die Vertagung wurde anberaumt, bis eine neue Vollmacht ausgestellt ist.

Der Profit ist ausschlaggebend

Baumelt war vom 1. Mai 1927 als Direktor und Prokurist bei der Firma Spinn- und Webstoff-Fabrik A.-G., Zürich, beschäftigt und wurde am 1. Januar 1929 wegen Differenzen mit der Firma entlassen. Er klagte auf 2415 Mark Entschädigung. Ihm war von der Firma versprochen worden eine Produktionsprämie von 500 Mk. bei Fertigstellung von je 500 000 Metern Gewebe, ferner 200 Mark Mietenschädigung, da er in Eilenburg nicht gleich Wohnung bekam. Ferner beanspruchte er noch für 27 Tage Entschädigung für entgangene Ferien. Er konnte seinen Urlaub nicht nehmen, da er im Betriebe damals unentbehrlich war und nun inzwischen entlassen wurde.

Der jetzige junge Mann der Firma, Direktor Morstadt, machte geltend, daß Baumelt schlechtes Garn verarbeitet habe und daß das unter seiner Leitung hergestellte Gewebe zum Teil keinen Abnehmer fand. Drei noch im Betrieb beschäftigte Webmeister und zwei Weberinnen sagten das Gegenteil aus.

Das Torgauer Arbeitsgericht hat sich schon mit diesem Falle beschäftigt und trotzdem dieses Entgegenkommen gegen diese Firma. Es vertagte den Fall nochmals um eine Woche. Dem jungen Mann der Firma soll Gelegenheit gegeben werden, neue Zeugen herbeizubringen, um den materiellen Schaden der Firma zahlenmäßig zu beweisen.

*

Es waren interessante Fälle, die auf dem Arbeitsgericht verhandelt wurden. Wenn man einerseits die Aussagen des Stimmers Eckert gegen seinen alten Kollegen Plath und auf der anderen Seite die Aussagen der Arbeiter für ihren früheren Direktor gegenüberstellt, so hat Eckert eine schmähliche Rolle gespielt. Dafür durfte er auch mit seinem Direktor im Auto nach Hause fahren.

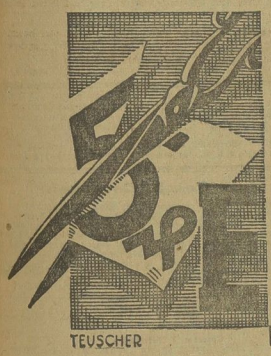
Kollegen, an den Arbeitsgerichten könnt Ihr lernen, und hier wird der Beweis erbracht, daß wir in einem Klassenstaate leben.

Tue nun jeder seine Pflicht bei den kommenden Betriebsratswahlen und wähle revolutionäre Betriebsräte!

Die „Klassenkampf“-Werbung

ist eine der Hauptaufgaben der Parteimitglieder und RGB.-Kameraden im Monat März. In allen Zellen- und Ortsgruppenversammlungen muß dazu Stellung genommen werden. Die Orte sind in Werbebezirke aufzuteilen. Sympathisierendenlisten sind anzufertigen, wonach die Werbung straßenweise vor sich gehen kann. In jede Arbeiterwohnung gehört der „Klassenkampf“. Alle aktiv an die Arbeit. Die Werbekampagne

muß organisiert werden!



Epochemachender Preisabbau

BULGARIA

Für 4 ₰ nunmehr

statt 5 ₰ bisher

Wert 6 ₰ und mehr

Dies ist der wahre Dienst am Raucher!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290319-10/fragment/page=0011

Delitzsch-Torgau-Liebenwerda

In Christo Namen — Amen

oder wie verdumme ich meine Mitmenschen

In Queis hatte der „Seelsorger" Winkler aus Klepzig die Gemeindeeinwohner zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen. Sein Thema lautete: „Ist die Kirche noch nützlich für unser Volk?" Zum größten Teil waren Arbeiter erschienen, die eigentlich einen Diskussionsredner erwarteten. Leider konnte derselbe nicht erscheinen.

Da nun der „Seelenhirte" glaubte, keinen Gegner zu haben, der ihm entgegentreten konnte, so erzählte er allerhand Unsinn. Er erklärte, daß das Gedeihen des Getreides und der Früchte nur durch „Gott" geschehe. Dann erzählte er allerhand Märchen über das Leben Jesus, daß er durch den „lieben Gott" zu etwas Höherem erkoren wurde. Nachdem versuchte Winkler die Einrichtung der Kirche herauszustreichen. Er meinte, die Wohlfahrtsämter seien ein Werk der Pastoren. Nur werde heute die soziale Einrichtung durch die Arbeitslosen zu viel in Anspruch genommen. Viele hätten sich mit dem Arbeitgeber gezankt und ständen auf dem Standpunkt:

Solange wie der Arm in die Weste paßt, wird keine Arbeit angefaßt.

Jedenfalls betrieb der Pfarrer eine ganz gemeine Hetze gegen die notleidenden erwerbslosen Familienväter. Die Jugendlichen haben es ihm besonders angetan. Viele grüßten ihn nicht mehr. Das sei nur auf das Parteiwesen zurückzuführen. Auch gebe es Kinder, die keine Religion gelernt haben und sich später dann an den Eltern vergriffen hätten.

Nach seiner Meinung wäre das richtig so. Dies alles könnte anders sein, wenn jeder wenigstens im Monat einmal in die Kirche käme. Denn dort würde der Geist wieder aufgefrischt und es würde sich jeder als Mensch fühlen. So hat der Seelsorger versucht, die Einwohnerschaft einzulullen.

Ein größerer Kohl konnte wirklich nicht verzapft werden. Denn gerade die Jugendlichen der Bourgeoisie sind es, wie die vielen Gerichtsprozesse bewiesen haben, die die größten sittlichen Verbrechen begangen haben. Schuld daran ist, wie auch die reaktionäre Justiz feststellen mußte, das veraltete Schul- und Erziehungswesen. Gerade durch die religiösen Legenden werden die Jugendlichen vor den Gefahren der heutigen Zeit abgelenkt und somit verdummt. Das Gemeinste leistete sich dieser „treusorgende Kirchenvater" in der Frage der Arbeitslosen.

Jedenfalls werden dieselben nun erst recht die Kirche meiden.

Die Antwort wird die Arbeiterschaft dem Seelsorger bald geben. In der nächsten Zeit findet eine öffentliche Versammlung am Orte statt, wo über die Rolle der Kirche im kapitalistischen Staat gesprochen wird. Darauf möchten wir die Einwohnerschaft am Orte schon heute aufmerksam machen.

Döberitz bei Delitzsch. Krach im bürgerlichen Lager. In der letzten Gemeinderatssitzung standen verschiedene Punkte auf der Tagesordnung. Keiner war von großer Bedeutung. Nur auf einen wollen wir näher eingehen. Ein Antrag von unserem Genossen lag vor, welcher lautete: Die Wege innerhalb der Gemeinde sind in einen besseren Zustand zu bringen. Der Weg zu seiner Wohnung ist nur mit Langtiefel zu passieren. Darüber ein großes Geschrei bei den Bürgerlichen. Dieser Weg sei nicht Gemeindeweg, sondern Anliegerweg. Es entstand darüber eine große Debatte, bei der sich das bürgerliche Gemeinderatsmitglied, Feuerwehrhauptmann und Landwehrmajor zu dem Ausspruch hinreißen ließ: „Wir werden den Weg in Ordnung bringen lassen, fahren aber Schlacke und Eisenspäne hin, damit Schrödter alle Tage neue Reisen braucht zu seinem Auto." Schrödter ist auch Gemeinderatsmitglied der Bürgerlichen. Unseres Erachtens muß es bei den Bürgerlichen einen großen Krach gegeben haben. In der Gemeindevertretersitzung wird nur der persönliche Dreck in den Vordergrund geschoben und nicht das Wohl und Wehe der Gemeinde beachtet.

Eilenburg. Ein schwerer Kraftwagenunfall ereignete sich bei Hohenossig auf der Dilben—Leipziger Chaussee. Dort raste ein Automobil aus Bad Schmiedeberg gegen einen Baum. Der schwer verletzte Führer des Autos wurde mit einem Auto ins Krankenhaus geschafft. Ein zweiter Insasse des Wagens blieb unverletzt.

Torgau. Freitod. Erhängt hat sich in einer Scheune ein seit dem 6. März vermißter Invalidentenniner im Alter von 66 Jahren. Er wohnte bis zu diesem Tage in der Herberge zur Heimat, wo er Selbstmordabsichten äußerte. Der Invalidenrente Süßsterleibung liegt wahrscheinlich darin, daß er mit seinen paar Mark Invalidenrente sich kaum über Wasser halten konnte. Für abgerackerte Proleten hat der kapitalistische Staat nichts übrig, während Offiziere a. D. Hunderte von Mark erhalten.

Schöna. Erfolg für die Partei. — Fünf Neuaufnahmen. Eine von der KPD. einberufene kommunalpolitische Versammlung war außerordentlich gut besucht. Ueber die heutige Gemeindepolitik und über Hand- und Spanndienste der Gemeinde Schöna sprach Genosse Holzweißig. Die sogenannte Selbstverwaltung der Kommunen, das Steuergeheimnis als Privileg der Kapitalisten für Steuerhinterziehung, Ausgaben von Reich und Staat an Justiz, Polizei und Kirche als erhaltende Machtinstrumente des kapitalistischen Staates, die gänzlich unzulänglichen Steuerrückerstattungen an die Gemeinden und anderes waren Gegenstand seiner Ausführungen. Die Hand- und Spanndienste müssen abgeschafft werden. Drei Stunden diskutierten Arbeiter und Bauern über die Ausführungen. Aus der Mitte der Versammlung kam ein Antrag, die Gemeindevertretung zu verpflichten, die Hand- und Spanndienste abzuschaffen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Gemeindevorsteher und Vertreter waren anwesend. Am Schlusse wurden fünf Neuaufnahmen für die Partei gemacht. Auch den „Klassenkampf" wollen mehrere Einwohner bestellen. Es geht auch im Lande von Oberius vorwärts.

Liebenwerda. Der Kreistag ist zu seiner Frühjahrstagung auf den 27. März eingeladen worden. Auf der Tagesordnung steht an erster Stelle die Genehmigung des Anfangs dieses Jahres mit dem Ruhrverband in dem bekannten Wechselprozeß abgeschlossenen Vergleichs. Bei der Gelegenheit wird die Oeffentlichkeit also erfahren, unter welchen Bedingungen die Einigung mit dem Ruhrverband erfolgt ist. Neben der Festsetzung des Kreishaushaltplanes und der direkten Kreissteuern für das neue Jahr steht auf der Tagesordnung die Aufnahme eines Darlehns von 200 000 Mk. zum Ausbau der Straße von Mückenberg nach Bockwitz. Einen erheblichen Betrag, etwa 80 000 Mk., soll der Kreistag bewilligen für den Bau einer Turnhalle und eines Zeichensaales an der Oberrealschule in Elsterwerda. Diese Summe wird die kommunistische Kreistagsfraktion ablehnen. Für Standesschulden bewilligen wir grundsätzlich kein Geld.

Bitterfeld-Wittenberg

Reinsdorf. Die Jugend marschiert. Am Freitag war wieder etwas los. Die „Roten Schmiede" von Halle waren anwesend und da die Arbeiterschaft sie noch vom erstem Auftreten kannte, war der Saal in Reinsdorf sehr gut besetzt. Wenn die „Roten Schmiede" kommen, da gibt es etwas zu lachen, Donnerwetter, die nehmen kein Blatt vor den Mund, die reden wie ihnen der Schnabel gewachsen ist und darum hat sie auch jeder verstanden. Jeder, der dort war und sich das Spiel der „Roten Schmiede" angesehen hat, hat begriffen, das es notwendig ist, die Front der Werktätigen gegen die der Kapitalisten zu führen. Deshalb klatsche man auch, als bei der Szene „Krieg dem Kriege", die drei kapitalistischen Räuber von den drei „Roten Schmieden" eins aufs Dach kriegten. Als die „Roten Schmiede" mit ihrem Auto wieder nach Halle fuhren, da wußten sie, daß auch in Reinsdorf die Jugend marschiert, denn sie hatten bei der Veranstaltung zehn Aufnahmen für den Jugendverband gemacht. Bravo! Zehn junge Kämpfer für die proletarische Sache. Heute abend findet im Lokal Reinsdorf die erste Mitgliederversammlung statt. Hier kann sich noch mancher Jugendliche in die Reihen der kämpfenden proletarischen Jugend anmelden.

Brehna. Bis an die Knie im Wasser. Brehna ist vom Hochwasser heimgesucht worden. Die Fenster können als Ein- und Ausgang benutzt werden. Eine Reihe von Einwohnern muß, um in ihre Wohnungen zu gelangen, bis an die Knie im Wasser waten.

Piesteritz. Warum so schikanös? Man ist seit dem 1. März Hausbesitzer und da muß man doch zeigen, was man kann. Also Untermieter werden nicht geduldet. Da hagelt es Kündigungen über Kündigungen an gewisse Mieter, die einige Räume von der Schwiegermutter bewohnen, da diese sich die meiste Zeit auswärts aufhält. Und dann hat dieser Mieter ohne Erlaubnis sich eine Bodenantenne gezogen, was natürlich ein Verbrechen ist. In 24 Stunden muß sie ab sein, sonst . . . na, ich will's noch mal bis zum Monatsende dulden. Aber die Waschküche benutzen, das werde ich wohl nicht . . . Betreffs der Ställe habe ich auch eine besondere Meinung. Ja, Herr Rosenhagen, Sie scheinen, seit sie Hausbesitzer geworden sind, ganz verqeilen zu haben, daß sie froh waren, als Untermieter in dem Hause einen Unterschlupf zu haben, der sie heute durch allerlei Schikane anderen Menschen streitig machen wollen. Reicht Ihre soziale Gesinnung als Piesteritzer Geschäftsmann wirklich nicht weiter? Mit Hausbesitzervereinsmethoden werden Sie in Piesteritz bestimmt nichts erreichen. Deshalb empfehlen wir, Einschlagung eines vernünftigen Kurses gegenüber ihren Mitmenschen.

Wie wird das Wetter?

Mittwoch und Donnerstag: Fortdauer des heiteren, am Tage sehr milden Wetters. Stellenweise noch Nachtfrost.

Briefkasten

Wolframshausen. Wegen längerem Artikel über materialistische . . . erfolgt mündliche Rücksprache.

Marktleinhandelspreise in Halle am 19. März

Obst und Gemüse:			
Aepfel, Eß-	1 Pfd.	0,15—0,50	Mk.
Kochäpfel	1 Pfd.	0,10—0,25	„
Bananen	1 Stck.	0,05—0,10	„
Apfelsinen	1 Stck.	0,05—0,15	„
Weintrauben	1 Pfd.	0,60—0,70	„
Tomaten	1 Pfd.	0,50—0,60	„
Gurken, Saure	1 Stck.	0,08—0,15	„
Gurken, Senf-	1 Pfd.	0,80	„
Gurken, Pfeff.-	1 Pfd.	0,80	„
Weißkohl	1 Pfd.	0,18—0,20	„
Rotkohl	1 Pfd.	0,25—0,30	„
Wirsingkohl	1 Pfd.	0,20—0,25	„
Blumenkohl	1 Kopf	0,40—0,60	„
Grünkohl	1 Pfd.	0,25—0,30	„
Rosenkohl	1 Pfd.	0,50—0,55	„
Salat	1 Kopf	0,15—0,20	„
Spinat	1 Pfd.	0,30—0,35	„
Mohrrüben	1 Pfd.	0,15—0,18	„
Rotrüben	1 Pfd.	0,12—0,15	„
Rote Rüben	1 Pfd.	0,15—0,20	„
Kohlrabi	1 Stck.	0,04—0,06	„
Zwiebeln	1 Pfd.	0,18—0,20	„
Petersilienwurzel	1 Pfd.	0,40	„
Selterie	1 Stck.	0,10—0,25	„
Porree	1 Bdl.	0,30—0,50	„
Fische:			
Kabeljau	1 Pfd.	0,25	„
Schleie	1 Pfd.	2,00—2,25	„
Hechte	1 Pfd.	1,50	„
Fr. Aal	1 Pfd.	2,00—2,50	„
Aal, ger.	1 Pfd.	3,50—4,00	„

Seelachs, ger.	1 Pfd.	0,60	„
Schellfisch, ger.	1 Pfd.	0,60	„
Weißfisch	1 Pfd.	0,40—1,00	„
Heringe, Norm.	1 Stck.	0,05—0,06	„
Heringe, Schott.	1 Stck.	0,10—0,15	„
Gr. Heringe	1 Pfd.	0,12—0,25	„
Bücklinge	1 Pfd.	0,40—0,65	„
Wild und Geflügel:			
Enten	1 Pfd.	1,40—1,60	„
Gänse	1 Pfd.	1,30—1,50	„
Hühner	1 Pfd.	1,00—1,20	„
Tauben	1 Stck.	0,70—0,80	„
Hasen im Fell	1 Pfd.	1,10—1,20	„
Hasen, ausgebl.	1 Pfd.	1,50—1,70	„
Rehfleisch	1 Pfd.	0,60—2,00	„
Hirschfleisch	1 Pfd.	0,70—2,00	„
Kaninchen, St.	1 Pfd.	1,10—1,20	„
Kaninchen, enth.	1 Pfd.	1,00—1,10	„
Fasanen	1 Stck.	3,00—4,00	„
Sonstiges:			
Butter, Molk.	1 Stck.	1,05—1,15	„
Butt., Bauern-	1 Stck.	0,95—1,00	„
Quark	1 Pfd.	0,30	„
Käse	1 Stck.	0,10—0,30	„
Pflaumenmus	1 Pfd.	0,50	„
Kartoff., weiße	10 Pfd.	0,70—0,80	„
Kartoff., Nier.	10 Pfd.	0,70—0,80	„
Eier	1 Stck.	0,15—0,17	„
Zitronen	1 Stck.	0,08—0,15	„
Meerrettich	1 Stck.	0,30—0,50	„
Petersilie	1 Pfd.	1,00	„
Schnittlauch	1 Bd.	0,10—0,15	„

Fleisch- und Wurstwaren:

Je Pfund:

Rindfleisch:		**Ziegenfleisch**	0,70—0,80 „
Kochfleisch	0,80—1,00 „	**Rohfleisch**	0,70—0,80 „
Bratenfleisch	1,10—1,20 „	**Wurstwaren:**	
Kalbfleisch:		**Schlachtwurst**	2,00—2,40 „
Kochfleisch	1,00—1,10 „	**Knackwurst**	1,40—1,70 „
Bratenfleisch	1,20—1,30 „	**Schwartenwurst**	1,00—1,10 „
Hammelfleisch:		**Rotwurst, frisch**	1,00—1,20 „
Kochfleisch	0,90—1,00 „	**Rotwurst, geräuchert**	1,20—1,30 „
Bratenfleisch	1,10—1,20 „	**Leberwurst, frisch**	1,00—1,20 „
Schweinefleisch:		**Leberwurst, geräuchert**	1,20—1,30 „
Kamm und Kotletten	1,30—1,40 „	**Schinken, roh**	1,80—2,50 „
Bauch u. fettes Fleisch	1,00—1,20 „	**Schinken, gekocht**	2,30—2,50 „
Geräucherfleisch	0,70—1,00 „	**Speck, fett, geräuchert**	1,00—1,20 „
		Speck, mager, geräuch.	1,30—1,40 „
		Zervelatwurst	2,40—2,60 „

Amtliche hallische Produkten-Notierungen vom 19. März

Für 1000 kg	alte Ernte	neue Ernte	Für 100 kg	alte Ernte	neue Ernte
Weizen	—	223—227	Viktoriaerbsen	—	37,00—41,00
Roggen	—	218—222	Futtererbsen	—	19,00—20,00
Braugerste	—	235—245	Raps	—	—
Wintergerste	—	220—225	Weizenkleie, mittel	—	15,00—15,50
Futtergerste	—	205—210	Weizenkleie, grob	—	—
Hafer	—	225—229	Roggenkleie	—	14,75—15,50
Mais	—	232	Malzkeime	—	16,00—16,50
			Trockenschnitzel	—	16,00—16,50

Bei geringen Umsätzen verlief der Markt in Brotgetreide in ruhiger Stimmung. Hafer besser gefragt und höher bezahlt. Viktoriaerbsen mußten infolge mangelnder Zufuhrzufuhr die Preise etwas nachgeben. Die übrigen Artikel hatten kleines Geschäft bei unveränderten Preisen.

Rundfunk-Programm

Mittwoch, den 20. März

10.50 bis 11 Uhr: Dienst der Hausfrau: „Ueber elektrisches Waschen." 12 Uhr: Schallplattenkonzert. Nach dem Pressebericht: Schallplattenkonzert. 14 Uhr: Jugendwerbesendung. 14.15 bis 14.45 Uhr: Englischer Unterricht. 15 Uhr: Frauenmeldungen. Anschließend: Für die Jugend: 1. Die Kaulquappen. II. Standortbestiebe. 16.30 Uhr: Zürcher Nachrichten. 17.45 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 18.05 Uhr: Arbeitsmarktbericht des Landesarbeitsamts Sachsen. 18.20 Uhr: Wettervoraussage und Zeitangabe. 18.30 Uhr: Französisch für Fortgeschrittene (Deutsche Welle, Berlin.) 18.55 bis 19.20 Uhr: „Werkmeisterlehrgang für Facharbeiter": „Elektrotechnik." 19.20 Uhr: Arbeitsnachweis. 19.30 Uhr: Uebertragung aus dem Städtischen Opernhaus Chemnitz: Fidelio, Oper in 2 Akten. Musik von L. van Beethoven. Personen: Don Fernando, Minister; Don Pizarro, Gouverneur eines Staatsgefängnisses; Florestan, ein Gefangener; Leonore, seine Gemahlin, unter dem Namen „Fidelio"; Rocco, Kerkermeister; Marzelline, seine Tochter; Jacquino, Pförtner; Erster Gefangener; Zweiter Gefangener; Ein Offizier, Soldaten, Staatsgefangene, Volk. Ort der Handlung: Ein spanisches Staatsgefängnis. 22 Uhr: Zeitangabe, Schneebericht, Wettervorsage, Pressebericht und Sportfunk. Anschließend bis 24 Uhr: Unterhaltungs- und Tanzmusik.

Verantwortlich: Alfred Grade, Halle a. d. S., für Politik und Wirtschaft; Erich Gebhke, Halle a. d. S. für Lokales und Saalkreis; Kurt Kühn, Merseburg, für Provinz (Mitteilung, Mansfeld Nordhausen) und Sport; Fritz Leßig, Halle a. d. S. für Provinz (Bitterfeld, Wittenberg, Delitzsch, Torgau); Marianne Gundermann, Halle a. d. S. für Feuilleton; Bernhard Koenen, Merseburg, für Gewerkschaften und das Bezirksbüro; Fritz Krob, Halle a. d. S., für den Verlag, Anzeigenteil und Druck.

Aus dem Geschäftsverkehr

In Deutschland lenkt ein junges Unternehmen der Zigaretten-Industrie die Blicke des Publikums auf sich. Es ist dies die Bulgaria-Zigarettenfabrik, Dresden, die es verstanden hat, sich in wenigen Jahren auf dem Zigarettenmarkt eine mitbestimmende Stellung zu verschaffen. Neben der zielbewußten Geschäftsführung hat sie dies besonders dem Umstande zu verdanken, daß ihr durch eigene organisatorische Maßnahmen in Bulgarien ein günstiger Einkauf der besten bulgarischen Tabakqualitäten möglich ist. Hierdurch konnte die Bulgaria ihre bekannte Marke Bulgaria-Stern auf den Preis von 4 Pf. setzen, trotzdem sie auch weiterhin für diese Zigarette Tabake verwendet, die sonst nur für 6-Pf.-Zigaretten verarbeitet werden.

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau und Kasse: Lerchenfeldstraße 14
Tel. 21473, Postscheckkonto Leipzig 107001
Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär
Geschäftszeit: Täglich 9 bis 18 Uhr
Sonnabends nachmittags geschlossen

Stadtorganisation Halle

Stadtteil Westen. Mittwoch, 20. März, 20 Uhr, im Restaurant Polzin, Taxstraße 29. Straßenzellen-Mitgliederversammlung folgender Straßen: Weißenfelser Straße, Geiseniusstraße, Weingärten, Röpziger Straße, Thaliastraße, Völkerger Weg, Leafstraße, Wörmlitzer Straße, Canteinstraße, Weesener Straße, 1. bis 5. Vereinsstraße.
Unterbezirk Frauenabteilung Mittwoch, 20. März, Sitzung in der Produktion.
Stadtteil Norden. Donnerstag, 21. März, 20 Uhr, Straßenzellen-Versammlungen.
Trölltyp: „Lindenhof." Referent der BL.
Trotha: „Reichsadler." Referent: Genosse Baumgärtel.
Giebichenstein: „Volkspark." Referent der BL.
Süd-West. Donnerstag, 21. März, 20 Uhr, beim Genossen Schneider Sitzung der Stadtleitung. Die Polizeiter der Betriebsräten haben zu erscheinen.
Westen. Donnerstag, 21. März, 20 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft Straßenzellen-Mitgliederversammlung für folgende Straßen: Steinweg, Bertramstraße, Taubenstraße, Steg, Mühlweg, Gonnerwalle, Mauerstraße, Zwingerstraße, Langestraße, Lerchenfeldstraße, Schwetschkestraße, Hirtenstraße.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Oppin. Mittwoch, 20. März, 20 Uhr, im „Landhaus" Mitgliederversammlung. Referent: Genosse Gustsche.
Dölnitz. Donnerstag, 21. März, 20 Uhr, im „Palmbaum" öffentliche Einwohnerversammlung. Referent: Gen. Wollmann.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Lützen. Mittwoch, 20. März, 20 Uhr, Kursus im „Bürgergarten".

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Mittwoch, 20. März, 20 Uhr, in „Hermanns Garten" Mitgliederversammlung der Zellengruppe 3.
Weißenfels. Mittwoch, 20. März, 20 Uhr, im Lokal „Weste" Mitgliederversammlung der Zellengruppe 4.
Weißenfels. Donnerstag, 21. März, 20 Uhr, in „Hermanns Garten" Stadtdelegierten-Konferenz. Referent: Gen. Schröter.

Unterbezirk Sangerhausen-Nordhausen

Sangerhausen. Mittwoch, 20. März, 20 Uhr, im „Herzenkrug" Programm-Kursus.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Kemberg. Mittwoch, 20. März, 20 Uhr, beim Genossen Selling Mitgliederversammlung. Referent: Genosse Berger.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Bitterfeld. Donnerstag, den 21. März, 20 Uhr, im „Volkshaus" Frauenabend. Referentin: Genossin Otte Leibrich.

Halle. Abt. 2 (Süden). Mittwoch, den 20. März, treten alle Kameraden 19 Uhr auf dem Johannesplatz zum Werbeumzug an. Funktionäre müssen einladen. Spielmannszug ist zur Stelle.
Halle. Abt. 4 (Norden). Freitag, den 22. März, 18.45 Uhr, Antreten auf dem Wettinerplatz. Spielmannszug anwesend. Jeder Kamerad muß erscheinen.
Halle. Abt. 5 (Zentrum). Freitag, den 22. März, 19 Uhr, in der „Goldenen Kette" Kameradschaftsführersitzung. Alles hat zu erscheinen.
Können. Mittwoch, den 20. März, 20 Uhr, Mitgliederversammlung.

Rote Jungfront Halle-Merseburg

Halle. Heute Antreten der Funktionärgruppen um 19 Uhr auf dem Roßplatz. Alle Funktionäre und aktiven Kameraden nehmen daran teil.
Halle. Westen. Mittwoch, den 20. März, Werbeabend in der Produktiv-Genossenschaft. Jeder Kamerad bringt junge Arbeiter mit.
Halle-Norden. Heute Funktionäre 1/2 8 Uhr bei Barth.
Halle-Norden. Freitag, den 22. März, 18.45 Uhr, Antreten auf dem Wettinerplatz zur Werbedemonstration. Spielmannszug ist zur Stelle.
Halle-Süden. Mittwoch, den 20. März, 19 Uhr, auf dem Johannesplatz Antreten zum Werbeumzug. Spielmannszug ist zur Stelle.
Halle-Süden. Heute, Dienstag, 20 Uhr Funktionäre im „Thüringer Schlächter" Sitzung. Jeder muß erscheinen.
Wittenberg. Mittwoch, den 20. März, findet in Reinsdorf, Lokal „Hohe Mühle", die Beleschaftsversammlung gleich nach Arbeitsschluß statt. Trefft die letzten Vorbereitungen.
Weißenfels. Freitag, den 22. März, 20 Uhr, Werbeabend der Roten Jungfront im bekannten Lokal.
Halle. Abt. 5 (Zentrum). Donnerstag, den 21. März, 19½ Uhr, Antreten auf dem Paradeplatz. Alles hat zu erscheinen.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Adresse: Max Benkwitz, Halle a. d. S., Pfännerhöhe 2, Hof, 2 Treppen.
Telephon-Nummer: 299 95. Postscheckkonto: Max Benkwitz, Leipzig Nr. 291 97.

Untergau Halle-Saalkreis

Halle, Abt. 3 (Westen). Mittwoch, 20. März, 20 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft öffentliche Werbeveranstaltung. Dazu treten die Kameraden 19 Uhr auf dem Weingärtenplatz an (auch Jungfront-Kameraden).
Halle. Gesch. Spielmannszug. Mittwoch, den 20. März, 19 Uhr, Antreten auf dem Johannesplatz.
Halle. Gesch. Spielmannszug. Freitag, den 22. März, 18.45 Uhr, Antreten auf dem Wettinerplatz.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Halle. Alle Genossinnen, besonders des Stadtteils Norden, beteiligen sich an dem Frauenabend der Kommunistischen Partei am Dienstag, 19. März, im „Kolkspark", wo die Genossin Ruben-Wolf ihre Ausführungen bei der Bundesgründungsfeier über den Abtreibungsprapragraphen 218 fortsetzt.

Kommunist. Jugendverband Deutschlands

Bezirk Halle-Merseburg
Jugendsekretariat Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14
Fernsprech-Nummer 21473

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Mittwoch abend finden in allen Stadtteilen Verbandsarbeitsversammlungen statt. Gruppe Westen in der „Reichskrone" (Interplan). Gruppe Süden im „Thüringer Schlächter". Gruppe Zentrum in der „Goldenen Kette". Gruppe Norden im „Volkspark". Beginn 20 Uhr. Sammellisten für Düsseldorf abrechnen. Düsseldorf-Fahrer können mit erscheinen.
Halle, Gruppe Norden und Süden. Mittwoch von 19 bis 20 Uhr Abrechnung im Jugendbüro.
Ammendorf. Donnerstag, 21. März, Liederabend.
Löbejün. Donnerstag, 21. März, im „Adler" Gruppenabend.

Arbeitsgebiet Schlettau

Freiroda. Mittwoch, den 20. März, Mitgliederversammlung.
Gleisen. Mittwoch, den 20. März, Gruppenabend. Thema: Oekonomische Lehren.

Unterbezirk Merseburg

Kötzschen. Mittwoch, den 20. März, Informationsabend.

Unterbezirk Weißenfels

Weißenfels. Donnerstag, den 21. März, 20 Uhr, im Jugendheim Gruppenabend. Thema: Proletarische Disziplin.

Unterbezirk Bitterfeld

Bitterfeld. Mittwoch, 21. März, Fortsetzung des Themas: Krieg und Kriegsgefahr.

Unterbezirk Wittenberg

Piesteritz. Mittwoch, 20. März, 20 Uhr, im „Volkshaim" Die Bedeutung des Lebens.

Unterbezirk Mansfeld

Eisleben. Mittwoch, den 20. März, Krieg und Kriegsgefahr.
Teutschenthal. Mittwoch, den 20. März, Diskussionsabend über das Leben der Jugend in der Sowjetunion.

Unterbezirk Nordhausen

Nordhausen. Mittwoch, den 20. März, Fortsetzung der Geschichte der Arbeiterjugendbewegung.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Mückenberg. Donnerstag, 21. März, 20 Uhr, bei Ober Vorbereitung des öffentlichen Gruppenabends.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung i. Halle-Merseburg
Halle a. d. Saale, Lerchenfeldstraße 14

Halle. Dienstag in der Produktiv vorletzte Probe. Alle erscheinen pünktl. 18½ Uhr.
Weißenfels. Mittwoch, 20. März, 17 Uhr, Rote Flieger im Jugendheim.
Ammendorf. Donnerstag, 21. März, Liedernachmittag.

Bund der Freunde der JAH

Internationale Arbeiterhilfe

Landesverband Halle-Merseburg
Bureau: Halle, Gr. Steinstr. 16 Telephon 291 50
Postscheckkonto Leipzig 16379, Joh. Höcker

Achtung, Kassierer! Die Beitragsmarken für das 2. Quartal sind angekommen. Gehen sofort die Bestellungen auf.
Halle. Achtung, Kassierer! Sofort Markenbestellungen für das 2. Quartal einschicken. Die Ortsgruppe, die bis Bestellung nicht einschickt, kann keine zugestellt erhalten. Die alten Marken sind restlos einzusenden, einschließlich der Kassenquittungen. Zinsen- und Feier-Abrechnungen sind sofort dem UV. einzusenden.
Gerbstedt. Mittwoch, 20. März, 20 Uhr, in den Gerbstedter Lichtspielen Filmaufführung: „Palast und Festung."
Belgern. Mittwoch, 20. März, 20 Uhr, im Gasthaus „Weißes Roß" Filmaufführung: „Palast und Festung."
Elsterwerda. Donnerstag, 21. März, 20 Uhr, in den „Edison-Lichtspielen" Filmaufführung: „Panzerkreuzer Potemkin", ungekürzt.

Rote Hilfe Deutschlands

Bezirk: Halle-Merseburg
Bureau Zwingerstraße 29 (Laden). Fernruf 244 25

Ammendorf. Mitgliederversammlung am Mittwoch, 20. März, 20 Uhr, im Lokal „Burgschlößchen". Alle Mitglieder, auch die der früheren ausgelösten Vereine, müssen erscheinen. Referent: Gen. O. Härtel, Halle.

Werbt für den „Klassenkampf"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290319-10/fragment/page=0012

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Leipzigerstraße 14.

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 13 Pf. f. d. mm Höhe u. Spalte; 70 Pf. im Textteil. Fernrufe: (Red.) 21045. (Verl.) 21047. (Prod.-Gen.) 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonten: Commerz- u. Privat-Bank Halle; Friedmann & Co., Halle; Kreisbank d. Saalkreises, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 100548 Fritz Krob, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Dienstag, 19. März 1929 | 9. Jahrgang * Nr. 66

Demonstrationsverbot zum 1. Mai?

Schändlicher Plan der Polizeisozialisten

(Eig. Drahtm.) Berlin, 19. März.

Aus Kreisen oppositioneller Sozialdemokraten und Reichsbanner-Arbeitern erfährt die „Rote Fahne" folgende Einzelheiten über die gemeinsamen Pläne des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel, der Berliner SPD.-Führer, der reformistischen Gewerkschaftsbureaukratie und der Gauführung des Reichsbanners.

Zörgiebel hat sich im Einvernehmen mit den übrigen genannten sozialdemokratischen Instanzen auf Grund des gewaltigen Sieges der KPD. bei den Betriebsratswahlen unter den Verkehrsarbeitern, der als bedrohliches Symptom für den allgemeinen beschleunigten Vormarsch der revolutionären Bewegung gewertet wird,

endgültig entschlossen, der Arbeiterschaft auch am 1. Mai das Demonstrationsrecht endgültig zu verweigern.

Die Sozialdemokraten und die Reformisten der einzelnen Verbände haben sich bekanntlich schon seit längerer Zeit Säle für geschlossene Veranstaltungen am 1. Mai gesichert und planen tatsächlich, auch ihrerseits jede gemeinsame Aktion der gesamten Arbeiterschaft am 1. Mai nach Möglichkeit zu verhindern.

Der Plan wird gekrönt durch die Tatsache, daß, während am 1. Mai das Demonstrationsverbot aufrechterhalten bleiben soll, für den 11. August, dem Tag der schwarzrotgoldenen Verfassung, die Aufhebung des Demonstrationsverbotes für das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold bereits heute beschlossen ist.

In Reichsbannerkreisen wird als feststehende Tatsache davon gesprochen, daß am 11. August sogar die Bannmeile für den Aufmarsch des Reichsbanners freigegeben wird.

Und zwar soll der eigentliche Sammelpunkt für das Reichsbanner der Lustgarten sein, von dem aus ein Demonstrationszug Unter den Linden entlang bis zum Brandenburger Tor, dann vom Pariser Platz wieder zurück zum Lustgarten veranstaltet wird. Nur am Platz der Republik vor dem Reichstag dürfen die Reichsbanner-Leute nicht aufmarschieren. Dort werden zwei Bataillone der Reichswehr Aufstellung nehmen.

Die Straße, die Herr Zörgiebel und mit ihm die reformistische Gewerkschaftsbureaukratie dem Berliner Proletariat am 1. Mai vorenthalten will, wird von der Berliner Arbeiterschaft, den Hunderttausenden des Berliner Proletariats, auch in diesem Jahre ertrotzt und erzwungen werden.

Mit der Entente gegen die USSR.

Alarmierende Nachrichten aus Paris — Schacht zu allem bereit — Große Zahlen, verdächtige Pläne

(Eig. Drahtm.) Berlin, 19. März.

Die französische Presse veröffentlicht aufsehenerregende Nachrichten aus dem Inhalt der letzten geheimen Beratungen der Reparationssachverständigen, besonders auch über die Haltung der deutschen Delegierten.

Das „Echo de Paris" meldet, daß Schacht von seiner letzten Informationsreise nach Berlin mit der Ermächtigung zurückgekehrt ist, weitgehende Konzessionen zu machen. Entsprechend dieser Instruktionen habe er prinzipiell nicht nur der von England und Frankreich gewünschten Verkoppelung der Reparationen mit den Schulden der Alliierten an Amerika zugestimmt, sondern auch den bisherigen deutschen Standpunkt, Deutschland habe auf Grund der Verträge höchstens 37 Jahre lang Zahlung zu leisten, aufgegeben und sich mit der Ausdehnung eines Teiles der Zahlungen auf 58 Jahre einverstanden erklärt.

Von französischer und englischer Seite sei als „Gegenleistung" für die gemachten Konzessionen den deutschen Delegierten das „Versprechen" gegeben worden, daß die deutschen Zahlungen herabgesetzt und abgekürzt werden sollen. Wenn, was zu hoffen sei, innerhalb von 37 Jahren Amerika sich zu einer Revision der interalliierten Schulden bereit findet.

Dieses „Versprechen" bedeutet nichts anderes, als daß Deutschland mit der Entente eine Schuldnerfront gegen Amerika bildet und von England und Frankreich als Sturmbock gegen den großen Gläubiger jenseits des Ozeans verwandt werden wird.

Folgendes Schema ist aufgestellt worden: Deutschland soll zunächst die Gesamtschulden Englands, Italiens, Frankreichs und Belgiens an Amerika bezahlen. Diese betragen augenblicklich jährlich 900 bis 1000 Millionen Mark und steigen 1950 auf 1600 Millionen Mark pro Jahr an. Außerdem verlangt Frankreich Ersatz der Wiederaufbaukosten, wofür als Jahresrate etwa eine Milliarde gefordert wird. Wenn diese Rechnung dem Reparationsplan zugrunde gelegt werden sollte, würde dies bedeuten, daß die deutschen Reparationszahlungen sich für die ersten Jahre auf etwa zwei Milliarden Mark belaufen würden.

Was den Plan der Weltbank anbelangt, so würde es Aufgabe dieses Institutes sein, den Eingang der Milliardenzahlungen zu kontrollieren und für die Anlage dieser Riesenbeträge zu sorgen. Es wird besonders daran gedacht, daß dieses Institut deutsche Industriepapiere kauft und sie für Rechnung des internationalen Kapitals in seinen Tresors aufbewahrt.

Im übrigen erklären unterrichtete Kreise, daß Deutschland einen Zahlungsplan werde unterschreiben müssen, dessen Raten 60 Jahre lang laufen, also eine Schuldknechtschaft bis zum Ende dieses Jahrhunderts vorsehen.

Aus den Mitteilungen des „Matin", der behauptet, daß die deutschen und französischen Forderungen nur noch um 400 Millionen Mark differieren, scheint hervorzugehen, daß Schacht sein Angebot bereits von 900 Millionen Mark auf 2 Milliarden Mark erhöht hat.

Der deutsche Imperialismus ist unter dem doppelten Druck der Entente und Amerika entschlossen, jede Bedingung zu schlucken, um den Anschluß an den englisch-französischen Antisowjetblock zu vollziehen.

Stahlhelmpleite in Württemberg

(Eig. Meldg.) Stuttgart, 18. März.

Seit vielen Wochen haben die Stahlhelmer in Württemberg mit großen Mitteln eine Kundgebung angekündigt und vorbereitet. Die am 17. März stattgefundene Stahlhelmtagung in Stuttgart war eine völlige Pleite, trotzdem Seldte persönlich nach Stuttgart gekommen war und außerdem zahlreiche General und einige Prinzen die [illegible] ur Unterstreichung de[illegible] ie Seldte um die Ent[illegible] meralkonsulats ersuch[illegible] n Kundgebung mit [illegible] der. Nach bürg[illegible] ch seiner Konferenz m[illegible] uhausen" und eine „sch[illegible] nnen gegeben, daß [illegible] präsident nicht energi[illegible] nne nur Platzhalter f[illegible] mmel in Württemberg [illegible] endenzen von der Arb[illegible] Nach dem Antifaschisten[illegible] kämpfung aller faschist[illegible] gerichtet sind, eine wi[illegible]

Soz[illegible]

In der let[illegible] tag. Im Verlauf der [illegible] rin eingesetzten Et[illegible] nnt, daß die SPD. [illegible] halb der drei letzten [illegible] rk (eine halbe Millio[illegible] Sämtliche [illegible] stlos bewilligt! Die [illegible] reichung dieser arbeit[illegible] iese Gelder den 350 [illegible] gestellt werden.

Die gesam[illegible] Skandal und meldete [illegible] ung von Kunst und [illegible] Kommunisten angenommen!"

Streik der Berliner Mühlenarbeiter

(Eig. Meldg.) Berlin, 18. März.

Seit Januar bestehen in der Berliner Mühlenindustrie Lohndifferenzen, die bisher auf friedlichem Wege nicht beigelegt werden konnten. Die Mühlenarbeiter sind am Montag in Streik getreten.

Der Schlichtungsausschuß hatte einen Schiedsspruch gefällt, der sowohl von den Gewerkschaftsvertretern wie von den Vertretern des Unternehmertums angenommen wurde, den aber nachträglich die Unternehmer ablehnten.

Wissells „Sozial-Etat"

Von Siegfried Rädel

„Die Sozialpolitik der Nachkriegszeit ist eins der wichtigsten Probleme unserer inneren Politik."

Dieser zweifellos richtige Satz in der Regierungserklärung, die der Reichskanzler Müller am 3. Juli 1928 im Reichstag abgab, würde die Anerkennung sozialpolitischer Verpflichtungen bedeuten, wenn er nicht vom Oberhaupt einer Regierung des kapitalistisch-republikanischen Deutschland ausgesprochen worden wäre. Die bisherige Tätigkeit der Koalitionsregierung Müller hat schon zur Genüge bewiesen, daß der Sinn obenstehenden Satzes in der Regierungserklärung nicht etwa der ist, daß die Regierung alles tun wird, um die wichtigen Probleme der Sozialpolitik im Sinne der Forderungen der Arbeiterschaft zu lösen, sondern die Sozialpolitik der Aera Müller bewegt sich auf der höchst unproblematischen klaren Linie der sozialen Reaktion. Ein Problem, und zwar kein leicht zu lösendes, bleibt für die sozialdemokratischen Koalitionspolitiker nur die Frage, wie der Arbeiterschaft auf die Dauer die Einengung und der Abbau der Sozialpolitik als sozialer Fortschritt vorgetäuscht werden kann.

Als Fachmann für die Durchführung eines sozialpolitischen Kurses, der den Herren Borsig, Silverberg und Ko. genehm ist und andererseits die sozialdemokratischen Wahlversprechungen nicht allzu flotzig liquidiert, hat man Herrn Wissell berufen.

Wissell, der durch seine frühere Schlichtungspraxis seine Qualifikation als Koalitions-„Sozial-Minister" genügend bewiesen hatte, hat sich mit solch einer Energie bei der Durchführung seiner „Aufgaben" ins Zeug gelegt, daß der frühere Bürgerblock-Arbeitsminister Brauns neidisch werden könnte.

Als beim Wiederzusammentritt des Reichstages im November 1928 die Arbeitslosigkeit bereits den Charakter der Massenarbeitslosigkeit angenommen hatte und die Zahl der ausgesteuerten Erwerbslosen schon nahezu eine halbe Million betrug, hatte es Wissell furchtbar eilig, nicht etwa gemäß dem Reichstagsbeschluß vom 10. Juli 1928, die Krisenunterstützung auf alle Berufe auszudehnen, sondern aus Sorge um die Kassen der Reichsanstalt und des Reiches die Zahl der Unterstützungsempfänger weiter einzuschränken. Zu diesem Zweck legte er dem Reichstag das berüchtigte Gesetz über eine Sonderfürsorge für Saisonarbeiter vor, das denn auch ohne Aenderungen vom Reichstag verabschiedet wurde. Der Erfolg dieses Gesetzes und der anderen auf Grund der Arbeitslosenversicherung durchgeführten Maßnahmen ist: daß es während der harten Wintermonate gegen 800 000 nicht unterstützte Erwerbslose gibt.

Als am 8. Februar 1929 der Reichstags erneut beschloß, die Krisenunterstützung auf alle Berufe auszudehnen, interpretierte Wissell diesen Beschluß zur Zufriedenheit der Mehrheit des Reichstages und mit Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion dahingehend, daß dieser Beschluß nur eine „grundsätzliche" Bedeutung habe, eine wörtliche Durchführung komme nicht in Frage.

Auch der Sozialetat Wissells vermittelt uns das Gesamtbild der sozialpolitischen Linie, die Wissell als Beauftragter seiner Koalitionsfreunde aus den Schwerindustrie einzuhalten hat.

Gewiß erkennt man im Etat des Reichsarbeitsministeriums das Bemühen, für die kritischen Augen der Arbeiterschaft einige Dekorationsstücke anzubringen, aber das dicke Ende kommt nach. In der Schlußabrechnung, denn diese zeigt gegenüber dem Vorjahr ein Minus von über 43 Millionen Mark.

Der Gesamtzuschuß betrug beim ordentlichen und außerordentlichen Haushalt:

im Jahre 1928:	717 632 705 Mark
vorgesehen für 1929:	673 934 968 Mark
mithin weniger:	43 697 737 Mark

Wissell setzt also den vom Zentrumsminister Brauns eingeleiteten Abbau der sozialen Ausgaben konsequent fort.

Wie hieß es doch im Wahlaufruf der Sozialdemokratischen Partei?

„Herrschaft der Reaktion bedeutet Gefährdung der Sozialpolitik... Am 20. Mai entscheidet Ihr Wähler und Wählerinnen über Fortführung oder Stillstand der Sozialpolitik..."

Kein Zweifel, die Sozialpolitik wird von dem infolge der 9 Millionen Wählerstimmen Minister gewordenen Herrn Wissell fortgeführt, aber es ist die reaktionäre Sozialpolitik des Bürgerblocks, es gibt also in der Tat keinen Stillstand, sondern die Fortsetzung der sozialreaktionären Politik. Wissell hat sich als ein würdiger Erbe Brauns gezeigt und demonstriert damit den 9 Millionen Wählern, die der Sozialdemokratie ihre Stimme gaben, ausgezeichnet, daß sie sich für die Herrschaft der Reaktion entschieden haben.

Die Einsparungen beim Sozialetat sind die Konsequenz der von der Koalitionsregierung betriebenen imperialistischen Politik. Diese Politik beansprucht die Steuergelder für den Auf- und Ausbau des Machtapparates. Die Panzerkreuzer und andere Rüstungsmaßnahmen kosten Riesensummen. Der Heeresetat, der mit den vorgesehenen 703 Millionen Mark schon über 30 Millionen höher ist wie der gesamte Sozialetat, wird noch ergänzt durch eine Reihe Posten in anderen Etats, die der imperialistischen Aufrüstungspolitik dienen.

Im Etat des Reichsarbeitsministeriums sind u. a. auch die als Reichsauszuschuß zu den Invalidenrenten benötigten Summen aufgeführt. Es sind hierfür angesetzt 211 800 000 Mark. Von dieser

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290319-10/fragment/page=0013